



# MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

Vermögensarmut in Österreich  
Armutsquoten und Charakteristika armer Haushalte

verfasst von / submitted by

Mag. Ulrich Lengauer

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the  
degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2016 / Vienna 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt /  
degree programme code as it appears on  
the student record sheet:

A 066 905

Studienrichtung lt. Studienblatt /  
degree programme as it appears on  
the student record sheet:

Masterstudium Soziologie UG2002

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Roland Verwiebe



## **Danksagung**

Mein Dank gilt meinem Betreuer Roland Verwiebe, dessen Betreuung die Qualität der Arbeit ungemein erhöht hat. Ich danke ihm für seine Geduld, seine Wertschätzung und seine kritischen und hilfreichen Anmerkungen.

Mein Dank gilt des Weiteren der Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, dem Referat Pressestelle und der Abteilung Treasury Back Office der Oesterreichischen Nationalbank, die mir die Daten und die Infrastruktur für meine Berechnungen zur Verfügung stellten. Insbesondere danke ich den Kollegen Nicolas Albacete, Peter Lindner und Martin Schürz für ihre Hilfe in statistischen und programmtechnischen Fragen sowie für wertvolle Literaturhinweise.

Darüber hinaus bedanke ich mich bei Hubert Lengauer, Magda Schilcher, Koen Smet, Mario Sonnberger und Stefan Tschauko für ihre hilfreichen Korrekturen und Anmerkungen.

Zu größtem Dank verpflichtet bin ich schließlich meinem Kollegen Pirmin Fessler, von dessen Wissen und uneingeschränkter Hilfsbereitschaft ich vielfach profitieren konnte. Ohne ihn wäre die Arbeit nicht realisierbar gewesen.



# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung .....</b>	<b>7</b>
<b>Kapitel 1 Vermögensarmut – Stand der Forschung .....</b>	<b>13</b>
1.1 Das Annuitätenkonzept .....	15
1.2 Multidimensionale Vermögensarmutskonzepte .....	25
1.3 Vergleichende Studien .....	38
1.1 Conclusio .....	48
<b>Kapitel 2 Operationalisierung von Vermögensarmut .....</b>	<b>51</b>
2.1 Fünf Armutsdefinitionen .....	52
2.2 Conclusio .....	57
<b>Kapitel 3 Forschungsfragen und Hypothesen .....</b>	<b>58</b>
3.1 Forschungsfragen .....	58
3.2 Hypothesen .....	60
<b>Kapitel 4 Daten .....</b>	<b>63</b>
4.1 Untersuchungseinheit – der private Haushalt .....	64
4.2 Stichprobenziehung .....	65
4.3 Fragebogen .....	66
4.4 Interviewer_innen .....	68
4.5 Multiple Imputationen .....	69
4.6 Conclusio .....	72
<b>Kapitel 5 Vermögensarmut in Österreich .....</b>	<b>73</b>
5.1 Armutsquoten, Korrelationen und gemeinsame Verteilung von Vermögen und Einkommen .....	74
5.1.1 Conclusio .....	82
5.2 Vermögensbestände, Schulden und Einkommen armer Haushalte .....	83
5.2.1 Nettovermögen .....	84
5.2.2 Bruttovermögen .....	85
5.2.3 Realvermögen .....	88
5.2.4 Finanzvermögen .....	92
5.2.5 Schulden .....	95
5.2.6 Haushalts-Bruttojahreseinkommen .....	96
5.2.7 Conclusio .....	97
5.3 Einflussfaktoren auf das Armutsrisiko .....	99
5.3.1 Unabhängige Variablen .....	100
5.3.2 Ergebnisse der binären logistischen Regressionen .....	116
5.3.3 Conclusio .....	125
<b>Diskussion .....</b>	<b>127</b>
<b>Anhang .....</b>	<b>133</b>
Berechnung der Armutsgrenze .....	133
Armutsgrenzen .....	133
Erweiterte Regressionsmodelle .....	134
<b>Tabellenanhang .....</b>	<b>138</b>
<b>Quellenverzeichnis .....</b>	<b>158</b>
<b>Abstract .....</b>	<b>166</b>

## **ABBILDUNGEN**

Abbildung 1 – Einkommens- und Vermögensarmut.....	13
---	----

## **TABELLEN IM TEXT**

Tabelle 1 – Armutsquoten .....	77
Tabelle 2 – Armutsquoten nach Altersgruppen (in %) .....	78
Tabelle 3 – Korrelationen zwischen Armutsdefinitionen .....	80
Tabelle 4 – Gemeinsame Verteilung von Einkommen und Vermögen (in %) .....	81
Tabelle 5 – Vermögensaggregate, Schulden und Einkommen armer Haushalte .....	87
Tabelle 6 – Soziodemographische Charakteristika armer Haushalte – Referenzperson.....	105
Tabelle 7 – Soziodemographische Charakteristika armer Haushalte – Haushalt ...	114
Tabelle 8 – Einflussfaktoren auf das Armutsrisiko .....	118

## **TABELLEN IM ANHANG**

Tabelle A1 – Soziodemographische Merkmale armer Haushalte: Referenzpersonen, Werte in Prozent .....	138
Tabelle A2 – Soziodemographische Merkmale armer Haushalte: Haushalt, Werte in Prozent.....	141
Tabelle A3 – Nettovermögen, Bruttovermögen.....	148
Tabelle A4 – Realvermögen und Realvermögenskomponenten.....	149
Tabelle A5 – Finanzvermögen und Finanzvermögenskomponenten.....	151
Tabelle A6 – Schulden und Brutto-Jahreseinkommen.....	153
Tabelle A7 – Modell-F-Statistik (Basis- und erweiterte Modelle) .....	154
Tabelle A8 – Erweitertes Modell .....	155

## Einleitung

*„Ich bin überzeugt, dass die ‚einfachen‘ Leute das erheblichere Beispiel abgeben für Lebensverhältnisse in unserer Zeit, nicht allein wegen ihrer Überzahl, auch nicht nur weil sie in der Verteilung des Nationaleinkommens jenseits allen gerechten Verhältnisses benachteiligt sind; insbesondere weil sie jede Verschlechterung der Lage unerbittlich ausbaden müssen, ohne dass Geldreserven sie auffangen und Privilegien sie schützen, ohne dass sie in der Schule und später an die höheren Tricks herangekommen wären, meist auch ohne Hilfe.“ (Uwe Johnson)*

Die vorliegende Masterarbeit befasst sich mit vermögensarmen österreichischen Haushalten. Ein vermögensarmer Haushalt lässt sich dabei im Allgemeinen als Haushalt definieren, der im Vergleich zu anderen Haushalten relativ wenig Vermögen<sup>1</sup> besitzt. Primäres Ziel des Vermögensarmutskonzeptes ist es, ein – im Vergleich zum Einkommensarmutskonzept – adäquateres Bild der sozialen Situation der Haushalte zu zeichnen. Zu diesem Zweck wird das Haushaltsvermögen auf unterschiedliche Art und Weise berücksichtigt – etwa durch Umrechnung in einen Einkommensstrom oder, wie in dieser Arbeit, als eigenständiger Indikator, der das Einkommensarmutskonzept ergänzt.

Proponent\_innen des Vermögensarmutskonzeptes betonen, dass Vermögen, wie auch Einkommen, eine zentrale Determinante der sozialen Lage und des individuellen Wohlbefindens ist. Brandolini et al. (2010) halten etwa fest, dass Vermögen ebenso wie Einkommen verwendet wird, um den Alltag und unvorhergesehene Ereignisse zu bewältigen. Aus diesem Grund sei Vermögen zu berücksichtigen, wenn ein mehrdimensionaler Ansatz von *well-being* verfolgt werden soll. Vermögen beeinflusst durch seine Versicherungs-funktion jedoch nicht nur das gegenwärtige Wohlergehen, es wirkt sich auch auf die Perspektiven aus, die sich einer Person bzw. einem Haushalt bieten (vgl. ebd.: 5 f). Auch Georg Simmel und Pierre Bourdieu attestieren dem Vermögen besondere Eigenschaften. Simmel erkannte, dass

---

<sup>1</sup> Vermögen ist hier definiert als ein Aggregat ökonomischer, d. h. in Geldeinheiten bewertbarer und bewerteter „wirtschaftliche(r) Güter, die Erträge bringen können“ (Fessler et al. 2012: 27).

Vermögen „von einem Umkreis zahlloser Verwendungsmöglichkeiten umgeben [ist], [...] der sich über seinen konkreten Umfang hinausstreckt“ (Simmel 1900, zit. nach Fessler et. al 2012: 28). Für Bourdieu (1983) ist ökonomisches Kapital (zu dem Vermögen mit Sicherheit gezählt werden muss) die „dominierende Kapitalform“ (1983: 189). Wie keine andere eignet sie sich zur Transformation in andere Kapitalsorten (beispielsweise in soziale Netzwerke, politische Macht, kulturelle Güter und Bildung und das damit verbundene Prestige).

Trotz dieser über den bloßen Geldwert hinausgehenden Funktionen des Vermögens und seiner attestierten Relevanz für die Bestimmung der sozialen Lage spielt Vermögen, außer in Form von Vermögenseinkommen, für die Berechnung von Armutsquoten bzw. für die Charakterisierung armer Gruppen keine Rolle. Nach EU-Berechnungsmethode etwa gilt ein Haushalt als armutsgefährdet, wenn das verfügbare Haushaltseinkommen geringer ist als 60 Prozent des Medians des nationalen Haushalts-Äquivalenzeinkommens (vgl. Eurostat 2013: 11). Auch das Konzept der materiellen Deprivation, das weit über das Einkommensarmutskonzept hinausgeht und dadurch ein umfassenderes Bild von Armut vermitteln kann, bezieht das Haushaltsvermögen nicht ein<sup>2</sup>.

Auch in der soziologischen Armutsforschung wird der Vermögenssituation der Haushalte kaum Beachtung geschenkt – obwohl der Armutsbegriff und seine Messkonzepte im 20. Jahrhundert sukzessive erweitert und differenziert wurden. Der Deprivationsansatz etwa ergänzte das Armutskonzept um Aspekte normativer Deprivation (z. B. Bezug von Sozialtransfers) und individuell subjektiver bzw. Gruppendeprivation (Gefühle der Benachteiligung) (vgl. Dietz 1997: 99). Der multiple Lebenslagenansatz verwies auf die Notwendigkeit, die Ausstattung einer Untersuchungseinheit

---

<sup>2</sup> „Als erheblich materiell depriviert gelten Personen in Haushalten, auf die zumindest vier der folgenden neun Merkmale zutreffen: Im Haushalt bestehen (1) Zahlungsrückstände bei Miete, Betriebskosten oder Krediten; für den Haushalt ist es finanziell nicht möglich (2) unerwartete Ausgaben zu tätigen, (3) einmal im Jahr auf Urlaub zu fahren, (4) die Wohnung angemessen warm zu halten, (5) jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine vergleichbare vegetarische Speise zu essen; für den Haushalt ist nicht leistbar: (6) ein PKW, (7) eine Waschmaschine, (8) ein Fernsehgerät, (9) weder Telefon noch Handy.“ (URL 1)

mit „Gesundheit, Bekleidung, Nahrung, Wohnraum und Einkommen“ (Verwiebe 2011b: 7) zu berücksichtigen<sup>3</sup>.

Diese mangelhafte Berücksichtigung des Vermögens versucht das Vermögensarmutskonzept zu beheben, indem Wege beschrieben und empirisch geprüft werden, die es ermöglichen, Vermögen zur Bestimmung der sozialen Lage nutzbar zu machen. Die meisten Arbeiten zu Vermögensarmut stammen dabei aus den USA, in den letzten Jahren entstanden auch Studien zu europäischen Ländern (z. B. Van den Bosch 1998; Thiele 2000; Azpitarte 2011, 2012; Müller und Schmidt 2015). Insbesondere für Österreich existiert jedoch eine große Forschungslücke, da bisher keine österreichische Studie publiziert wurde, die mit einem Vermögensarmutskonzept arbeitet – sicher auch aufgrund der bislang mangelhaften Datenlage. Mit dem Household Finance and Consumption Survey (HFCS), der auch in dieser Arbeit verwendet wird, liegt nun erstmals ein europaweit vergleichbarer und ex ante standardisierter Datensatz vor, der die Haushaltsbilanz detailliert abbildet und derartige Analysen auch für Österreich zulässt.

Diese Masterarbeit ist die erste Studie, die sich im Detail mit der Situation vermögensarmer österreichischer Haushalte befasst<sup>4</sup>, und leistet damit einen Beitrag zur Schließung der bestehenden Forschungslücke. Die Arbeit reiht sich in die Sozialstrukturforschung ein und hat auch ökonomischen Charakter, zumal sich ein großer Teil der Arbeit mit ökonomischen Größen befasst.

Das erste Kapitel dieser Masterarbeit bietet einen Einblick in die empirische und konzeptionelle Entwicklung des Vermögensarmutsansatzes. Dabei wird zwischen Studien unterschieden, die ein Annuitätenkonzept verfolgen, und solchen, die ein multidimensionales Vermögensarmutskonzept verwenden. Während erstere die Bestandsgröße Vermögen in einen Strom umwandeln und so in das Haushaltseinkommen integrieren, bleibt

---

<sup>3</sup> Für einen Überblick über soziologische Armutstheorien und Messkonzepte sei auf Dietz (1997) bzw. Verwiebe (2011b) verwiesen.

<sup>4</sup> Die kürzlich erschienene Studie von Müller und Schmidt (2015) ist euroraumweit vergleichend angelegt und bezieht daher auch österreichische Daten mit ein. Der Fokus ihrer Arbeit liegt nicht in der Charakterisierung vermögensarmer Haushalte – diese erfolgt nur anhand weniger Merkmale (siehe Kapitel 1.3 in dieser Arbeit).

Vermögensarmut in letzteren Studien als eigenständiges, die Einkommensarmut ergänzendes Konzept erhalten. Schließlich werden Arbeiten präsentiert, die beide Konzepte anwenden und die Ergebnisse vergleichen. Dieses Kapitel zeigt, dass es in der Forschung bislang keinen Konsens in Bezug auf die Definition von Vermögensarmut gibt und dass die empirischen Befunde in hohem Maße von der gewählten Definition abhängig sind (insbesondere von der Auswahl des Vermögensaggregats). Zudem können auf Basis der Literatur Gruppen mit erhöhtem Vermögensarmutsrisiko identifiziert werden.

Die für die vorliegende Arbeit relevanten Definitionen von Armut werden in Kapitel 2 formuliert. Insgesamt werden fünf Definitionen generiert: drei „reine“ Vermögensarmutsdefinitionen, die sich in Bezug auf das verwendete Vermögensaggregat unterscheiden (Nettovermögen, Nettovermögen abzüglich der Hauptwohnsitz-Immobilie, Finanzvermögen), eine Einkommensarmutsdefinition und eine Armutsdefinition, bei der Einkommens- und Vermögensarmut koinzidieren. Durch die Verwendung dieser fünf Definitionen können fünf Subpopulationen armer Haushalte identifiziert werden. Vorbild für die hier verwendeten Definitionen sind die Arbeiten von Haveman und Wolff (2004, 2005).

Daran anschließend werden in Kapitel 3, aufbauend auf dem Literatursurvey in Kapitel 1, Forschungsfragen und Hypothesen auf der Makro- und der Mikroebene formuliert. Auf der Makroebene interessiert etwa die Höhe der Vermögensarmutsquoten in Österreich (für die Gesamtbevölkerung und für Altersgruppen). Auf der Mikroebene sind die Partizipationsraten<sup>5</sup> an Vermögenskomponenten, die Höhe der Vermögen sowie die soziodemographischen Charakteristika armer Haushalte von Relevanz.

Kapitel 4 stellt den Datensatz vor, der für den empirischen Teil der Arbeit (Kapitel 5) verwendet wird. In diesem Abschnitt werden die elaborierten und

---

<sup>5</sup> Unter Partizipationsrate ist hier der Anteil an Haushalten zu verstehen, die eine gewisse Vermögensklasse – z. B. Sparbücher, Aktien, Immobilien etc. – besitzen bzw. an dieser Vermögensklasse partizipieren.

innovativen Konzepte (z. B. Schulung und Kontrolle der Interviewer\_innen, Umgang mit fehlenden Werten, Stichprobenziehung) des HFCS gewürdigt.

Kapitel 5 stellt schließlich den empirischen Teil der Masterarbeit vor. Abschnitt 5.1 befasst sich mit der Makroebene, hier wird beispielsweise das Ausmaß der Armutsquoten geschätzt und es wird – mittels Korrelationen und gemeinsamer Verteilungen – das Verhältnis von Vermögen und Einkommen analysiert. Kapitel 5.2 präsentiert Ergebnisse zur Partizipation armer Haushalte an Vermögen und setzt die Höhe des Vermögens armer Haushalte in Bezug zur Höhe des Vermögens eines durchschnittlichen österreichischen Haushalts. Auch die fünf armen Subpopulationen werden auf Basis ihrer Vermögensausstattung untereinander verglichen. Abschnitt 5.3 widmet sich Einflussfaktoren auf das Armutsrisiko im Rahmen von deskriptiven Analysen und binären logistischen Regressionen. Die deskriptiven Auswertungen stellen ausgewählte Charakteristika armer Haushalte nach allen Definitionen vor. Da die gleichen Merkmale als unabhängige Variablen für die logistischen Regressionen dienen, werden die in Kapitel 3 bereits formulierten Hypothesen an dieser Stelle einerseits bereits geprüft und andererseits für die logistischen Regressionen konkretisiert. In logistischen Regressionen auf die Armutsdefinitionen wird schließlich gezeigt, dass sich die kontrollierten Effekte der Prädiktoren in den Vermögensarmutsmodellen von jenen im Einkommensarmutsmodell unterscheiden. Auf Personenebene etwa zeigen „klassische“ Charakteristika wie Geschlecht oder Berufsstatus keinen statistisch signifikanten Effekt auf das Vermögensarmutsrisiko. Auf Haushaltsebene reduzieren erhaltene Erbschaften/Schenkungen das Vermögensarmutsrisiko beispielsweise eklatant, während kein Einfluss auf Einkommensarmut nachgewiesen werden kann. Die Regression auf jene Armutsdefinition, bei der Einkommens- und Vermögensarmut kombiniert wurden, zeigt Ähnlichkeiten zu beiden Armutsformen. Insofern kann bestätigt werden, dass durch die Berücksichtigung des Vermögens ein umfassenderes Bild von Armut gezeichnet wird, als dies mit einer alleinigen Definition über Einkommen möglich wäre.

Die auf den empirischen Teil folgende Diskussion beschließt die Masterarbeit mit einer Zusammenfassung wichtiger Ergebnisse und einer

Reflexion des Begriffes Vermögensarmut bzw. seiner möglichen politischen Implikationen. Schließlich werden in diesem finalen Abschnitt Fragen für zukünftige wissenschaftliche Arbeiten skizziert.

Im Anhang finden sich eine Darstellung der Berechnung der Armutsdefinitionen sowie erweiterte Regressionsmodelle, in welchen die Möglichkeiten weiterer Forschungen tentativ aufgezeigt werden. Es wird hier untersucht, welche Strategien arme Haushalte anwenden, wenn ihre Ausgaben ihr Einkommen übersteigen. Im Tabellenanhang finden sich Auswertungen weiterer Personen- und Haushaltsmerkmale (z. B. via Interviewer\_innen-Befragungen erhobene Paradata zum Zustand der Hauptwohnsitze der Haushalte), die ergänzend zur Charakterisierung armer Haushalte verwendet werden können.

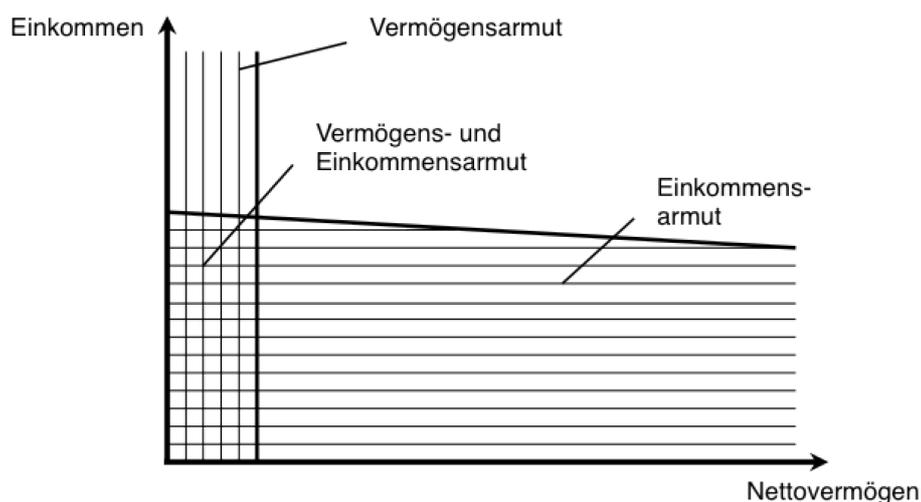
# Kapitel 1

## Vermögensarmut – Stand der Forschung

Dieses Kapitel fasst den Stand der Forschung zu Vermögensarmut zusammen. Es wird gezeigt, wie Forscher\_innen Vermögensarmut definiert und operationalisiert haben, und welche Gruppen besonders von Vermögensarmut betroffen sind.

In welcher Weise ein Vermögensarmutskonzept das Einkommensarmutskonzept ergänzen kann, zeigen Brandolini et al. (2010: 11f) in einer anschaulichen Grafik. Jenen Bereich in Abbildung 1 der durch horizontale Linien gekennzeichnet ist, bezeichnen sie als *income poverty region*. Sie ist begrenzt durch die *income frontier*. In diesem Bereich befinden sich Personen oder Haushalte, deren Einkommen geringer ist als die Armutsschwelle. In der *asset-poverty region* – links der *asset frontier* – befinden sich Untersuchungseinheiten, deren Vermögen unter der Vermögensarmutsschwelle liegen.

Abbildung 1 – Einkommens- und Vermögensarmut



Quelle: Brandolini et al. 2010: 11, adaptiert

Die Schnittmenge der beiden Regionen, in der sich die Linien kreuzen, umfasst Einheiten, bei denen Einkommens- und Vermögensarmut koinzidieren. Dadurch lassen sich vier Gruppen identifizieren: (1) Jene, die weder über Einkommen noch über Vermögen verfügen, das größer als die jeweilige Armutsschwelle ist. (2) Jene, deren Vermögen unter der Vermögens-armutsgrenze (*asset frontier*) liegt, deren Einkommen aber über der Einkommensarmutsgrenze liegt. (3) Jene, deren Einkommen über der Einkommensarmutsgrenze liegt, deren Vermögen aber unter der Vermögens-armutsgrenze liegt. Und schließlich (4) jene Gruppe, die von keiner Armutsform betroffen ist.

Ein grundlegendes Problem, dem man sich gegenübersteht, wenn man Vermögen in die Armutsmessung integrieren möchte, besteht darin, dass Einkommen eine Strom-, Vermögen hingegen eine Bestandsgröße ist. Die beiden Größen sind somit nicht unmittelbar kommensurabel. Das zeitlich ältere Vermögensarmutskonzept versucht dieses Problem zu lösen, indem die Bestandsgröße Vermögen in eine Stromgröße umgewandelt wird. Mit dieser Tradition befasst sich Kapitel 1.1. Das Vermögen wird in diesen Arbeiten in eine Annuität umgewandelt, also in einen jährlich gleichbleibenden Einkommensstrom. Dadurch werden Vermögen und Einkommen kommensurabel und bilden durch Addition einen um Vermögen erweiterten Einkommensstrom.

Kapitel 1.2 befasst sich mit einem alternativen Ansatz, der auch in der vorliegenden Masterarbeit verfolgt wird. Hierbei wird nicht versucht Vermögen zum Einkommen zu addieren, sondern Vermögen bleibt als eigenständige Größe erhalten. Dieser Tradition entstammt eigentlich der Begriff Vermögensarmut, wobei dieser Mangel an Vermögen unterschiedlich definiert werden kann – etwa durch die relative Position einer Untersuchungseinheit (zumeist private Haushalte) in der Vermögensverteilung oder durch den Vergleich des Vermögensbestandes mit einem Einkommen, das über der Armutsschwelle liegt.

Zahlreiche Studien verwenden sowohl ein Annuitätenkonzept als auch verschiedene multidimensionale Konzepte und vergleichen unter anderem die

Ergebnisse der konkurrierenden Konzepte. Diesen Studien widmet sich Abschnitt 1.3, der den Titel „Vergleichende Studien“ trägt. Vergleichend bezieht sich hierbei nicht nur auf Vergleiche zwischen unterschiedlichen Konzepten, sondern auch auf die wachsende Literatur international vergleichender Studien, die eine Folge einer heute stark verbesserten Datenlage ist.

Abschnitt 1.4 ist die Conclusio des ersten Kapitels. Hier wird vor allem dargestellt, welche soziodemographischen Charakteristika Personen bzw. Haushalte aufweisen, die basierend auf den empirischen Befunden als vermögensarmutsgefährdet gelten können. Diese Darstellung ist zentral für die Entwicklung der Forschungsfragen und Hypothesen in Kapitel 3.

## 1.1 Das Annuitätenkonzept

Die erste und für zahlreiche folgende Arbeiten grundlegende Studie über das (und mit dem) Vermögensarmutskonzept ist jene von Weisbrod und Hansen (1968). Sie schlagen einen Ansatz zur Messung des „economic welfare“ (ebd.: 1315) vor, der „operationally feasible and broader in scope than the traditional money-income measure“ (ebd.: 1315) sein soll.

Zur Erweiterung des Einkommensarmutskonzeptes transformieren sie das Haushaltsnettovermögen (inklusive Hauptwohnsitz-Immobilien) in eine verzinste Annuität – d. h. in einen über eine definierte Laufzeit gleich hohen und regelmäßig ausgezahlten Einkommensstrom. Diese Vermögensannuität wird zum Einkommen addiert. Die Autoren betonen dabei, dass sie eine Berücksichtigung des Vermögens zur Bestimmung der sozialen Lage als unerlässlich ansehen und dass sie mit ihrer Arbeit einen konzeptionellen Beitrag dazu leisten wollen:

„In proposing our measure we are not implying either that people generally *do* purchase annuities with any of all of their net worth, that they necessarily *should* do so, or that they *can* do so. (...) For the fact is that, if our method of combining income and net worth is regarded as unsatisfactory (...) some other method is needed for combining them“ (Weisbrod und Hansen 1968: 1317, Hervorhebung i. O.).

Das Annuitätenkonzept wurde bis heute vielfach verfeinert (etwa die Wahl der Zinssätze oder die berücksichtigten Vermögenskomponenten betreffend) und wird immer noch in zahlreichen Studien verwendet.

In Weisbrods und Hansens Studie (1968) wird das Nettovermögen über die gesamte Lebenserwartung des Haushalts annuitisiert und das Vermögen bis zum Lebensende vollständig aufgezehrt (d. h. es wird nichts vererbt). Sie verwenden zwei Zinssätze (4 und 10 %), wodurch sich Annuitäten in unterschiedlicher Höhe ergeben. Für ihre Berechnungen kombinieren sie Einkommens-, Vermögens- und soziodemographische Daten aus zwei voneinander unabhängigen US-amerikanischen Datensätzen – dem Survey of Financial Characteristics of Consumers (SFCC) und dem Current Population Survey (CPS), jeweils für das Jahr 1962.

Weisbrod und Hansen (1968) können zeigen, dass die Berücksichtigung dieser Vermögensannuitäten zu einer Aufwärtsverschiebung der gesamten Einkommensverteilung führt. Der Anteil der Haushalte in unteren Einkommensklassen sinkt, während der Anteil der Haushalte in den oberen Einkommensklassen steigt. Die Aufwärtsverschiebung ist bei einem Zinssatz von 10 Prozent größer, zumal die so berechneten Annuitäten höher sind. In diesem Fall sinkt der aggregierte Anteil der unteren drei (von insgesamt acht) Einkommensklassen (bis 7.499 US-Dollar pro Jahr) von 66 Prozent auf 57 Prozent. Gleichzeitig steigt jedoch die ökonomische Ungleichheit der Einkommensklassen (gemessen am Gini-Koeffizienten), da das Verhältnis zwischen Vermögen und Einkommen in den höheren Einkommensklassen ansteigt (und diese folglich von der Einbeziehung des Vermögens mehr profitieren als andere Klassen). Dies gilt nicht für die unterste Einkommensklasse, ein Umstand, den die Autoren auf den hohen Anteil von Haushalten mit alten Referenzpersonen in dieser Einkommensklasse zurückführen.

Betrachtet man das Verhältnis von Einkommen und Nettovermögen nach dem Alter der Referenzpersonen, so zeigen sich gravierende altersspezifische Unterschiede. Während das Median-Nettovermögen in der Altersklasse bis 35 Jahre lediglich 14 % des Einkommens ausmacht, ist es in

der Altersklasse „65+ Jahre“ über drei Mal so hoch wie das (vergleichsweise geringe) Einkommen dieser Altersgruppe. Aufgrund dieser Tatsache führt die Berücksichtigung von Vermögen zu substantziellen Veränderungen der Armutsquoten, die von Weisbrod und Hansen (1968) ebenfalls berechnet werden. Nicht nur sinkt die Armutsquote für die Gesamtbevölkerung (um 2 bis 3 Prozentpunkte, je nach verwendetem Zinssatz), sie sinkt insbesondere für Haushalte mit alten Referenzpersonen (um 11 bis 16 %), während in der jüngsten Klasse (bis 35 Jahre) keine Reduktion beobachtet wird. Wie sie festhalten, ändert sich somit nicht nur das Ausmaß, sondern auch die Zusammensetzung der Gruppe armer Haushalte (vgl. ebd.: 1325) – der Anteil junger Haushalte steigt, während jener älterer Haushalte sinkt.

Lerman und Mikesell (1988) bauen auf Weisbrods und Hansens (1968) Studie auf, aktualisieren diese mit neueren Daten und entwickeln die Analyse, indem sie neben dem Alter zahlreiche weitere soziodemographische Charakteristika der Armutspopulation untersuchen. Lerman und Mikesell (1988) rechtfertigen die Berücksichtigung des Vermögens für die Berechnung der Armutsquote durch die niedrige Korrelation zwischen Nettovermögen und Einkommen. Diese spricht ihrer Meinung nach gegen Einkommen als alleiniges Maß für die ökonomische Situation. Zudem ist Vermögen ungleicher verteilt als Einkommen. Sie verwenden Daten des US-amerikanischen Survey of Consumer Finances (SCF) der US-amerikanischen Notenbank aus dem Jahr 1983.

Wie Weisbrod und Hansen (1968) finden auch Lerman und Mikesell (1988) eine deutliche Reduktion der Armutsquote, wenn das annuitisierte Nettovermögen zum Haushaltseinkommen addiert wird. Je nach verwendetem Zinssatz sinkt die Armutsquote der Bevölkerung von 15,6 Prozent auf 13,1 bis 11,5 Prozent. Haushalte mit Referenzpersonen mittleren Alters (35 bis 64 Jahre) sind am wenigsten von Armut betroffen – unabhängig davon, ob Vermögen berücksichtigt wird oder nicht. Im Vergleich zur Bevölkerung überrepräsentiert sind hingegen junge und auch alte Haushalte. In Übereinstimmung mit Weisbrod und Hansen (1968) liefert das Einkommensarmutskonzept allerdings eine ältere Altersverteilung als das kombinierte Armutskonzept. Die Armutswahrscheinlichkeit alter Haushalte ist

demnach mit dem gängigen Armutskonzept übertrieben („overrated“), während das wirkliche Ausmaß der Armut junger Haushalte eher übersehen wird („overlooked“), da diese unter Berücksichtigung des Vermögens häufiger als arm klassifiziert werden (vgl. Lerman und Mikesell 1988: 364). Haushalte, die nach beiden Konzepten arm sind („hardcore“), sind am häufigsten in Haushalten mit Vorständen unter 35 Jahren oder über 74 Jahren.

Eine Auswertung nach Berufsgruppen zeigt, dass das Einkommensarmutskonzept Arbeiter\_innen und Beschäftigte im Dienstleistungssektor tendenziell übersieht, während die Situation von Landwirt\_innen übertrieben wird, wenn nur ihr (vergleichsweise geringes) Einkommen in Betracht gezogen wird. Unverheiratete, Mieter\_innen, Frauen und nicht-weiße Haushalte sind nach beiden Armutskonzepten überproportional von Armut betroffen. Die Berücksichtigung von Vermögen reduziert dabei die Lücke zwischen den Geschlechtern, nicht jedoch jene zwischen der weißen Mehrheitsbevölkerung und von Minderheitenhaushalten.

Ebenfalls von beiden Armutformen überproportional betroffen sind Familien mit zwei oder mehr Kindern, wobei die gängige Armutdefinition kinderreiche Familien übersieht und die Situation kinderloser Familien übertreibt. Ebenfalls übersehen werden Haushalte, deren Vorstand arbeitslos ist. Kinderreiche Haushalte und Arbeitslose sind somit ebenfalls Gruppen mit erhöhtem Risiko, vermögensarm zu sein. Überdurchschnittlich von Armut betroffen sind weiters Haushalte, deren Vorstände in schlechtem Gesundheitszustand sind. Dieser Zusammenhang ist mit dem Vermögensarmutskonzept geringer, da alte Haushalte bei tendenziell schlechterer Gesundheit sind, gleichzeitig aber mehr Vermögen besitzen (vgl. ebd.: 365).

Nach geographischen Gesichtspunkten weisen der Süden der USA sowie Großstädte nach beiden Definitionen die höchsten Armutsquoten auf. Die Berücksichtigung von Vermögen hat wenig Auswirkungen auf die regionale Verteilung, beeinflusst jedoch das Verhältnis zwischen Stadt und Land. Während die Armut mit dem erweiterten Konzept in urbanen Gebieten ansteigt, sinkt sie in Vorstädten und hat wenig Einfluss auf kleinere Städte und rurale Gebiete.

Lerman und Mikesell (1988) testen ihre deskriptiven Ergebnisse in einem Modell, in dem der Einfluss soziodemographischer Charakteristika auf die Differenz zwischen den beiden Armutsdefinitionen geschätzt wird. In dieser Regression zeigt sich, dass ältere Haushalte und Rentner\_innen, Eigentümer\_innen von Wohnimmobilien, Landwirt\_innen, High-School-Absolvent\_innen, und Haushalte im Westen der USA durch die Berücksichtigung des Vermögens besser gestellt sind als im reinen Einkommensarmutskonzept.

Van den Bosch (1998) publizierte die erste Arbeit über Vermögensarmut in einem europäischen Land – bis dahin waren Studien über Armut und Vermögen ausschließlich für die USA publiziert worden (vgl. ebd.: 216). Mit Daten des belgischen sozioökonomischen Panels (Welle 1992) untersucht er Vermögensbestände (einkommens-)armer Haushalte und den Effekt der Berücksichtigung von Vermögen auf die Armutsquote.

Van den Bosch (1998) zeigt, dass einkommensarme Haushalte unterdurchschnittliche Partizipationsraten aufweisen und wertmäßig relativ kleine Vermögen besitzen. Während etwa rund zwei Drittel der nicht-armen Haushalte in Belgien Hauptwohnsitz-Immobilien besitzen, trifft dies für circa die Hälfte der armen Haushalte zu. Beinahe keinen Unterschied gibt es hingegen bei Haushalten mit älteren Referenzpersonen, hier besitzen sowohl arme als auch nicht-arme Haushalte zu circa 75 Prozent Hauptwohnsitz-Immobilien. Nur circa 10 Prozent der armen Haushalte halten Sonstiges Immobilienvermögen gegenüber rund 20 Prozent der nicht-armen Haushalte. Etwa ein Drittel der armen Haushalte hält Finanzvermögen. Unter den älteren armen Haushalten zeigt sich eine starke Ungleichverteilung des Finanzvermögens. Gerade unter den älteren Haushalten sind sowohl Haushalte ohne Finanzvermögen als auch Haushalte mit relativ hohem Finanzvermögen vertreten. Van den Bosch (1998) berichtet weiters eine altersbedingt ungleiche Vermögensverteilung unter den armen Haushalten. Das durchschnittliche Bruttovermögen armer Haushalte ist circa halb so groß wie jenes der nicht-armen Haushalte – allerdings halten ältere Haushalte substanzielles Bruttovermögen, während das Bruttovermögen junger armer Haushalte unbedeutend sei. Ältere arme Haushalte haben auch keine nennenswerten

Konsumkredite, während rund 20 Prozent der jüngeren armen Haushalte auf diese Art verschuldet sind.

Zur Berechnung erweiterter Armutsquoten wählt Van den Bosch (1998) den Zugang nach Weisbrod und Hansen (1968) und rechnet das Haushaltsvermögen in eine Annuität um. Er kann zeigen, dass die Berücksichtigung von Vermögen die Armutsquote nur dann markant senkt, wenn auch das Hauptwohnsitz-Immobilienvermögen in die Annuität einbezogen wird, d. h. wenn unterstellt wird, dass arme Haushalte ihren Hauptwohnsitz verkaufen können und wollen. Unter dieser Annahme ist der Effekt bei älteren Haushalten besonders ausgeprägt. Wird das Vermögen auf diese Art zum Einkommen gezählt, so sinkt die Armutsquote in der Bevölkerung von 7,2 Prozent auf 4,6 Prozent, bei alten Haushalten von 8,5 auf 3,1 Prozent und bei nicht-alten Haushalten von 6,7 auf 5,2 Prozent<sup>6</sup>.

Wie der Autor hervorhebt, geht das Annuitätenkonzept davon aus, dass das Vermögen in gleich großen jährlichen Raten bis zum Lebensende aufgezehrt wird. Van den Bosch (1998: 220) meint, dass diese Annahme für ältere Personen zutreffen kann, während jüngere Personen eher versuchen würden einen temporären Einkommensausfall durch Vermögensveräußerungen zu kompensieren. Aus diesem Grund berechnet er, wie lange nicht-alte Haushalte den *poverty gap* mit Vermögen überbrücken könnten. Er zeigt, dass circa zwei Drittel aller armen nicht-alten Haushalte ihr Vermögen nach einem Jahr vollständig aufgezehrt hätten, wenn das Eigenheim nicht zum veräußerbaren Vermögen gezählt wird. Zählen auch Hauptwohnsitz-Immobilien, so könnten mehr als 50 Prozent dieser Gruppe länger als ein Jahr und rund ein Drittel der armen nicht-alten Haushalte über 10 Jahre lang über der Armutsschwelle verweilen. Dies unterstreicht, dass der Hauptwohnsitz das einzig nennenswerte Vermögenseigentum armer Haushalte in Belgien ist (vgl. ebd.: 221).

---

<sup>6</sup> Van den Bosch (1998) verwendet zwei Einkommensarmutsdefinitionen. Die Effekte sind für beide Armutsquoten gleich, die Zahlen beziehen sich jedoch auf eine relative Armutsquote. Als arm gilt ein Haushalt nach dieser Definition, wenn sein Einkommen geringer ist als 50 Prozent des Median-Einkommens.

Laut Van den Bosch (1998: 221 f) ist die entscheidende Frage nicht, ob der Verkauf von Vermögen technisch möglich ist, sondern ob Haushalte dies auch praktizieren. Für den Autor ist dabei klar, dass Hauptwohnsitz-Immobilien nicht zu den Vermögensarten gezählt werden können, die von Haushalten regelmäßig verkauft werden. Dennoch haben Eigentümer\_innen ohne Schulden Vorteile gegenüber Mieter\_innen bzw. Eigentümer\_innen von mit Hypotheken belasteten Immobilien – da sie weder Mieten, noch Kreditraten zu zahlen haben. Aus diesem Grund schlägt er vor, für die beiden Gruppen unterschiedliche Armutsschwellen zu verwenden, wobei die Differenz der Miete einer Unterkunft mit gewissen Mindeststandards entspricht. In einer Regression kann Van den Bosch (1998: 223 f) zeigen, dass die Berücksichtigung der Wohnkosten für die Bevölkerung höhere Armutsquoten generiert. Hauptwohnsitz-Eigentümer\_innen (egal welchen Alters) sind seltener von Armut betroffen, während Haushalte mit hypothekarisch besicherten Krediten etwas häufiger arm sind. Eklatant ist jedoch der Effekt bei Mieter\_innen. Die Armutsquote dieser Gruppe steigt für nicht-alte Mieter\_innen von 9 auf 21 Prozent. Für alte Haushalte in Miete berechnet Van den Bosch (1998) ein dreimal so hohes Risiko, arm zu sein, wie für die Bevölkerung.

Thiele (2000) legte die erste Studie für die Bundesrepublik Deutschland vor, in der neben dem Einkommen auch verschiedene Vermögensformen zur Bestimmung der sozialen Lage herangezogen werden (vgl. ebd.: 2). Sie begründet die Berücksichtigung des Vermögens damit, dass die soziale Lage privater Haushalte in Deutschland in zunehmendem Maße durch das Vermögen bestimmt werde (vgl. ebd.: 2). Thiele kritisiert multidimensionale Vermögensarmutskonzepte, da sie ihres Erachtens keine Bestimmung der sozialen Lage zulassen, wenn ein Haushalt beispielsweise über relativ geringes Einkommen, gleichzeitig aber über relativ hohes Vermögen verfügt (vgl. ebd.: 5). Für ihre Analysen wählt sie daher den Ansatz von Weisbrod und Hansen (1968) und erweitert diesen durch die Berücksichtigung des Haushaltskonsums. Als Datensatz wird die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes (EVS) für das Jahr 1988 verwendet.

Thiele (2000) zeigt, dass die Berücksichtigung des Vermögens bei den meisten sozialen Positionen<sup>7</sup> zu einer Reduktion der Armutsquote führt. Besonders stark ist die Verbesserung der sozialen Lage bei Landwirt\_innen (um 14 Prozentpunkte auf 28 %), was von Thiele (2000: 9) auf ihr vergleichsweise hohes Grundvermögen zurückgeführt wird. Höhere Armutsquoten berechnet die Autorin für Beamt\_innen und Angestellte, bietet jedoch keine Erklärung für dieses Ergebnis an.

Die Autorin berechnet des Weiteren Einkommensschwellen, die angeben, ab welchem durchschnittlichen Einkommen Grundvermögen gebildet wird. Sie hebt hervor, dass „Ehepaare mit Kindern hohe Präferenzen zur Bildung von Grundvermögen haben“ (Thiele 2000: 16), da sie schon bei vergleichsweise geringem Einkommen mit der Vermögensakkumulation beginnen. Geringe Präferenzen zur Vermögensbildung ordnet sie mit dieser Methode bei Singles, bei kinderlosen Paaren und bei Alleinerzieher\_innen.

Eine weitere Studie, in der das Annuitätenkonzept zur Anwendung kommt, legen Wolff und Zacharias (2009) vor. Sie verwenden in ihrer Arbeit ein um Vermögen erweitertes Konzept von *well-being*. Sie untersuchen das Ausmaß und die Verteilung von *well-being* in den USA und den Effekt, den die Berücksichtigung des Vermögens darauf hat.

Die Erweiterung um Vermögen ist bei Wolff und Zacharias (2009) empirisch begründet. Sie finden eine starke positive, jedoch keineswegs perfekte, Korrelation zwischen Einkommen und Netto-Vermögen in den USA. Einkommen und Vermögen sind also nicht einfach austauschbare Kennzeichen für das *well-being* von Haushalten. Unter Bezugnahme auf Radner und Vaughan (1987) analysieren sie zudem die gemeinsame Verteilung von Einkommen und Vermögen und zeigen dabei, dass in den USA im Jahr 2001 in keinem Netto-Vermögensquintil mehr als 53 Prozent der Haushalte im korrespondierenden Einkommensquintil liegen. Sie schließen daraus:

---

<sup>7</sup> Unter „sozialen Positionen“ versteht die Autorin hier: Landwirt\_innen, Selbstständige, Beamt\_innen, Angestellte, Arbeiter\_innen, Arbeitslose und Nichterwerbstätige (vgl. Thiele 2000: 8f).

„income and wealth, while positively correlated, are distributed rather differently among households. Wealth thus represents another dimension of well-being over and above income“ (Wolff und Zacharias 2009: 85).

Für die Untersuchung des Einflusses von Vermögen addieren Wolff und Zacharias (2009) das Haushaltsvermögen in Form einer Annuität zum Einkommen. Dabei verwenden sie eine wesentlich elaboriertere Annuitätenformel als frühere Studien. Sie enthält beispielsweise einen auf Basis historischer Renditen geschätzten, portfoliospezifischen Zinssatz, anstatt eines willkürlich gewählten Zinssatzes. Außerdem werden, wie schon in der Studie von Wolff (1990), imputierte, fiktive Mieten als Einkommen inkludiert (als Maß für den Vorteil aus Hauptwohnsitzimmobilien).

Sie zeigen, dass das um Vermögensannuitäten ergänzte Einkommen über den Beobachtungszeitraum (vier Zeitpunkte von 1982 bis 2000, SCF-Daten) wesentlich stärker gewachsen ist als das Haushaltseinkommen alleine. Dies ist auf das Wachstum der Vermögensannuitäten zurückzuführen. Außerdem ist auch die Ungleichheit gestiegen, wobei der Gini-Koeffizient für das *wealth-adjusted income* ausgehend von einem höheren Niveau (1982: 0,493) stärker gestiegen ist (2000: 0,589) als jener des Einkommens (0,456 auf 0,549).

Konsistent mit früheren Ergebnissen (v. a. Oliver und Shapiro 1997/2006) finden sie eine große und über die Periode wachsende Kluft zwischen weißen und afro-amerikanischen Haushalten. Die Berücksichtigung des Haushaltsvermögens als Annuität vergrößert den *income gap* zwischen weißen und afro-amerikanischen Haushalten eklatant. Die Ratio zwischen dem Einkommen weißer und afro-amerikanischer Haushalte beträgt im Jahr 2000 0,57 (Median) bzw. 0,5 (Mittelwert). Wird das Vermögen berücksichtigt so sinken die Ratios auf 0,049 (Median) und 0,041 (Mittelwert). Dies belegt den großen *wealth-gap* dem sich afro-amerikanische Haushalte gegenübersehen.

Auch in dieser Studie werden alte Haushalte durch die Berücksichtigung ihres Vermögens substanziell besser gestellt. Wolff und Zacharias (2009:

114) erklären das einerseits durch das größere Verhältnis von Vermögen und Einkommen bei alten Haushalten und andererseits durch die höhere Mortalität bzw. kürzere Lebensdauer älterer Haushalte (die wiederum in höheren Annuitäten resultiert). So betrug das durchschnittliche Einkommen alter Haushalte (65- bis 74-jährige Referenzpersonen) im Jahr 1982 nur 88 Prozent des Bevölkerungsdurchschnitts, während das um Vermögen erweiterte Einkommen 107 Prozent des Durchschnitts aller Haushalte entsprach – diese Kluft hat sich über die Periode noch vergrößert. Ähnliches trifft (auf niedrigerem Niveau) auf Haushalte mit Referenzpersonen zu, die 75+ Jahre alt sind. Im Gegensatz dazu können junge Haushalte erneut als Gruppe mit geringen Vermögensbeständen identifiziert werden. Die Ratio zwischen dem Mittelwert des Einkommens von Haushalten mit Referenzpersonen unter 35 Jahren sinkt etwa von 0,67 exklusive Vermögen auf 0,54 inklusive Vermögen (Beobachtungspunkt: 2000). Haushalte mit Referenzpersonen zwischen 35 und 44 Jahren verdienen mehr als der Durchschnitt der Bevölkerung (Ratio = 1,15), berücksichtigt man ihr Vermögen, so fällt die Ratio auf 0,97.

Wolff und Zacharias (2009) untersuchen auch verschiedene Haushaltsstrukturen. Alleinerzieherinnen und Singles ohne Kinder (Frauen stärker, etwas weniger Männer) gehören eindeutig zu den Risikogruppen für Vermögens- und Einkommensarmut. Ihr Einkommen liegt (inklusive und exklusive Vermögensannuitäten) deutlich unter dem Durchschnitt und ihre relative Position zum Durchschnitt hat sich über die Periode 1982 bis 2000 auch verschlechtert. Im Gegensatz dazu haben verheiratete Paare mit und ohne Kinder höheres Einkommen und höheres Vermögen als der Durchschnitt der US-amerikanischen Haushaltsbevölkerung. Während sich jedoch die Vermögenssituation der verheirateten Paare mit Kindern über den Beobachtungszeitraum verschlechtert hat, hat sich jene der Paare ohne Kinder leicht verbessert.

## 1.2 Multidimensionale Vermögensarmutskonzepte

Eine für multidimensionale Vermögensarmutskonzepte zentrale Studie ist jene der Soziologen Melvin Oliver und Thomas Shapiro (1997, zweite Auflage: 2006), obwohl multidimensionale Ansätze schon früher, im Rahmen vergleichender Studien, verwendet wurden (siehe Kapitel 1.3 in dieser Arbeit). Die Arbeit von Oliver und Shapiro ist meines Wissens die erste, in der explizit von *asset poverty* gesprochen wird und dem Mangel an Vermögen sogar eine bedeutendere Rolle als einem Mangel an Einkommen zugeschrieben wird. Konsequenterweise versuchen die Autoren daher auch nicht, die beiden Größen kommensurabel zu machen, sondern betrachten Einkommens- und Vermögensarmut als eigenständige, sich gegenseitig beeinflussende Konzepte. Vermögensarmut bedeutet in dieser Arbeit, dass das Vermögen eines Haushaltes geringer ist als ein Einkommen gleich der dreifachen monatlichen Armutsschwelle. Auch die folgenden in diesem Unterkapitel vorgestellten Studien lehnen ihre Definitionen an dieses multidimensionale Konzept von Vermögensarmut an.

Die Autoren beginnen ihre Studie mit dem Versuch, die Kontinuität ökonomischer Ungleichheit zwischen weißen und afro-amerikanischen Haushalten durch die ungleiche Vermögensausstattung der beiden Gruppen zu begründen (vgl. Oliver und Shapiro 1997/2006: 11 f). Sie zeigen anhand dreier historischer Szenarien, welchen Barrieren sich Afro-Amerikaner\_innen gegenübersehen. Es war ihnen etwa nach Ende der Sklaverei durch den Southern Homestead Act 1866 zwar erlaubt Vermögen in Land zu erwerben, allerdings sahen sie sich einer massiven Diskriminierung bei der Landvergabe gegenüber, weshalb ihr Leben in Freiheit mit einem erheblich Rückstand auf die weiße Mehrheit begann. Als im 20. Jahrhundert die Suburbanisierung in den USA einsetzte, war es offizielle Politik der Federal Housing Authority (FHA), „gemischte“ Nachbarschaften nicht zu genehmigen, da eine Reduktion der Immobilienwerte befürchtet wurde. So entstanden segregierte Nachbarschaften, und afro-amerikanische Haushalte wurden von der Akkumulation der wichtigsten Vermögensklasse privater Haushalte (Hauptwohnsitz-Immobilien) ausgeschlossen. Rassistische Praktiken, die Afro-

Amerikaner\_innen bei der Vermögensakkumulation behindern, zeigen sich schließlich bis in die Gegenwart, da dieser Minderheit seltener und zu schlechteren Konditionen Kredit gewährt wird als der weißen Mehrheitsbevölkerung (selbst bei gleichem Einkommen).

Die zahlreichen empirischen Ergebnisse von Oliver und Shapiro (1997/2006) verweisen auf eine eklatante Ungleichheit zwischen Weißen und Afro-Amerikaner\_innen. Zudem zeigt sich paradoxerweise, dass sich die Einkommenslücke zwischen den beiden Gruppen in zunehmendem Maße schließt, während sich die Vermögensungleichheit gleichzeitig verschärft. Die Autoren fordern daher in weiterer Folge eine Sozialpolitik, die es Afro-Amerikaner\_innen ermöglichen soll, Vermögen aufzubauen und an folgende Generationen weiterzugeben.

Oliver und Shapiro (1997/2006) verwenden für ihre Analyse sowohl quantitative als auch qualitative Methoden. Für ihre quantitativen Analysen verwenden sie Daten des Survey of Income and Program Participation (SIPP), ergänzt werden diese durch qualitative Interviews. Die quantitativen Analysen belegen die faktische Ungleichheit zwischen Afro-Amerikaner\_innen und Weißen. Ziel der Interviews war es indessen „to gather authentic depictions of a distinctly American experience: a racially differentiated view of what it takes, looks, feels like, and means for Americans to accumulate assets“ (Oliver und Shapiro 1997/2006: 56). Die nach dem Schneeball-Prinzip ausgewählten Interviewpartner\_innen waren nach Alter, Familienstand, Ethnie und Wohnort differenziert.

Die empirischen Ergebnisse von Oliver und Shapiro (1997/2006: 69 ff) sind umfassend, im Folgenden wird daher eine Auswahl präsentiert. Die Autoren zeigen etwa, dass das durchschnittliche Finanzvermögen einer US-amerikanischen Familie ausreichen würde, um drei Monate über der Armutsschwelle zu verweilen (vgl. ebd.: 71) – allerdings erreichen nur 45 Prozent der Haushalte diesen Wert (vgl. ebd.: 184). Haushalte mit Vorständen unter 35 Jahren verfügen über gar kein Finanzvermögen und über geringes Nettovermögen. Nach dieser Altersgrenze wächst das Vermögen und erreicht bis zur Pensionierung sein Maximum – erneut können also junge Haushalte als

Risikogruppe für Vermögensschwäche identifiziert werden. Ebenso schlecht gestellt sind Singles (im Vergleich zu verheirateten Paaren). Es stellt sich allerdings heraus, dass die Kategorie „Singles“ zu breit gefasst ist, da alleinstehende Witwen über vergleichsweise hohes Netto- und Finanzvermögen verfügen.

Auch die soziale Herkunft (gemessen am Berufsstatus der Eltern) spielt eine Rolle für die Höhe des Haushaltsvermögens. Haushalte, deren Eltern einen hohen Berufsstatus hatten, weisen höheres Netto- und Finanzvermögen auf als Haushalte, deren Eltern Berufen mit geringerem Status nachgingen. In Bezug auf die Bildung der Haushaltsvorstände zeigt sich, dass eine hohe Bildung sich sowohl positiv auf das Einkommen als auch auf das Vermögen auswirkt – wobei der Effekt tertiärer Bildungsabschlüsse auf Vermögen wesentlich größer ist als auf das Einkommen. Auch der positive Einfluss des beruflichen Status wirkt sich stärker auf das Vermögen als auf das Einkommen aus. Ebenso positiv wirken lange Berufstätigkeit (auch unter Kontrolle des Alters der Referenzpersonen) und Beschäftigungsstabilität auf die Höhe des Vermögens. Zudem zeigt sich, dass Haushalte im Süden der USA weniger Vermögen besitzen als Haushalte im Rest der USA.

Die zentralen Ergebnisse von Oliver und Shapiro (1997/2006) betreffen den von ihnen als „Great Racial Wealth Divide“ (ebd.: 88) bezeichneten Unterschied zwischen afro-amerikanischen und weißen Haushalten, der in den folgenden Absätzen zusammengefasst wird (vgl. im Folgenden ebd.: 88 ff).

Weißer Haushalte besitzen zehnmal so viel Finanzvermögen wie afro-amerikanische Haushalte, rund 61 Prozent der afro-amerikanischen Haushalte verfügen über gar kein oder negatives Finanzvermögen (weiße Haushalte: 25,3 %). Das Netto-Finanzvermögen von 79 Prozent der afro-amerikanischen Haushalte reicht nicht aus um den Haushalt drei Monate über der Armutsschwelle zu halten (weiße Haushalte: 38,1 %), und 73 Prozent der afro-amerikanischen Kinder leben in Haushalten ohne Finanzvermögen (40 Prozent der weißen Kinder). Während die Median-Ratio der Einkommen

der beiden Gruppen 0,62 beträgt, beträgt sie für das Netto-Vermögen nur 0,08 (d. h. für jeden Dollar Netto-Vermögen weißer Haushalte besitzen Afro-Amerikaner\_innen nur 8 Cents).

Auch in der Mittelklasse (gemessen am Berufsstatus *white-collar* und alternativ am Bildungsgrad *college-degree*) bleibt die Vermögensungleichheit ausgeprägt. Während sich das Verhältnis der Einkommen von weißen und afro-amerikanischen Haushalten in dieser Schicht verbessert (0,7 bis 0,76 vs. 0,62 in der Bevölkerung), beträgt das Verhältnis des durchschnittlichen Netto-Vermögens der beiden Gruppen 0,35 – d. h. für jeden Dollar Netto-Vermögen eines weißen Mittelschicht-Haushalts besitzt ein afro-amerikanischer Mittelschicht-Haushalt 35 Cents. Betrachtet man Einkommen, Vermögen, Alter und Ethnie gemeinsam, so zeigt sich beispielsweise, dass junge afro-amerikanische Haushalte circa 80 Prozent des Einkommens gleichaltriger weißer Haushalte verdienen, während sie nur 18 Prozent des Netto-Vermögens weißer Haushalte und (im Gegensatz zur weißen Vergleichsgruppe) überhaupt kein Netto-Finanzvermögen besitzen.

Diese Vermögensungleichheit zwischen den beiden Gruppen zeigt sich auch, wenn das Einkommen konstant gehalten wird. Für die Autoren ist dies ein Beleg dafür, dass eine Beschränkung auf Einkommensvergleiche die tatsächliche ökonomische Situation und das tatsächliche Verhältnis zwischen den untersuchten Gruppen verschleiert (vgl. ebd.: 103). Sogar in der Gruppe der bestverdienenden Haushalte, wo die Vermögensungleichheit zwischen den Subpopulationen am geringsten ist, besitzen afro-amerikanische Haushalte nur rund 52 Prozent des Nettovermögens weißer Haushalte (Finanzvermögen – je nach Einkommensklasse – zwischen 0,6 und 33 %).

Betrachtet man die Zusammensetzung des Vermögens, so erweist sich das Vermögen weißer Haushalte als diversifizierter. Generell weisen afro-amerikanische Haushalte geringere Partizipationsraten bei allen Vermögenskomponenten auf, ihr Vermögen ist auf *consumable assets* (Hauptwohnsitz-Immobilien und Fahrzeuge) konzentriert und sie besitzen in allen Vermögensklassen Vermögen geringeren Wertes als weiße Haushalte.

Bildung erhöht zwar das Einkommen afro-amerikanischer Haushalte in ähnlichem Ausmaß wie jenes weißer Haushalte, jedoch steigt das Vermögen in wesentlich geringerem Ausmaß. Selbiges gilt für weitere Charakteristika wie das Alter, die Dauer der beruflichen Laufbahn, die Branche oder die Anzahl der berufstätigen Haushaltsmitglieder: während sich die Einkommensschere schließt, bleibt die Vermögensungleichheit unberührt oder vergrößert sich sogar.

Die deskriptiven Ergebnisse werden von Oliver und Shapiro (1997/2006: 129 ff) in Regressionen geprüft. Für die gesamte Bevölkerung erweisen sich die Merkmale Alter, Einkommen, Alter quadriert, Berufsstatus und Selbstständigkeit, Anzahl der berufstätigen Haushaltsmitglieder, Ethnie, männlich, Region und Bildung als wesentliche Faktoren für die Höhe des Einkommens und die Akkumulation von Netto- bzw. Finanzvermögen. Werden die Modelle jedoch für die beiden Gruppen getrennt geschätzt, so zeigt sich, dass für afro-amerikanische Haushalte nicht die gleichen Merkmale wirksam sind wie für weiße Haushalte. Durch Übertragung der Merkmalsverteilung weißer Haushalte auf afro-amerikanische Haushalte zeigen die Autoren, dass auch bei identischen Merkmalen rund 72 (Netto-Vermögen) bzw. 76 Prozent der Vermögenslücke unerklärt bleiben. Sie schließen daraus, dass eine implizite „racial wealth tax“ (Oliver und Shapiro 1997/2006: 137) wirken muss, welche die Vermögensbildung afro-amerikanischer Haushalte behindert.

Oliver und Shapiro (1997/2006: 154 f) unterscheiden in weiterer Folge auch drei Formen von Erbschaften, die typischerweise während verschiedener Lebensabschnitte angetreten werden. In jungen Jahren geht es um die Transmission von Bildung, Erfahrungen, Freundschaften und Kontakten. Die nächste Erbschaft wird von jungen Erwachsenen angetreten – hier werden beispielsweise tertiäre Ausbildungen oder die erste Immobilie von den Eltern finanziert. Schließlich erben Haushalte im mittleren Alter ein drittes Mal, wenn die Eltern sterben. Die Autoren belegen anhand von Interviews, dass alle weißen Haushalte Nutznießer\_innen verschiedener und zumeist mehrerer Formen von Erbschaften waren, während dies bei Afro-Amerikaner\_innen nicht der Fall war. Aber nicht nur Vermögen, sondern auch Status wird vererbt. Dabei starten weiße Haushalte, insbesondere in höheren

Berufspositionen, schon seit Generationen mit einem Vorteil und geben diesen weiter. Afro-amerikanische Haushalte andererseits erhalten keine nennenswerten ökonomischen Ressourcen von ihren Eltern. Sie können daher auch während ihrer Berufstätigkeit nur wenig Vermögen aufbauen – folglich startet die nächste Generation afro-amerikanischer Bürger\_innen mit noch größerem Rückstand.

Oliver und Shapiro (1997/2006: 175 ff.) formulieren abschließend auch Ansätze eines sozialpolitischen Programms, das es afro-amerikanischen Haushalten ermöglichen soll, Vermögen zu akkumulieren, und dadurch zur Reduktion der sedimentierten Vermögensungleichheit beitragen soll. Es reiche nicht, argumentieren sie, gleiche Möglichkeiten und Bedingungen zu schaffen, da dadurch der Vorsprung weißer Haushalte nicht verringert werde:

„Equal opportunity, even in the best of circumstances, does not lead to equality. (...) given the historically sedimented nature of racial wealth disparities, a focus on equal opportunity will only yield partial results. Blacks will make some gains, but so will whites, with initial inequalities persisting at another level“ (Oliver und Shapiro 1997/2006: 181).

Ihre Ideen für eine *asset-based policy* übernehmen sie aus Michael Sherradens „Assets and the Poor“ (1991). Die Maßnahmen reichen von verschiedenen Formen subventionierter Sparkonten (*educational asset accounts, housing asset accounts, business accounts*) über höhere Besteuerung von Kapitalerträgen und Erbschaften bis hin zu Reparationszahlungen für Nachkommen von Opfern der Sklaverei.

Haveman und Wolff (2004, 2005) beziehen sich in ihrer Forschung explizit auf Oliver und Shapiro (1997/2006), folglich setzen auch sie in ihren Arbeiten den Fokus stärker auf Vermögen als auf Einkommen. Ihre Studien untersuchen Vermögensarmut in den USA zwischen 1983 und 1998 (Haveman und Wolff 2005) bzw. 2001 (Haveman und Wolff 2004). Ihre Arbeiten, vor allem ihre Definitionen von Vermögensarmut, sind auch für diese Arbeit anleitend. Sie definieren Vermögensarmut folgendermaßen:

„We define a household or a person as being ‘asset poor’ if the access that the family members have to wealth-type resources is insufficient to enable them to meet their basic needs for some limited period of time“ (Haveman und Wolff 2005: 64).

*Wealth-type resources* setzen die Autoren in ihren Studien gleich mit (1) dem Nettovermögen, (2) dem Nettovermögen abzüglich des Wertes der Hauptwohnsitzimmobilie bzw. (3) dem Finanzvermögen eines Haushaltes. Dabei wird erwartet, dass die Zahl der von Vermögensarmut betroffenen Haushalte steigt, je enger die Vermögensdefinition gefasst wird: Steht nur das Finanzvermögen zur Befriedigung der Grundbedürfnisse zur Verfügung, so sollten die *basic needs* schwerer befriedigt werden können, als wenn auch das Realvermögen und sogar der Hauptwohnsitz liquidiert werden können. Als *basic needs* definieren die Autoren eine (nach Haushaltsgröße gewichtete) in US-Dollar denominierte, absolute Armutsgrenze. Es handelt sich um einen Geldbetrag für Nahrung, Kleidung und Unterkunft sowie einen kleinen Zusatzbetrag für andere Produkte des täglichen Bedarfs. Die *limited period of time* wird von den Autoren („as a reasonable standard“ (2005: 65)) auf drei Monate festgelegt.

Diese allgemeine Definition von Vermögensarmut und ihre konkrete Operationalisierung wurden in einigen späteren Studien übernommen – zum Teil unter Modifikation der Parameter. Auch in dieser Arbeit werden die Vermögensaggregate sowie die Zeitperiode verwendet, die von Haveman und Wolff vorgeschlagen wurden. Die Armutsgrenze, mit der *basic needs* approximiert werden sollen, wurde jedoch anders berechnet (siehe Kapitel 2).

Für ihre Berechnungen verwenden sie Daten des Survey of Consumer Finances (SCF), der auch Vorbild für den in dieser Arbeit verwendeten Datensatz ist (vgl. Albacete et al. 2013). Unabhängig von der Definition von Vermögensarmut finden die Autoren für die Periode zwischen 1983 und 1998 bzw. 2001 Vermögensarmutsquoten die deutlich über der offiziellen (Einkommens-)Armutquote liegen. Mit einer breiten Vermögensdefinition sind die Vermögensarmutsquoten zu allen sechs beobachteten Zeitpunkten

(1983, 1989, 1992, 1995, 1998, 2001) circa doppelt so hoch wie die offiziellen Einkommensarmutsquoten der USA. Noch größer ist die Differenz zwischen offizieller Armutsquote und der Vermögensarmutsdefinition bei der nur Finanzvermögen berücksichtigt wird. Hier sind die berechneten Armutsquoten circa drei- bis viermal so hoch wie die offizielle Quote. Die Ergebnisse demonstrieren also, dass Vermögensarmut im Beobachtungszeitraum weiter verbreitet war als Einkommensarmut. Andererseits verdeutlichen sie, wie stark das Ausmaß der Vermögensarmut von der gewählten Definition abhängt.

Nach soziodemographischen Charakteristika unterteilt, zeigt sich, dass afro-amerikanische und lateinamerikanische Haushalte überproportional von Vermögensarmut betroffen sind. Beinahe die Hälfte der Minderheitenhaushalte ist in diesem Zeitraum vermögensarm (fast zwei Drittel mit einer engeren Vermögensdefinition), im Gegensatz zu 17 bis 19 Prozent (26 bis 30 % bei engeren Vermögensdefinitionen) der weißen Haushalte. Als weitere Risikogruppen werden Haushalte mit jungen und niedrig gebildeten Haushaltsvorständen, mit alleinerziehenden Männern und Frauen sowie in Miete lebende Haushalte identifiziert.

Im Längsschnitt zeigt sich, dass die Zahl der von Vermögensarmut betroffenen Haushalte in den Jahren mit höherem Wirtschaftswachstum (1990er Jahre) zunahm, während sie in den wachstumsschwachen 1980er Jahren abnahm. Es scheint also, als konnten vermögensarme Haushalte nicht in einem Maße vom Wirtschaftswachstum profitieren, das es ihnen ermöglicht hätte, Vermögen aufzubauen. Getragen wurde der allgemeine Trend von der Mehrheit der weißen Haushalte, deren Vermögensarmutsquoten sich entgegen dem Trend des Wirtschaftswachstums entwickelten. Haushalte mit afro-amerikanischen bzw. lateinamerikanischen Haushaltsvorständen weisen in diesem Zeitraum die gerade umgekehrte Tendenz auf – die Zahl der vermögensarmen Minderheitenhaushalte sank bei hohem Wirtschaftswachstum<sup>8</sup>.

---

<sup>8</sup> Wolff verwendet in seinen Kooperationen mit (Caner und Wolff 2004a, 2004b) die gleichen Definitionen wie in den hier dargestellten Studien von Haveman und Wolff (2004, 2005). Sie präsentieren auch sehr ähnliche Ergebnisse für die gleichen Zeiträume. Um den Rahmen

Gornick et al. (2009) untersuchen die Einkommens- und Vermögenssituation älterer Frauen mit Daten der Luxembourg Wealth Study (LWS). Sie halten fest, dass Altersarmut sehr häufig weiblich ist, „as women typically constitute two-thirds or more of the elderly poor in rich countries“ (ebd.: 402). Sie vergleichen sechs Länder, wobei jeweils zwei dem gleichen Wohlfahrtsstaatsmodell (nach Esping-Andersen 1990) zuzurechnen sind (USA und UK; Finnland und Schweden; Deutschland und Italien).

Diese Studie markiert den Beginn eines gestiegenen europäischen Interesses an dem Thema Vermögensarmut. Ab dem Jahr 2010 finden sich daher einige auch international vergleichende Publikationen, während bis dahin nur vereinzelte nationale Studien existierten. Diese gestiegene Publikationstätigkeit kann sicher durch die verbesserte Datenlage erklärt werden, die mit der Schaffung des LWS erreicht wurde.

Gornick et al. (2009) definieren Vermögensarmut ähnlich wie Haveman und Wolff (2004, 2005), allerdings beziehen sie ihre Vermögensaggregate auf eine relative Armutsquote. Sie beschränken ihre Analyse zudem auf liquides (Finanz-)Vermögen, da ihrer Ansicht nach nur diese Vermögensklasse älteren Personen in Krisenzeiten zur Verfügung stehen würde. Die Autor\_innen können zeigen, dass das Median-Finanzvermögen älterer Frauen häufig über dem Median-Finanzvermögen der Bevölkerung liegt, während ihr Median-Einkommen klar geringer ist: „It is not surprising that older households have more assets than the median household, as assets often continue to accumulate up to and beyond retirement“ (ebd.: 406). Daraus schließen sie, dass Vermögen gerade für die soziale Lage älterer Personen von großer Bedeutung ist.

Im Ländervergleich zeigt sich, dass alle untersuchten Staaten hohe Armutsquoten älterer Frauen aufweisen, wobei die Vermögensarmutsquote stets über der Einkommensarmutsquote liegt. Besonders betroffen sind laut Gornick et al. (2009) alleine lebende ältere Frauen, die häufig kleinere Vermögen haben und daher größeren Risiken ausgesetzt sind als Frauen, die

---

dieses Literaturüberblicks nicht zu sprengen, werden daher nur die Studien von Haveman und Wolff präsentiert.

gemeinsam mit anderen Personen in einem Haushalt leben. Die Einkommensarmutsquote älterer Frauen ist mit 24 Prozent in den USA am höchsten und liegt deutlich über den Armutsquoten der europäischen Länder. Bei der Vermögensarmutsquote liegen hingegen europäische Staaten (außer Schweden) vor den USA. Die höchsten Werte finden sich in Finnland, wo 54 Prozent der älteren Frauen bzw. 64 Prozent der alleinstehenden älteren Frauen vermögensarm sind.

Azpitarte (2011, 2012) vergleicht in zwei Arbeiten Spanien mit dem Vereinigten Königreich (2011) bzw. mit den USA (2012). In beiden Papieren verwendet er ein multidimensionales Vermögensarmutskonzept, d. h. er fasst Vermögen und Einkommen nicht zu einem einzigen Einkommensstrom zusammen, sondern folgt dem Ansatz von Haveman und Wolff (2004, 2005).

Für den Vergleich mit dem Vereinigten Königreich (2011) verwendet er drei Vermögensarmutsdefinitionen. Ein Haushalt ist in dieser Studie vermögensarm, wenn er (1) über Vermögen verfügt oder (2) das Vermögen nicht ausreicht, um drei Monate über der relativen Einkommensarmutsgrenze zu bleiben oder (3) das Vermögen geringer ist als das Quartalseinkommen des Haushalts<sup>9</sup>. Es kommen zudem drei verschiedene Vermögensdefinitionen zur Anwendung: das Nettovermögen, das Immobilienvermögen sowie das Vermögen ohne Immobilienvermögen.

Mit Daten der Encuesta Financiera de las Familias (EFF) der spanischen Notenbank bzw. des British Household Panel Survey (BHPS) berechnet er vergleichbare<sup>10</sup> Netto-Vermögensarmutsquoten zwischen 12 bis 14 Prozent für Spanien und 20 bis 30 Prozent für die USA. Die Armutsquoten steigen bei sinkender Größe des Vermögensaggregats. „Non-housing wealth“-Armutsquoten zwischen 70 und 81 Prozent (Spanien) bzw. 39 und 63 Prozent (UK) verdeutlichen die große Bedeutung des „housing wealth“. Wird Immobilienvermögen ausgeklammert, steigen die Armutsquoten auf den circa fünffachen

---

<sup>9</sup> Diese Ausrichtung am aktuellen Haushaltseinkommen anstatt an einem Bevölkerungsdurchschnitt (-median) kann paradoxerweise dazu führen, dass sehr gut verdienende Haushalte nach dieser Definition vermögensarm sind, während sehr schlecht verdienende Haushalte nicht-vermögensarm sind.

<sup>10</sup> Da die beiden Datensätze nicht in gleichem Umfang Vermögensinformationen enthalten, werden für die Berechnung vergleichbarer Armutsquoten nicht alle Vermögenskomponenten berücksichtigt.

(Spanien) bzw. drei- bis vierfachen Wert (UK). Dass die spanischen Vermögensarmutsquoten stärker steigen als jene im Vereinigten Königreich zeigt zudem, dass Immobilienvermögen für spanische Haushalte eine relativ bedeutende Vermögensklasse ist.

Über die Haushaltscharakteristika berichtet Azpitarte, dass jüngere Haushalte, insbesondere jene unter 25 Jahren, sowohl in Spanien als auch im Vereinigten Königreich die Gruppe mit dem höchsten Vermögensarmutsrisiko bilden. Als Gründe nennt er einerseits den schwereren Zugang zu Kreditmärkten für jüngere Personen und andererseits, dass junge Haushalte häufig noch nicht mit der Vermögensbildung begonnen haben. Im Gegensatz dazu sinkt die Wahrscheinlichkeit, arm zu sein, bei Haushalten mit älteren Referenzpersonen. Auch Alleinerzieher\_innen-Haushalte sowie Haushalte mit arbeitslosen und schlecht ausgebildeten Haushaltsvorständen sind überproportional häufig von Vermögensarmut betroffen. Dies gilt erneut für beide untersuchten Länder, die Prozentzahlen im Vereinigten Königreich übersteigen jene in Spanien jedoch deutlich. Im Vereinigten Königreich sind rund 65 Prozent der Alleinerziehenden (Spanien: 23 %), 35 Prozent der gering gebildeten (Spanien: 14 %) und 63 Prozent der Arbeitslosen (Spanien: 25 %) vermögensarm.

In einem Regressionsmodell schätzt Azpitarte, wie hoch die spanische Vermögensarmutsquote wäre, wenn in Spanien die gleiche Haushaltsstruktur vorläge wie im Vereinigten Königreich (die gleiche Methode findet sich auch bei Oliver und Shapiro 1997/2006). Er kann zeigen, dass die höheren Vermögensarmutsquoten im Vereinigten Königreich zu über 25 Prozent alleine durch Unterschiede in der Haushaltsstruktur erklärt werden können. Die britische Haushaltsstruktur, die sich durch jüngere Haushalte und einen größeren Anteil an Alleinerziehenden- bzw. Ein-Personen-Haushalten kennzeichnet, erweist sich dabei als vulnerabler als die in Spanien vorherrschende Haushaltsstruktur.

Für den Vergleich zwischen Spanien und den USA verwendet Azpitarte (2012) Definition (2) aus seiner Arbeit aus dem Jahr 2011 (siehe oben), variiert dabei allerdings die Zeitperiode, für die das Vermögen ausreichen soll.

Beim Vermögen differenziert er erneut zwischen Nettovermögen und Nettovermögen abzüglich der Hauptwohnsitz-Immobilie. Außerdem legt er in dieser Arbeit den Fokus auf den Vergleich zwischen doppelt-armen (vermögens- und einkommensarmen) Haushalten, geschützten armen Haushalten (d. h. einkommensarmen Haushalten, die nicht-vermögensarm sind) und gefährdeten nicht-armen Haushalten (Haushalte, die über geringes Nettovermögen verfügen, deren Einkommen aber über der Einkommensarmutsgrenze liegt). Für seine Berechnungen verwendet er Daten der EFF für Spanien bzw. des US-amerikanischen SCF.

Im Ländervergleich stellt sich heraus, dass doppelt-arme und gefährdete nicht-arme Haushalte in den USA häufiger sind als in Spanien, während die Quote der geschützten armen Haushalte in beiden Ländern auf dem gleichen Niveau liegt. 3,9 Prozent der spanischen Haushalte sind doppelt arm, rund 20 Prozent sind geschützt arm und 3,8 Prozent sind gefährdete nicht-arme Haushalte. In den USA betragen die entsprechenden Werte rund 12, 18 und 7 Prozent. Die Vermögensarmutsquoten liegen damit in beiden Ländern unter der Einkommensarmutsquote, die für Spanien mit rund 24 Prozent, für die USA mit circa 29 Prozent beziffert wird<sup>11</sup>.

Ersetzt man das Nettovermögen durch die engere Vermögensdefinition (Haushaltsvermögen exklusive Hauptwohnsitz-Immobilie), so steigt die Anzahl der doppelt armen und der gefährdeten nicht-armen Haushalte (in Spanien um 6 bis 10 Prozentpunkte, in den USA um 3 bis 4 Prozentpunkte). Umgekehrt reduziert sich die Zahl der durch Vermögen geschützten armen Haushalte in Spanien um 6 Prozentpunkte und in den USA um 3,5 Prozentpunkte.

Das erwartete Ergebnis liefern auch Variationen des Zeitraums und der Armutsschwelle: Je kürzer der Zeitraum, für den das Vermögen ausreichend sein soll, bzw. je geringer die Armutsschwelle, umso weniger Haushalte sind doppelt arm oder gefährdet nicht-arm bzw. umso mehr Haushalte geschützt einkommensarm.

---

<sup>11</sup> Die Bedingung für Vermögensarmut ist hier, dass das Vermögen die dreifache Einkommens-Armutsschwelle unterschreitet. Die Einkommens-Armutsschwelle ist definiert als 60 Prozent des Median-Haushaltseinkommens.

Der Vergleich zwischen den drei Gruppen und der Gruppe der einkommensarmen Haushalte deutet auf zum Teil unterschiedliche Charakteristika dieser Haushalte hin. Junge Haushalte sind sowohl nach dem eindimensionalen (Einkommensarmuts-)Konzept als auch nach den mehrdimensionalen Konzepten überrepräsentiert. Ältere Haushalte hingegen sind von Einkommensarmut stark, von Vermögensarmut jedoch nur in geringem Ausmaß betroffen. Beispielsweise sind rund 28 Prozent der spanischen Haushalte mit Haushaltsvorständen in der Altersgruppe 65+ einkommensarm. Wird das Vermögen dieser Altersgruppe berücksichtigt („doppelt arme Haushalte“), so sinkt die Armutsquote auf 3,2 Prozent. Neben jungen Haushalten sind auch (jüngere, ältere und alleinerziehende) Frauen und Ein-Personen-Haushalte mittleren Alters in beiden Ländern besonders von Vermögensarmut betroffen.

Wie schon in seiner oben zitierten Arbeit zu Spanien und Großbritannien (Azpitarte 2011) kann der Autor auch in diesem Papier einen großen Teil des *poverty gaps* zwischen den USA und Spanien durch die unterschiedliche Haushaltsstruktur in den beiden Ländern erklären. Der höhere Anteil doppelt armer Haushalte in den USA etwa beruht zu einem großen Teil auf dem größeren Anteil junger, weiblicher Ein-Personen-Haushalte und der Häufigkeit von Alleinerzieherinnen in den USA. Im Gegensatz dazu findet sich in Spanien ein höherer Prozentsatz an Paaren in der Altersgruppe 65+ (19 % in Spanien vs. 11 % in den USA). Da diese Altersgruppe über relativ hohe Vermögensbestände verfügt, findet sich in Spanien ein höherer Anteil an geschützten armen Haushalten als in den USA. Der geringere Anteil an Singles in Spanien schließlich erklärt einen großen Anteil der Differenz in der Gruppe der vulnerablen einkommensarmen Haushalte.

### 1.3 Vergleichende Studien

Dieses Kapitel befasst sich mit Studien, in denen Vermögen sowohl in Form von Annuitäten kommensurabel mit Einkommen gemacht wird, als auch als Bestandsgröße erhalten bleibt. Als erste Studie, in der die beiden Vermögensarmutskonzepte verglichen werden, ist jene von Wolff (1990) zu nennen. In dieser Arbeit integrierte er erstmals „imputed rents to owner-occupied housing“ (Wolff 1990: 144) in die Analyse, d. h. eine fiktive Miete, die Eigentümer\_innen von Wohnraum durch Mietersparnisse lukrieren und verfeinerte dadurch das verwendete Einkommenskonzept.

Mit Daten des SCF für das Jahr 1983 untersucht Wolff (1990) zunächst die Vermögenssituation einkommensarmer Haushalte. Er kann zeigen, dass arme Haushalte wesentlich seltener Vermögen halten als Haushalte, deren Einkommen über der Armutsgrenze liegt. Jene armen Haushalte, die an den verschiedenen Vermögensarten partizipieren, besitzen im Durchschnitt geringere Werte als nicht-einkommensarme Haushalte. Dennoch besitzen immerhin 38 Prozent der einkommensarmen Haushalte Hauptwohnsitz-Immobilien, im Vergleich zu 68 Prozent der Haushalte über der Armutsgrenze. Die Hauptwohnsitze nicht-armer Haushalte sind jedoch im Durchschnitt doppelt so wertvoll wie die Hauptwohnsitze armer Haushalte.

Wolff (1990: 149) betont, dass das „verfügbare Vermögen“ (*fungible assets*, v. a. Finanzvermögen) armer Haushalte im Durchschnitt Werte nahe Null aufweist, d. h. ihr Vermögen besteht größtenteils (68 %) aus Eigenheim-Immobilien und langlebigen Konsumgütern. Der Autor vergleicht diese Ergebnisse für das Jahr 1983 mit Daten aus dem Jahr 1962 und belegt, dass das Vermögen armer Haushalte 1962 diversifizierter war als im Jahr 1983. Der Anteil des verfügbaren Vermögens an ihrem Gesamtvermögen betrug 1962 noch 45 Prozent. Insgesamt war die Vermögenssituation armer Haushalte 1962 besser als 1983. Während das reale Einkommen zwischen den beiden Zeitpunkten um 6 Prozent gestiegen ist, ist das reale Nettovermögen um rund 11 Prozent gesunken.

Wolff (1990) vergleicht schließlich noch Veränderungen der Armutsquote, die sich durch die Berücksichtigung des Vermögens einstellen. Er berechnet dabei Annuitäten nach Weisbrod und Hansen (1968) mit verschiedenen Zinssätzen. Außerdem verwendet er erstmals ein multidimensionales Armutskonzept. Wolff (1990) definiert Haushalte in diesem Sinne als arm, wenn sie sowohl in der Einkommens- wie in der Vermögensverteilung niedrige Positionen einnehmen. Außerdem variiert er die Armutsdefinitionen durch die Aufnahme verschiedener Vermögensaggregate.

Die Berücksichtigung des Vermögens führt mit beiden Methoden zu einer Reduktion der Armutsquoten. Das Annuitätenkonzept führt zu einer stärkeren Reduktion, wenn das Brutto-Vermögen (Vermögen ohne Abzug von Schulden) berücksichtigt wird sowie wenn höhere Zinssätze angenommen werden. Zudem sinkt die Armutsquote alter Haushalte generell stärker, da sie über durchschnittlich höhere Vermögensbestände verfügen.

Konzepte, bei denen Armut als niedrige Position in der Einkommens- und Vermögensverteilung definiert wird, weisen bei Wolff (1990) tendenziell höhere Reduktionen der Armutsquote auf als Variationen des Annuitätenkonzepts. Der Prozentsatz armer Haushalte sinkt hier um bis zu 42 Prozent, während die maximale Reduktion bei Annuitätenkonzepten rund 18 Prozent beträgt.

Die höchste Armutsquote liefert bei Wolff (1990) eine Armutsdefinition, bei der Haushalte entweder vermögens- oder einkommensarm sein müssen, um als arm zu gelten. Mit dieser sehr breiten Armutsdefinition steigt die Armutsquote um rund 20 Prozent. Ältere Haushalte sind etwas weniger und junge Haushalte etwas stärker von diesem Anstieg betroffen. Auch dieses Ergebnis kann auf die vergleichsweise hohen Vermögensbestände älterer Haushalte zurückgeführt werden.

Radner (1990) widmet sich explizit dem Vergleich der verschiedenen Vermögensarmutskonzepte. Er unterstreicht dabei zunächst, dass es keine völlig zufriedenstellende Methode gibt, Vermögen und Einkommen in einem Maß zu kombinieren (ebd.: 1). Die Annuitätenmethode wird kritisiert, da sie altersspezifische Unterschiede in den Spar- und Konsumgewohnheiten

ignoriere und alte Untersuchungseinheiten relativ besser stelle, da eine geringere Lebenserwartung zu höheren jährlichen Zahlungen führt. Schließlich sei die Annahme, dass Haushalte ihr Vermögen in Annuitäten umwandeln würden, schlichtweg unrealistisch.

Radner (1990) vergleicht zahlreiche unterschiedliche Varianten der Aggregation von Einkommen und Vermögen. Zudem untersucht er die Höhe der Armutsquoten, wenn Vermögen berücksichtigt wird und variiert dabei die Breite der Vermögensdefinition. Da die Beschreibung der zahlreichen Definitionen zu aufwändig wäre, werden hier nur die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst. Die Resultate sind unabhängig von den verwendeten Definitionen ähnlich und unterscheiden sich in der Regel nur durch die Höhe der Werte.

Radner (1990) zeigt mit Daten des Survey of Income and Program Participation (SIPP) für 1984, dass sich vor allem die Situation älterer Haushalte verbessert, wenn das Vermögen berücksichtigt wird. Dies trifft zu wenn nur das Finanzvermögen verwendet wird, in stärkerem Maße jedoch, wenn das Nettovermögen herangezogen wird.

Er verwendet ein multidimensionales Armutskonzept, um Auswirkungen auf die Armutsquote zu untersuchen. Arm ist nach dieser Definition ein Haushalt, dessen Einkommen geringer ist als 50 Prozent des Median-Einkommens und dessen Vermögen geringer ist als 50 Prozent des Median-Vermögens. Rund 42 Prozent der Bevölkerung (bzw. 25 Prozent alter Haushalte) hielten Vermögen, das geringer als die Hälfte des Medians war, wenn nur das Finanzvermögen berücksichtigt wurde. Zog man das Nettovermögen heran, so waren rund 39 Prozent (bzw. 21 Prozent bei alten Haushalten) von „reiner“ Vermögensarmut betroffen.

Wird das Finanzvermögen als Annuität zum Einkommen gezählt, so steigt die Armutsquote bei jungen Haushalten (bis 44 Jahre, besonders aber für noch jüngere Haushalte), während die Armutsquoten älterer Haushalte sinken. Die relative Situation Älterer wird also verbessert, dennoch bleiben sie überdurchschnittlich oft von Armut betroffen: Zwar sinkt die Armutsquote der Haushalte mit Referenzpersonen in der Altersgruppe 65+ durch die Aufnahme

des Finanzvermögens von 19,9 Prozent auf 15,4 Prozent, der Durchschnitt der Bevölkerung beträgt nach dem neuen Maß jedoch nur 15,2 Prozent.

Auch die Berücksichtigung des Nettovermögens für die Annuität zeigt dasselbe Muster, allerdings sind hier die ältesten Haushalte (mit Referenzpersonen ab 75 Jahren) deutlich seltener von Armut betroffen, als wenn nur das Finanzvermögen zählt. Die hohen Armutsquoten älterer Haushalte sind laut Radner (1990: 29 f) durch das äußerst geringe Einkommen dieser Einheiten und weniger durch einen Mangel an Vermögen getragen.

Wie Radner (1990: 35) hervorhebt, reagieren seine Berechnungen nur wenig auf die Art und Weise, wie Einkommen und Vermögen kombiniert werden. Egal welche Methode angewandt wurde, es ergab sich ein umgekehrt u-förmiger Zusammenhang zwischen Alter und dem Einkommens-Vermögens-Maß: Junge Haushalte weisen hohe Armutsquoten auf, die Werte sinken bis zu Haushalten mit Referenzpersonen mittleren Alters und steigen dann in den ältesten Altersgruppen wieder an. Junge Haushalte dürften sich sowohl einem Mangel an Vermögen, als auch einem Mangel an Einkommen gegenübersehen, während alte Haushalte vor allem unterdurchschnittliches Einkommen aufweisen. Der relative Status alter Haushalte (sowohl im Gesamtdurchschnitt als auch im unteren Teil der Verteilung) verbessert sich folglich tendenziell durch die Berücksichtigung von Vermögen, insbesondere wenn das Nettovermögen zählt.

Short und Ruggles (2004) sehen für die USA einen Widerspruch zwischen der Definition von Armut (bei der Vermögen nur in Form von Vermögenseinkommen von Relevanz ist) und dem Anspruch auf soziale Transfers, bei deren Bemessung die Höhe des Vermögens sehr wohl in Betracht gezogen wird<sup>12</sup>. Dass Vermögen ebenso wie Einkommen für die Finanzierung von Konsum verwendet werden kann, spricht für die Autorinnen ebenfalls für die Einbeziehung von Vermögen in Armutsdefinitionen.

---

12 Darauf weist auch Davies (2009: 142) hin: „[...] Medicare [...] and various other social benefits are means-tested in the USA. If a low income person without private health insurance falls ill, he/she will first be expected to exhaust savings before Medicare will begin paying the bills“.

Andererseits sehen sie die Möglichkeit, durch diese Einbeziehung das Ausmaß von Armut zu unterschätzen.

Mit einer Reihe von Armutsdefinitionen untersuchen sie, ob (und wie) die Aufnahme von Vermögensvariablen die Armutsquote verändert. Sie formulieren dafür drei Vermögensarmutsdefinitionen: Als vermögensarm gelten Haushalte, (1) deren Finanzvermögen nicht ausreicht, um den Haushalt *ein Jahr* über der Einkommens-Armutsgrenze zu halten, oder (2) deren Finanzvermögen nicht ausreicht, um den Haushalt für *drei Monate* über dieser Armutsgrenze zu halten. In der dritten Definition wird das Nettovermögen des Haushalts in eine lebenslange Annuität und damit in einen Einkommensstrom umgerechnet. Ein Haushalt gilt dann als vermögensarm, wenn (3) sein Vermögenseinkommen nicht ausreicht, um den Haushalt über der Armutsgrenze zu halten. Als Armutsgrenzen verwenden sie die offizielle Armutsgrenze der USA sowie eine adaptierte, „experimentelle Armutsgrenze“ (ebd.: 5 f). Ihre Berechnungen für die Jahre 1996 und 2001 basieren auf Daten des Survey of Income and Program Participation (SIPP).

Die Autorinnen zeigen, dass sich die Wirkung der Aufnahme von Vermögen in die Armutsdefinition unterschiedlich auf verschiedene Altersgruppen auswirkt. Die Berücksichtigung des Nettovermögens führt in ihrer Arbeit für Haushalte mit älteren Personen zu einer Reduktion der Armutsquoten, da diese über positives Nettovermögen verfügen. Für Haushalte mit jüngeren Personen und Paaren, andererseits, finden sie bei Berücksichtigung des Nettovermögens einen Anstieg der Armutsquoten. Daran zeigt sich, dass nicht nur Vermögen, sondern auch Schulden (bzw. negatives Nettovermögen) die Höhe der Armutsquote beeinflussen, wenn sie in der Armutsdefinition berücksichtigt werden. Nach oben beschriebener Vermögensarmutsdefinition (3), bei der das Nettovermögen in eine Annuität umgerechnet wird, berechnen sie sogar für die Gesamtbevölkerung eine höhere Armutsquote. Die Autorinnen schränken dieses Ergebnis jedoch insofern ein, als die Armutsquote nach dieser Definition stark von der angenommenen Lebensdauer des Haushaltsvorstands und dem für die Annuität unterstellten Zinssatz abhängt.

Eine weitere vergleichende Anwendung der Vermögensarmutskonzepte stammt von Brandolini et al. (2010). Einerseits folgen die Autor\_innen der Vorgehensweise von Wolff und Haveman (2004, 2005) und ergänzen Einkommensarmut so durch ein Vermögensarmutskonzept (multi-dimensionales Konzept). Andererseits berechnen sie eine Annuität nach Weisbrod und Hansen (1968) und kombinieren so zukünftige Erträge aus Vermögensbeständen mit dem laufenden Einkommen. Wie bereits oben angedeutet basiert die Berechnung dieses „Income-Net Worth“ nach Weisbrod und Hansen (1968) auf einer Reihe von Annahmen wie etwa der Länge der Annuität (d. h. der Lebensdauer der Untersuchungseinheit), der Höhe des Zinssatzes oder auch der Behandlung von Erbschaften. Brandolini et al. (2010: 13) mutmaßen, dass diese Schwierigkeiten ein wesentlicher Grund dafür sind, weshalb Weisbrod und Hansens Ansatz nicht stärker rezipiert wurde.

Als Vermögensvariablen verwenden Brandolini et al. (2010) Finanzvermögen, Schulden und Nettovermögen (letzteres exklusive Unternehmensanteilen). Mit Daten der Luxembourg Wealth Study berechnen sie absolute und relative Armutsquoten für Deutschland, Finnland, Italien, Kanada, Norwegen, Schweden, die USA und für das Vereinigte Königreich.

Auch in diesem Papier zeigt sich, dass Armutsquoten sehr sensitiv auf die Berücksichtigung von Vermögen reagieren. Wird Vermögensarmut alleine analysiert, so finden die Autor\_innen zum Teil Vermögensarmutsquoten die zwei- bis dreimal so hoch sind wie die Einkommensarmutsquoten desselben Landes<sup>13</sup>. Für Italien (Daten aus dem Jahr 2002) berichten sie eine Einkommensarmutsquote von 12,5 Prozent, eine Nettovermögensarmutsquote von 14,3 Prozent und eine Finanzvermögensarmutsquote von 31,7 Prozent. Die kombinierten Einkommens- und Vermögens-Armutsquoten liegen unter der reinen Einkommensarmutsquote. Wird das Nettovermögen berücksichtigt, so liegt die Armutsquote in Italien bei 4,4 Prozent, wird

---

<sup>13</sup> Dies gilt sowohl für Armutsquoten mit relativem als auch für Quoten mit absolutem Armutskonzept – die Beschreibung der Ergebnisse bezieht sich hier jeweils auf die relativen Armutsschwellen.

stattdessen das Finanzvermögen verwendet, so liegt die Armutsquote bei 9,2 Prozent.

Auch wenn Einkommen und Vermögensannuitäten zu einem Einkommensstrom kombiniert werden, sinken die Armutsquoten (im Vergleich zur reinen Einkommensarmutsquote) in allen untersuchten Ländern. Die Differenz zwischen Einkommensarmutsquoten und integrierten Armutsquoten ist dabei zum Teil substantiell, variiert jedoch auch stark in Abhängigkeit vom verwendeten Zinssatz und der verwendeten Vermögensdefinition. Für Italien berichten die Autor\_innen bei gleichem Zinssatz beispielsweise eine Reduktion der Armutsquote um 3,3 Prozentpunkte auf 9,2 Prozent (Nettovermögen) oder 0,2 Prozentpunkte auf 12,3 Prozent (Finanzvermögen). Größer ist das Ausmaß der Reduktion für Haushalte mit älteren Vorständen (55+ Jahre). Die Armutsquote dieser Subpopulation sinkt in Italien (bei ebenfalls 2 Prozent Zinsen) um 6,7 Prozentpunkte auf 5,2 Prozent (Nettovermögen) bzw. 0,5 Prozentpunkte auf 11,4 Prozent (Finanzvermögen). Die Autor\_innen erklären dieses Ergebnis durch den höheren Anteil an Haushalten in dieser Gruppe, die über hypotheckenfreies Hauptwohnsitz-Eigentum verfügen.

Jüngst haben Müller und Schmidt (2015) eine euroraumweit vergleichende Studie mit HFCS-Daten publiziert, in der verschiedene Armutsdefinitionen verglichen werden. Mit ihrer Arbeit wollen sie einen konzeptionellen Beitrag zur Frage der Integration von Vermögen in vorhandene Armutskonzepte leisten. Empirisch gilt ihr Interesse der Frage, ob und auf welche Weise sich einkommens- und vermögensarme Haushalte in Bezug auf ihre finanzielle Situation und ihr Konsumverhalten unterscheiden. (vgl. Müller und Schmidt 2015: 1).

Sie verwenden für ihre Untersuchung vier Armutskonzepte und fokussieren auf Konsumausgaben für Lebensmittel als Proxy für das Wohlbefinden eines Haushalts. Neben der Einkommensarmut (1) verwenden sie zwei integrierte Definitionen nach Weisbrod und Hansen (1968) (Einkommen und Nettovermögen (2); Einkommen und Finanzvermögen (3)) sowie zwei multidimensionale Definitionen (Einkommensarmut *und* im

untersten Dezil der Nettovermögens-Verteilung (4); Einkommensarmut *oder* im untersten Dezil der Nettovermögens-Verteilung (5)).

Sie finden für beinahe alle Länder des Euroraums hohe Korrelationen zwischen den um Vermögen erweiterten Armutskonzepten und der Einkommensarmutsdefinition. Vor allem jene Definitionen, die Vermögen in Einkommen transformieren, liefern sehr hohe Werte. Die Koeffizienten liegen zwischen 0,70 und 0,76 (Österreich: 0,73), wenn das Nettovermögen einfließt, und sogar zwischen 0,95 und 0,97 (Österreich: 0,953), wenn das Finanzvermögen herangezogen wird.

Deutlich geringer und weitaus weniger homogen fallen die Korrelationen aus, wenn eine niedrige Position in der Vermögensverteilung als Kriterium für Vermögensarmut gewählt wird. Definition (4) korreliert mit Einkommensarmut zwischen 0,14 (NED) und 0,69 (SK), wobei Werte über 0,40 häufiger vorkommen als Werte unter 0,40. In Österreich beträgt dieser Korrelationskoeffizient 0,33. Im europäischen Vergleich liegt Österreich damit eher im unteren Bereich. Tendenziell höher, aber ebenfalls sehr divers, fällt die Korrelation mit Definition (5) aus, bei der ein Haushalt entweder vermögens- oder einkommensarm ist. Die Koeffizienten liegen hier zwischen 0,30 (SK) und 0,97 (NED). Österreich liegt mit 0,91 eher am oberen Ende.

Müller und Schmidt (2015) berechnen auch Armutsquoten nach allen Definitionen, für den Euroraum und für alle Länder. Für Österreich berichten sie eine Brutto-Einkommensarmutsquote<sup>14</sup> von rund 18 Prozent – nur die Slowakei und Frankreich haben niedrigere Quoten. Damit liegt die Armutsquote in Österreich um 5 Prozentpunkte unter dem Euroraumdurchschnitt (23 %). Die höchsten Armutsquoten weisen Slowenien (29 %), Belgien (26 %) und Zypern (24 %) auf. Die Armutsquoten mit Vermögensannuitäten-Konzepten liegen in Österreich bei 12 Prozent (Einkommen und Nettovermögen) und 17 Prozent (Einkommen und Finanzvermögen). In beiden Fällen liegen die österreichischen Armutsquoten somit unter den Durchschnittsquoten des Euroraums (14 % bzw. 21 %), aber dennoch vor Ländern wie

---

<sup>14</sup> Der HFCS-Datensatz enthält nur das Brutto-Einkommen, eine Tatsache die Müller und Schmidt (2015: 6 f) als eines von wenigen Mankos des Datensatzes identifizieren.

der Slowakei (4 % bzw. 11 %) oder Malta (5 % bzw. 14 %). In allen Ländern zeigt sich eine klare Reduktion der Armutsquoten, wenn das Nettovermögen der Haushalte berücksichtigt wird. Wird jedoch nur das Finanzvermögen einbezogen, so steigen die Armutsquoten in allen Ländern wieder in den Bereich der Einkommensarmutsquote.

Ein etwas anderes Bild vermitteln die Armutskonzepte, bei denen die Position in der Vermögensverteilung entscheidend für die Zugehörigkeit zur Gruppe der armen Haushalte ist. Diese Definition „einkommensarm *und* nettovermögensarm“ liefert die geringsten Armutsquoten. Österreich liegt hier mit 4 Prozent genau im Schnitt des Euroraums, der Maximalwert wird für Belgien berechnet (7 %), das Minimum für die Niederlande (1 %). Die höchsten Armutsquoten, andererseits, ergeben sich für alle Länder, wenn die Bedingung „entweder einkommensarm *oder* nettovermögensarm“ gilt. Die Differenz zwischen dieser und der reinen Einkommensarmutsquote divergiert zwischen den untersuchten Ländern jedoch beträchtlich. Im Euroraumdurchschnitt steigt die Armutsquote um 5 Prozentpunkte auf 28 Prozent, in Österreich um 6 Prozentpunkte auf 24 Prozent. Der höchste Anstieg wird in den Niederlanden verzeichnet, hier steigt die Armutsquote von 19 Prozent auf 28 Prozent. Am geringsten ist der Anstieg in Belgien und Italien, die Quoten steigen hier (von einem bereits relativ hohen Niveau) um je 4 Prozentpunkte auf 29 bzw. 27 Prozent.

Die Autoren analysieren auch Charakteristika der Haushaltsreferenzpersonen (nach Canberra-Definition) und der Haushalte. Sie zeigen, dass Haushalte mit weiblichen, wenig gebildeten und arbeitslosen Haushaltsvorständen häufiger von Armut betroffen sind. Dies ist unabhängig davon, ob das Vermögen berücksichtigt wird oder nicht. Im Gegensatz dazu sind junge Haushalte in stärkerem Maß von Vermögensarmut betroffen als von Einkommensarmut alleine, da ältere Haushalte gemäß der *life-cycle hypothesis* bereits mehr Zeit hatten, Vermögen zu akkumulieren. Die Haushaltscharakteristika liefern in den untersuchten Ländern unterschiedliche Ergebnisse. In Österreich sind arme Haushalte durchschnittlich kleiner und haben mehr Kinder als der Durchschnitt der Bevölkerung. Dies trifft für

Haushalte, die von Einkommens- und Vermögensarmut betroffen sind, in stärkerem Maße zu als für rein einkommensarme Haushalte.

In einem Probit-Modell verifizieren die Autoren, dass auch unter Kontrolle anderer Variablen Haushalte mit weiblichen Referenzpersonen sowie Haushalte mit Alleinerzieher\_innen höheren Armutsrisiken ausgesetzt sind, während ein hohes Bildungsniveau der Referenzperson das Armutsrisiko senkt. Des Weiteren stellen die Autoren fest, dass alte und junge Haushalte einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt sind. Dieses Ergebnis gilt für alle Armutsdefinitionen, mit Ausnahme der oben beschriebenen Definition (4). Definition (4) bei Müller und Schmidt (2015) kommt der in dieser Arbeit verwendeten Einkommens- und Vermögensarmutsdefinition (4) am nächsten (siehe Kapitel 2). Wie später gezeigt wird, ist der Alterseffekt auch in dieser Arbeit weniger eindeutig.

Müller und Schmidt (2015) untersuchen ebenfalls, ob und in welchem Ausmaß arme Haushalte Vermögen halten und wie sich ihre Partizipationsraten von jenen der Bevölkerung unterscheiden. Sowohl einkommens- als auch einkommens- und vermögensarme Haushalte verfügen seltener über Vermögen als der Durchschnitt der Bevölkerung. Dies trifft – mit wenigen Ausnahmen bei einzelnen Vermögensklassen – für alle Länder zu, wobei die Differenzen zur Bevölkerung bei Haushalten, die auch von Vermögensarmut betroffen sind, höher sind als bei rein einkommensarmen Haushalten. So beträgt in Österreich die Partizipationsrate für Realvermögen in der Bevölkerung 85 Prozent, bei einkommensarmen Haushalten 67 Prozent und bei einkommens- und vermögensarmen Haushalten 51 Prozent. Aktien, eine in Österreich insgesamt wenig verbreitete Vermögensart, werden von vermögensarmen Haushalten überhaupt nicht gehalten (0 %), während 2 Prozent der einkommensarmen Haushalte und rund 6 Prozent der Bevölkerung Aktien halten.

Im Vergleich mit dem Euroraum zeigt sich, dass arme Haushalte in Österreich seltener Realvermögen besitzen als arme Haushalte im Euroraum. Andererseits sind die Partizipationsraten bei sicherem Finanzvermögen (Einlagen, Sparbücher) in Österreich höher als im Euroraum. Arme Haushalte

sind seltener verschuldet als der Durchschnitt der Bevölkerung, in Österreich allerdings deutlich häufiger als im Durchschnitt des Euroraums. Wird Verschuldung differenziert und werden unbesicherte Kredite separat betrachtet, so zeigt sich ein anderes Bild. Während arme Haushalte im Euroraum seltener unbesicherte Kredite haben als der Durchschnitt der Bevölkerung, ist dies in Österreich nicht der Fall. Hier entspricht die Partizipationsrate einkommensarmer Haushalte jener der Bevölkerung (11 %). Vermögensarme Haushalte haben sogar öfter unbesicherte Kredite, ihre Partizipationsrate an dieser Vermögensklasse liegt bei 15 Prozent.

Als Indikator für das Wohlbefinden eines Haushalts verwenden Müller und Schmidt (2015) abschließend die Haushaltsausgaben für Nahrungsmittel. In den meisten Ländern des Euroraums geben arme Haushalte rund ein Drittel ihres Brutto-Einkommens für Nahrungsmittel aus. Auch im Euroraum-Durchschnitt liegt der Anteil etwas über einem Drittel im Vergleich zu rund 19 Prozent im Durchschnitt aller Haushalte. Österreich liegt bei armen Haushalten und im Bevölkerungsdurchschnitt in diesem Bereich. Besonders hoch ist der Anteil in Slowenien, wo (je nach Definition) bis zu 100 Prozent des Brutto-Einkommens armer Haushalte für Nahrungsmittel verwendet werden. Auch die Slowakei und Malta sowie die von schweren Krisen betroffenen Länder Griechenland, Zypern, Spanien und Italien weisen hohe Werte auf.

Aus dieser soziodemographischen Charakterisierung der Haushalte, ihren Nahrungsmittelausgaben und ihren Vermögensportfolios schließen die Autoren, dass die „faces of poverty“ sehr ähnlich seien, egal welche konkrete Armutsdefinition man zugrunde legt.

## **1.1 Conclusio**

In diesem Kapitel wurden Studien präsentiert, die verschiedene Möglichkeiten aufzeigen, Vermögensarmut zu untersuchen. Die Studien wurden anhand der Konzeption von Vermögensarmut gruppiert: Im historisch älteren Ansatz wird Vermögen in einen jährlichen Einkommensstrom umgerechnet und mit dem

Einkommen zu einem Einkommens-Vermögens-Indikator aggregiert. Eine zweite Tradition konzeptioniert Vermögensarmut unabhängig von Einkommensarmut. Vermögen bleibt so als eigenständiger und ergänzender Indikator bestehen. Vermögensarmut wird beispielweise relativ an der Position in der Vermögensverteilung oder als zur Bedürfnisbefriedigung notwendiger Betrag verstanden. Dieser Ansatz verweist stärker darauf, dass ökonomische Armut verschiedene Facetten haben kann.

Unabhängig davon, welche Herangehensweise gewählt wird, die Autor\_innen der hier dargestellten Studien sind sich einig, dass Vermögen in Armutsanalysen einbezogen werden muss, da Einkommen alleine weder den Vorteil, noch den Nachteil von Vermögen oder Schulden zu erfassen vermag (vgl. Zacharias und Wolff 2009: 83). Zudem zeigt sich, dass eine Beschränkung auf das Einkommen schlichtweg zu falschen Schlussfolgerungen über die soziale Lage von Untersuchungseinheiten führen kann (vgl. etwa Oliver und Shapiro 1997/2006).

Die präsentierten Arbeiten kommen zu dem Schluss, dass die Berücksichtigung von Vermögen das Ausmaß der gesamtgesellschaftlichen Armut reduziert. Die konkrete Wirkung auf die Armutsquote reagiert jedoch sensitiv auf Variationen (der Zinssätze, Zeiträume, Vermögens- oder Armutsdefinitionen etc.) und unterscheidet sich auch für gesellschaftliche Gruppen mit unterschiedlichen Charakteristika.

Die meisten hier dargestellten empirischen Studien beziehen sich auf die USA, in den letzten Jahren entstanden jedoch Arbeiten über europäische Länder bzw. international vergleichende Studien. Vermögensarmut in Österreich wurde bislang nur in der Arbeit von Müller und Schmidt (2015) im europäischen Kontext analysiert. Die vorliegende Masterarbeit ist somit die erste Arbeit, die sich ausschließlich und detailliert mit der Situation vermögensarmer österreichischer Haushalte auseinandersetzt.

Folgende Haushalte bzw. Personen konnten bisher als vermögensarmutsgefährdet identifiziert werden:

- Haushalte mit jungen oder weiblichen Referenzpersonen;
- Single- und Alleinerzieher\_innenhaushalte; Arbeitslose, Arbeiter\_innen und Angestellte im Dienstleistungssektor;
- Haushaltsvorstände mit niedriger Bildung;
- Haushalte, deren Referenzperson einer Minderheit angehört;
- Haushalte, die in Miete leben;
- Haushalte mit vielen Kindern;
- Haushalte in Großstädten.

Eine geringe Betroffenheit wurde festgestellt bei

- Haushalten mit alten oder hochgebildeten Referenzpersonen,
- bei Landwirt\_innen,
- bei verheirateten Paaren
- und bei Hauptwohnsitz-Eigentümer\_innen.

Bevor in Kapitel 3, unter Bezugnahme auf den bisherigen Forschungsstand, Forschungsfragen formuliert und Hypothesen generiert werden, werden in Kapitel 2 die in dieser Arbeit verwendeten Definitionen von Vermögensarmut dargestellt.

## Kapitel 2

### Operationalisierung von Vermögensarmut

Die Messung von Vermögensarmut orientiert sich in dieser Arbeit an der Konzeption von Haveman und Wolff (2004, 2005), Caner und Wolff (2004a, 2004b) bzw. Azpitarte (2011, 2012). Es wird somit ein multidimensionaler Ansatz verfolgt, bei dem Vermögen als Bestandsgröße und Vermögensarmut als distinktes Konzept erhalten bleiben.

Das multidimensionale Konzept wurde aus mehreren Gründen gewählt. Zunächst attestiert Azpitarte (2011) dem multidimensionalen Konzept einen stärkeren Fokus auf „the wealth dimension of welfare“ (90). Dies zeigt sich daran, dass das hier verwendete Konzept davon ausgeht, dass ein Haushalt bestehendes Vermögen im Anlassfall sofort verkaufen kann (und will). Der Verkauf von Vermögen im Notfall erscheint mir plausibler als die Transformation von Vermögen in gleichbleibende Annuitäten. Konzepte nach Weisbrod und Hansen (1968), die den Bestand in einen Strom umwandeln, betonen daher auch weniger die Versicherungsfunktion von Vermögen als eher den langfristigen Vorteil, der aus Vermögen erwächst. Vermögensannuitäten können daher nach Wolff und Zacharias (2009: 84) eher als Maß für die *sustainable consumption* eines Haushalts angesehen werden. Ferner beruht das Annuitätenkonzept auf einer Reihe willkürlicher Annahmen, etwa die Höhe der Zinssätze, die Lebensdauer eines Haushalts oder die Höhe einer etwaigen Erbschaft betreffend. Das hier verwendete multidimensionale Konzept kommt mit weniger Annahmen aus, wenn es auch selbst nicht frei davon ist. Schließlich erscheint mir das multidimensionale Konzept für die Analyse von Vermögensarmut geeigneter, da es tatsächlich Vermögen in den Mittelpunkt stellt, während das Annuitätenkonzept eher auf die Erweiterung des Einkommensarmutskonzepts fokussiert.

## 2.1 Fünf Armutsdefinitionen

Es werden im Folgenden drei Vermögensarmutsdefinitionen sowie eine kombinierte Einkommens- und Vermögensarmutsdefinition formuliert. Zusammen mit der Einkommensarmutsdefinition ergeben sich dadurch fünf Armutsdefinitionen, die für die empirische Analyse in der Arbeit verwendet werden. Die Definitionen werden verwendet, um die Haushalte als arme und nicht-arme Haushalte zu klassifizieren. Die so generierten Variablen sind daher binär codiert: 1 = arm, 0 = nicht-arm.

Grundlage für die hier formulierten Vermögensarmutsdefinitionen ist die bereits oben zitierte, allgemeine Definition von Havemann und Wolff (2005: 64):

„We define a household or a person as being ‘asset poor’ if the access that the family members have to wealth-type resources is insufficient to enable them to meet their basic needs for some limited period of time“.

Vermögensarmut ist für diese Arbeit also ein Zustand, in dem einem Haushalt nicht genug Vermögen zur Verfügung steht, um Grundbedürfnisse für eine gewisse Zeit zu befriedigen.

Zur Operationalisierung dieses Konzepts muss diese abstrakte Definition nach Haveman und Wolff (2005) nun mehrfach konkretisiert werden. Wie auch in den Arbeiten der beiden Autoren gilt es daher zu bestimmen, was (1) unter *basic needs* zu verstehen ist, (2) wie lange die *limited period of time* sein soll und (3) was unter *wealth-type resources* fällt.

### (1) *Basic needs*

In dieser Arbeit wird mit der offiziellen Armutsgefährdungsgrenze der Europäischen Union (vgl. Eurostat 2013: 11) ein relatives Armutskonzept verwendet. Von Armut gefährdet sind nach dieser Definition Haushalte, die über ein Einkommen von weniger als 60 Prozent des nationalen Median-

Äquivalenzeinkommens verfügen. 60 Prozent des äquivalenten Median-Haushaltseinkommens sollen also die Grundbedürfnisse befriedigen, die dem Entwicklungsstadium einer Gesellschaft entsprechen.

Die Äquivalenzierung wird mittels der modifizierten OECD-Skala (vgl. OECD 2013: 174) vorgenommen: Die erste erwachsene Person im Haushalt wird mit 1 gewichtet, jeder weitere Erwachsene mit 0,5, Kinder (bis 13 Jahre) werden mit 0,3 gewichtet. Das verfügbare Einkommen der Haushalte wäre als Basis für die Umrechnung am besten geeignet, leider liegt im Datensatz jedoch nur das Brutto-Jahreseinkommen vor.

Als Vermögensarmutsgrenze wird also ein Vermögen definiert, das gleich groß ist wie 60 Prozent des Medians des monatlichen Brutto-Äquivalenzeinkommens der Haushalte. Diese Grenze liegt für einen Ein-Personen-Haushalt bei rund 1.107 Euro. (Armutsgrenze =  $0,6 \times$  Median des monatlichen Brutto-Haushalts-Äquivalenzeinkommens ( $\approx 1.107$  EUR))

## **(2) *Limited period of time***

Wie lange das Haushaltsvermögen ausreichen soll, um die Grundbedürfnisse der Haushaltsmitglieder zu finanzieren, ist eine arbiträre Entscheidung. Grundsätzlich sollte die Anzahl der von Vermögensarmut betroffenen Personen steigen, je länger die Periode gewählt wird.

Laut Brandolini et al. (2010: 12) kommen Studien zur Höhe des Vorsorgesparens bzw. über die von Untersuchungseinheiten als optimal eingeschätzte Höhe von Vorsorge-Ersparnissen zu Ergebnissen zwischen einem und fünf Monatsgehältern. Haveman und Wolff (2005: 65) wählen als Zeitperiode drei Monate, und diese Dauer wird auch in anderen Studien (z. B. Brandolini et al. 2010, Azpitarte 2011, 2012) verwendet.

Auch in der vorliegenden Arbeit gilt: Ein Haushalt ist vermögensarm, falls sein Vermögen nicht ausreicht, um den Haushalt für drei Monate über der oben definierten Armutsschwelle zu halten (Vermögen  $< 3 \times$  Armutsgrenze ( $\approx 3.321$  EUR)).

### **(3) *Wealth-type resources***

Im Einklang mit früheren Studien kommen drei Konzepte von *wealth-type resources* zur Anwendung. Vermögen ist definiert: (1) als das Nettovermögen des Haushalts (Gesamtvermögen minus Schulden); (2) als das Nettovermögen des Haushalts abzüglich des Wertes der Hauptwohnsitz-Immobilie und (3) als das liquide (das Finanzvermögen) des Haushaltes.

Im Gegensatz zu einigen oben zitierten Papieren (z. B. Brandolini et al. 2010; Müller und Schmidt, 2015) wird in dieser Arbeit auf die Äquivalenzierung des Vermögens verzichtet, da es bislang keine Einigkeit darüber gibt, ob – und gegebenenfalls wie – ein Haushalts-Äquivalenzvermögen berechnet werden sollte (vgl. Brandolini 2010: 15). Laut Gornick et al. (2009: 406) liefern – zumindest für ältere Personen – Nominalwerte und mit einer Äquivalenzskala umgerechnete Größen beinahe identische Werte.

Mit diesen drei Konkretisierungen lassen sich aus der oben zitierten allgemeinen Definition von Vermögensarmut nun drei „reine“ Vermögensarmutsdefinitionen ableiten. Ein Überblick über alle verwendeten Armutsdefinitionen findet sich in im Anhang.

#### **(1) *Vermögensarmut 1 (Definition 1, D1)***

Ein Haushalt ist vermögensarm nach Definition 1, wenn sein Nettovermögen nicht groß genug ist, um den Haushalt drei Monate lang über der Armutsgrenze zu halten. (Der Haushalt ist vermögensarm wenn gilt:  $\text{Nettovermögen} < 3 \times \text{Armutsgrenze}$ .)

#### **(2) *Vermögensarmut 2 (Definition 2, D2)***

Ein Haushalt ist vermögensarm nach Definition 2, wenn sein Nettovermögen abzüglich des Marktwerts der Hauptwohnsitz-Immobilie nicht groß genug ist, um den Haushalt drei Monate lang über der Armutsgrenze zu halten. (Der

Haushalt ist vermögensarm wenn gilt: *Nettovermögen – Hauptwohnsitz-Immobilie* < 3 × *Armutsgrenze*.)

### **(3) Vermögensarmut 3 (Definition 3, D3)**

Ein Haushalt ist vermögensarm nach Definition 3, wenn sein Finanzvermögen nicht ausreicht, um den Haushalt drei Monate lang über der Armutsgrenze zu halten. (Der Haushalt ist vermögensarm wenn gilt: *Finanzvermögen* < 3 × *Armutsgrenze*.)

### **(4) (Brutto-)Einkommensarmut und Vermögensarmut (Definition 4, D4)**

Die vierte Definition von Armut ist jene, bei der Einkommens- und Vermögens-armut koinzidieren. Haveman und Wolff (2004) folgend wird hierfür die breiteste Vermögensdefinition (Vermögen = Nettovermögen) herangezogen, obwohl in der Literatur (z. B. Wolff 1990, Gornick et al. 2009) häufig das (leicht liquidierbare) Finanzvermögen als geeigneteres Vermögensmaß eingestuft wird. Für die Verwendung einer möglichst breiten Vermögens-definition spricht andererseits, dass damit die Untergrenze der vermögens-armen Haushalte markiert wird. Haushalte, die von dieser Form von Vermögensarmut und von Einkommensarmut betroffen sind, sollten somit den „harten Kern“ (vgl. Lerman und Mikesell 1988) der armen Haushalte darstellen.

Da im HFCS nur das Haushalts-Bruttoeinkommen als aggregierte Variable vorliegt, wird Einkommensarmut als Brutto-Einkommensarmut definiert. Obwohl unter Einkommensarmut gemeinhin ein Mangel an *verfügbarem* Einkommen verstanden wird, werden in dieser Arbeit die Begriffe Brutto-Einkommensarmut und Einkommensarmut synonym verwendet. Einkommensarmut ist die fünfte Armutsdefinition, die in dieser Arbeit verwendet wird, und gleichzeitig eine der Bedingungen für die kombinierte Armutsform.

Ein Haushalt ist arm nach Definition 4, wenn sein Nettovermögen nicht ausreicht, um den Haushalt drei Monate lang über der Armutsgrenze zu

halten (= arm nach Definition 1), und gleichzeitig sein monatliches Brutto-Einkommen unter der Armutsschwelle liegt (= arm nach Definition 5). (Der Haushalt ist gleichzeitig vermögens- und brutto-einkommensarm wenn gilt: *Nettovermögen < 3 × Armutsgrenze* UND *Haushalts-Brutto-Monats-einkommen < Armutsgrenze.*)

**(5) (Brutto-)Einkommensarmut (Definition 5, D5)**

Ein Haushalt ist arm nach Definition 5, wenn sein monatliches Brutto-Einkommen unter der Armutsschwelle liegt. (Der Haushalt ist einkommensarm wenn gilt: *Haushalts-Bruttoeinkommen < Armutsgrenze.*)

Die Hinzunahme brutto-einkommensarmer Haushalte ermöglicht den Vergleich mit rein vermögensarmen, gleichzeitig vermögens- und einkommensarmen und rein einkommensarmen Haushalten (vgl. hierzu die verschiedenen Flächen in Abbildung 1). Als weitere Vergleichsgruppe dient die gesamte Haushaltspopulation, deren durchschnittliche Charakteristika mit jenen der armen Subpopulationen (und ihren jeweils nicht-armen Komplementärgruppen) verglichen werden.

## 2.2 Conclusio

In diesem Kapitel wurde Armut auf fünf Arten definiert. Vorbild für diese Definitionen war ein multidimensionales Armutskonzept, wie es von Haveman und Wolff (2004, 2005) in Anlehnung an die Arbeit von Oliver und Shapiro (1997/2006) vorgeschlagen wurde. Durch die Formulierung von drei „reinen“ Vermögensarmutsdefinitionen (D1, 2 und 3) wurde die Vermögensausstattung der Haushalte in den Mittelpunkt gestellt. Mit Definition 4 wurde eine Armutsform gebildet, bei der sowohl das Einkommen als auch das Vermögen unter der jeweils relevanten Armuts(gefährdungs)grenze liegen. Brutto-Einkommensarmut (Definition 5) wurde als Vergleichsgröße und als Basis für Definition 4 generiert. Das folgende Kapitel widmet sich den für die Arbeit anleitenden Forschungsfragen und generiert Hypothesen, die in weiterer Folge empirisch geprüft werden.

## **Kapitel 3**

### **Forschungsfragen und Hypothesen**

Basierend auf dem Literatursurvey in Kapitel 1 und unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Armutsdefinitionen werden in diesem Kapitel Forschungsfragen erarbeitet und Hypothesen generiert. In Abschnitt 3.1 werden zunächst breite Interessensgebiete aus der Literatur abgeleitet und sodann in Forschungsfragen konkretisiert. In Abschnitt 3.2 werden, basierend auf den vorliegenden empirischen Ergebnissen, Hypothesen formuliert.

#### **3.1 Forschungsfragen**

Aus der Literatur zu Vermögensarmut lassen sich drei grundlegende Interessensgebiete ableiten: (1) Wie soll Vermögensarmut definiert werden? (2) Welchen Einfluss hat die Berücksichtigung des Vermögens auf Verteilungsmaße und auf die Armutsquote? (3) Welche Charakteristika weisen vermögensarme Haushalte auf?

In Interessensgebiet (1) werden grundlegende, konzeptionelle Fragen bearbeitet. Es wird untersucht, welche Arten von Vermögen berücksichtigt werden sollen und wie Vermögen mit Einkommen kombiniert bzw. für die Messung von ökonomischem Wohlbefinden nutzbar gemacht werden soll (z. B. Weisbrod und Hansen 1968, Radner 1990, Brandolini et al. 2010). Darauf aufbauend wird untersucht, wie sensitiv die Konzepte auf Veränderungen verschiedener Parameter reagieren (enge vs. breite Vermögensdefinitionen; Umwandlung des Vermögens in eine Stromgröße vs. multidimensionales Konzept; Zinssätze; Zeitperioden; Einkommensarmutsdefinitionen; etc.) (z. B. Radner 1990, Wolff 1990, Müller und Schmidt 2015).

Die vorliegende Masterarbeit nutzt diese theoretischen Vorarbeiten und verwendet ein bestehendes Vermögensarmutskonzept (v. a. Haveman und Wolff 2004, 2005). Darüber hinaus wird die Sensitivität der Ergebnisse auf Variationen der Vermögensdefinition geprüft.

In Themengebiet (2) werden einerseits etwaige Veränderungen der gesamtgesellschaftlichen Reichtumsverteilung (z. B. Weisbrod und Hansen 1968, Lerman und Mikesell 1988, Wolff und Zacharias 2009) und der Armutsquote untersucht (z. B. Weisbrod und Hansen 1968, Haveman und Wolff 2004, 2005, Azpitarte 2011, 2012), und andererseits wird geprüft, ob sich für bestimmte Subpopulationen (z. B. ältere/jüngere Haushalte; Berufsgruppen; Minderheiten etc.) Effekte ergeben, die sich vom gesamtgesellschaftlichen Effekt unterscheiden (z. B. Oliver und Shapiro 1997/2006, Thiele 2000, Short und Ruggles 2004, Gornick et al. 2009). Hierbei kommen sowohl reine Vermögensarmutskonzepte zur Anwendung als auch kombinierte Armutskonzepte.

Aus diesem Themenkomplex ergeben sich für die vorliegende Masterarbeit folgende Forschungsfragen: Wie hoch sind allgemeine und gruppenspezifische Vermögensarmutsquoten in Österreich? Und: Wie wirkt sich die Berücksichtigung des Vermögens auf die Einkommensarmutsquote aus?

Themenkomplex (3) setzt Personen- und Haushaltsmerkmale vermögensarmer Haushalte mit den Merkmalen von nicht-armen, rein einkommensarmen Haushalten oder dem in der Gesellschaft durchschnittlichen Haushalt in Beziehung. Die Analyse umfasst sowohl soziodemografische Charakteristika der Referenzpersonen und Haushalte als auch die Ausstattung der Haushalte mit ökonomischen Ressourcen (z. B. Oliver und Shapiro 1997/2006, Van den Bosch 1998, Müller und Schmidt 2015). Die Analyse der Charakteristika dient letztlich auch der Auswahl von Prädiktoren für multivariate Modelle, in denen beispielsweise versucht wird Gründe für Vermögensarmut zu finden oder besonders gefährdete oder betroffene Gruppen zu identifizieren.

Für diese Masterarbeit stellen sich aus Themenkomplex (3) folgende Forschungsfragen: Welche soziodemografischen Charakteristika weisen vermögensarme Haushalte und ihre Vorstände in Österreich auf? In welchem Ausmaß partizipieren vermögensarme Haushalte an den verschiedenen Vermögenskomponenten und wie hoch ist ihr Vermögen (jeweils im Vergleich

zum Bevölkerungsdurchschnitt und zu als nicht-arm klassifizierten Haushalten)? Schließlich stellt sich die Frage: Welche Personen- und Haushaltscharakteristika erhöhen/senken das Risiko, zur Gruppe der vermögensarmen Haushalte zu zählen?

## **3.2 Hypothesen**

Der Literaturüberblick in Kapitel 1 lässt es zu, Hypothesen zu allen fünf Forschungsfragen zu formulieren. Diese sind im Folgenden dargestellt.

### ***Hypothese 1***

Basierend auf den Ergebnissen verschiedener Studien (z. B. Haveman und Wolff 2004, 2005; Müller und Schmidt 2015) wird erwartet, dass die Vermögensarmutsquote steigt, je enger die Definition von Vermögen gefasst wird. Der Anteil der Haushalte, die von Vermögensarmut nach Definition 1 (Nettvermögen) betroffen sind, sollte geringer als der Anteil der von Vermögensarmut nach Definition 2 (Nettvermögen ohne Hauptwohnsitz) betroffenen Haushalte sein. Die höchste Vermögensarmutsquote sollte für Vermögensarmutsdefinition 3 (Finanzvermögen) berechnet werden.

### ***Hypothese 2***

Basierend auf mehreren empirischen Arbeiten für verschiedene Ländern (u. a. Weisbrod und Hansen 1968, Müller und Schmidt 2015) wird erwartet, dass die Berücksichtigung von Vermögen die Armutsquote reduziert. Die um Vermögen erweiterte Einkommensarmutsquote (Definition 4) sollte somit die niedrigste Armutsquote sein, insbesondere liegt sie unter der Einkommensarmutsquote (Definition 5).

### **Hypothese 3**

Zahlreiche Studien (z. B. Lerman und Mikesell 1988, Radner 1990, Wolff 1990, Short und Ruggles 2004, Brandolini et al. 2010, Azpitarte 2011) kamen zu dem Ergebnis, dass Haushalte mit älteren Referenzpersonen von der Berücksichtigung des Vermögens für die Berechnung der Armutsquote profitieren, während junge Haushalte relativ schlechter gestellt werden. Dies wird etwa dadurch begründet, dass ältere Haushalte bereits mehr Zeit hatten Vermögen zu akkumulieren, während junge Haushalte am Anfang des Erwerbslebens noch kein Vermögen bilden konnten. Es wird daher erwartet, dass die Vermögensarmutsquoten älterer Haushalte unter den durchschnittlichen Quoten liegen, während die Quoten jüngerer Haushalte darüber liegen.

### **Hypothese 4**

Mehrere Studien (z. B. Wolff 1990, Van den Bosch 1998, Müller und Schmidt 2015) haben gezeigt, dass vermögensarme Haushalte in einem geringeren Maß an einzelnen Vermögensarten partizipieren als der Durchschnitt der Bevölkerung<sup>15</sup>. Dies muss nicht zwingend so sein. Es ist auch denkbar, dass arme Haushalte im gleichen Maß partizipieren, ihr Vermögen jedoch geringere Werte aufweist. Dennoch wird auf Basis der Literatur erwartet, dass arme Haushalte geringere Partizipationsraten aufweisen, als der Durchschnitt der Bevölkerung<sup>16</sup>.

### **Hypothese 5**

Hypothese 5 betrifft die Charakteristika von Referenzpersonen vermögensarmer Haushalte sowie Charakteristika der Haushalte selbst. Diese Hypothese wird in Abschnitt 5.3.1 konkretisiert, in dem die Prädiktoren

---

<sup>15</sup> Eine Ausnahme stellt das Nettovermögen (Bruttovermögen minus Schulden) dar, da definitionsgemäß jeder Haushalt über Nettovermögen verfügt (Nettovermögen kann auch negative Werte annehmen).

<sup>16</sup> Dies bedeutet anders formuliert, dass ein größerer Anteil von Haushalten bei einer bestimmten Vermögensklasse Werte  $\leq 0$  aufweist.

der binären logistischen Regressionen vorgestellt werden. Es wird auf Basis der diskutierten Literatur erwartet, dass Referenzpersonen und Haushalte mit folgenden Charakteristika einer höheren Vermögensarmutsgefährdung ausgesetzt sind:

**Referenzpersonen:** jung (bis 35); weiblich; alleinerziehend (vgl. etwa Azpitarte 2012); niedrige Bildung (Oliver und Shapiro 1997/2006, Müller und Schmidt 2015); Migrant\_innen<sup>17</sup> (Haveman und Wolff 2004, 2005); Arbeitslose (vgl. Lerman und Mikesell 1988, Azpitarte 2011); Arbeiter\_innen (vgl. Lerman und Mikesell 1988)

**Haushalte:** Ein-Personen-Haushalte (vgl. Thiele 2000, Wolff und Zacharias 2009); Haushalte mit drei oder mehr Bewohner\_innen; Haushalte in einer Großstadt (vgl. Lerman und Mikesell 1988)

Bevor in Kapitel 5 die hier formulierten Hypothesen geprüft werden, widmet sich Kapitel 4 nun dem verwendeten Datensatz.

---

<sup>17</sup> Migrationshintergrund soll den Faktor „race“ bzw. „minorities“ approximieren, wie er in den US-amerikanischen Studien (z. B. Oliver und Shapiro 1997/2006, Haveman und Wolff 2004, 2005) verwendet wird.

## Kapitel 4

### Daten

Das folgende Kapitel beschreibt den verwendeten Datensatz und die ihm zugrunde liegende Befragung, den Household Finance and Consumption Survey (HFCS) 2010 für Österreich. Grundlage dieses Teils der Arbeit ist ein von der OeNB publiziertes Methodenhandbuch („Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010. Methodische Grundlagen für Österreich“, Albacete et al. 2013), in dem die österreichische Version des HFCS von der Fragenerstellung bis hin zu Möglichkeiten der Datenauswertung beschrieben wird. Die folgenden Inhalte fassen somit – sofern nicht anders ausgewiesen – dieses Methodenhandbuch zusammen.

Im Rahmen des HFCS werden – auf Initiative der Europäischen Zentralbank – im gesamten Euro-Währungsgebiet Haushalte zu ihrer finanziellen Situation und zu ihrem Konsumverhalten befragt. Mit dem HFCS wird versucht „Mikrodaten zur Struktur der Vermögensbestandteile und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte in Ländern des Euro-Währungsgebiets zu erheben“ (Albacete et al. 2013: 9). Hierfür wurde im Jahr 2006 das Household Finance and Consumption Network (HFCN) gegründet und mit der Konzeption und Durchführung des Surveys betraut. Ein zentraler Aspekt der Erhebung ist die euroraumweite Vergleichbarkeit der generierten Daten, gab es doch bislang lediglich Einzelstudien einzelner Länder, die untereinander nur bedingt vergleichbar waren (vgl. ebd.: 9) bzw. Versuche bestehende Befragungen ex-post zu harmonisieren.

Mit dem HFCS liegt seit der Veröffentlichung der Daten im Frühjahr 2013 nunmehr die „umfassendste Haushaltsbefragung des Euroraums zu diesem Thema“ (ebd.: 9) vor. Es wurde dabei versucht eine maximale A-priori-Harmonisierung der Daten zu erreichen, trotzdem wurde auch nationalen Eigenheiten Rechnung getragen (etwa durch ergänzende, länderspezifische Fragen) (vgl. Fessler und Schürz 2015: 10).

Die Feldphase der ersten Welle des HFCS fand in Österreich zwischen September 2010 und Mai 2011 statt. Die meisten Antworten der Respondent\_innen beziehen sich auf diesen Zeitpunkt, jene zum Einkommen der Haushalte beziehen sich auf das Jahr 2009 (letztes abgeschlossenes Kalenderjahr zum Zeitpunkt der Feldphase).

#### **4.1 Untersuchungseinheit – der private Haushalt**

Erhebungseinheit im HFCS ist der private Haushalt. Fessler et al. (2012: 32) begründen die Wahl des Haushalts damit, dass „wichtige Vermögenskomponenten, wie etwa Immobilien (Hauptwohnsitz, Nebenwohnsitz, Grundstücke) von den Haushaltsmitgliedern in der Regel gemeinsam genutzt werden“ und dass daher „eine Aufteilung auf die einzelnen Personen [...] dieser Tatsache nicht gerecht werden“ (ebd.: 32) würde.

Der Großteil der Fragen richtet sich aus diesem Grund auch an den Haushalt, wenngleich auch einige Personenfragen (etwa soziodemographische Informationen) im Fragebogen (vgl. Fragebogen, HFCS Austria 2010) enthalten sind. Dem Begriff des Haushalts wird im HFCS eine elaborierte und breite Definition zugrunde gelegt:

„Household is defined as a person living alone or a group of people who live together in the same private dwelling and share expenditures, including the joint provision of the essentials of living. Employees of other residents (i.e. live-in domestic servants, au-pairs, etc.) and roommates without other family or partnership attachments to household members (e.g. resident boarders, lodgers, tenants, visitors, etc.) are considered separate households“ (EZB 2013: 80).

Gemäß dieser Definition können unter einer Adresse mehrere Haushalte existieren, z. B. in Wohngemeinschaften ohne gemeinsames Wirtschaften. Haushaltsmitglieder können aber auch außerhalb des Haushalts leben – etwa „Kinder, die außerhalb des Haushalts eine Ausbildung absolvieren, aber keinen eigenen Haushalt konstituieren, d. h. nicht alleine wirtschaften“ (Albacete et al. 2013: 10). Personen, die in institutionellen

Einrichtungen wie etwa Gefängnissen oder Klöstern leben, sowie Personen, die keinen festen Wohnsitz haben, sind jedoch nicht Mitglied eines Haushalts und daher von der Erhebung nicht erfasst (vgl. ebd.: 65).

Für die Befragung wurde in jedem Haushalt die Person mit dem größten Wissen um die finanzielle Lage des Haushalts bestimmt (Kompetenzträger\_in oder Referenzperson). Diese Person beantwortete die Haushaltsfragen und gegebenenfalls auch Personenfragen anderer Haushaltsmitglieder (z. B. falls ein Haushaltsmitglied zum Zeitpunkt der Befragung nicht anwesend war).

## **4.2 Stichprobenziehung**

Der HFCS Österreich zeichnet sich durch eine eigens entwickelte, erstmals angewandte und damit sehr innovative Methode der Stichprobenziehung aus. Ziel war es, „sämtliche dauerhaft in Österreich wohnhaften Haushalte“ (Albacete et al. 2013: 64) zu erfassen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde auf Daten der Statistik Austria und auf ein Verzeichnis aller Postanschriften der österreichischen Post AG zurückgegriffen. Albacete et al. (2013: 65) sehen die zur Stichprobenziehung verwendeten Datenquellen als „die bestmögliche Auswahlpopulation der Stichprobe“ an, da „damit (nahezu) alle österreichischen Haushalte erfasst sind (und zwar nur jeweils einmal) und [...] die Daten sehr aktuell sind“.

Die Stichprobe wurde mittels eines „stratifizierten zweistufigen Cluster-Stichprobendesigns“ (Albacete et al. 2013: 72) gezogen. In der ersten Stufe wurde Österreich in 170 geographische Strata unterteilt, wobei jedes Stratum circa 470 Haushalte enthält. Aus diesen Strata wurden dann zufällig Zählsprengel gezogen. Strata und Zählsprengel basieren auf Daten von Statistik Austria (Volkszählung 2001 und Mikrozensus 2009). In der zweiten Auswahlstufe wurden pro Zählsprengel zufällig Postanschriften privater Haushalte ausgewählt.

Aus einer Bruttostichprobe von 4.436 Haushalten konnten in der Feldphase 2.380 Haushalte erfolgreich befragt werden (Nettostichprobe).

Damit ist der HFCS repräsentativ für die gesamte österreichische Haushaltspopulation. Insgesamt fallen rund 3,77 Mio. Haushalte in die Haushaltsdefinition der Befragung.

### **4.3 Fragebogen**

Der Fragebogen des HFCS (Fragebogen, HFCS Austria 2010) umfasst drei Teile: (1) Pre-Interview, (2) Hauptphase und (3) Post-Interview. In Phase (1) wurden die Haushaltsmitglieder über die Befragung informiert und es wurde der/die Kompetenzträger\_in bestimmt. Die Hauptphase (2) gliedert sich in folgende Frageblöcke (vgl. Albacete et al. 2013: 12 f):

- Allgemeine Merkmale (Soziodemographie, Bildung, Familienstand, auf Personenebene)
- Konsum (durchschnittliche Haushaltsausgaben)
- Sachvermögen und dessen Finanzierung (Immobilienvermögen und hierbei vor allem der Hauptwohnsitz sowie dessen Finanzierung über etwaige Kredite, Wert von Fahrzeugen, sonstige Wertgegenstände)
- Sonstige Kreditverbindlichkeiten (Leasingverträge, Kontoüberziehungen, Kreditkartenverbindlichkeiten, unbesicherte Kredite)
- Unternehmensbeteiligungen und Finanzanlagen (Unternehmensbeteiligungen, Vermögensbestände auf Girokonten, Sparbüchern, u. ä., Aktien, Privatstiftungen etc.)
- Erbschaften und Schenkungen (Anzahl, Höhe, Zeitpunkt solcher Vermögensübergänge, erwartete zukünftige Übergänge)
- Beschäftigung (Berufsbezeichnung, Umfang der Tätigkeit, Branche, Beschäftigungsdauer, auf Personenebene)
- Einkommen (Einkommen aus selbstständiger und unselbstständiger Arbeit, aus Pensionssystemen, Arbeitslosenunterstützung, sozialen Transfers, Vermietung, Verpachtung etc.)

- Altersvorsorge (Anzahl der Beitragsjahre, erwartete öffentliche Pensionsleistung)
- Einschätzungen (Einschätzung der Kompetenzträger\_innen zu gesellschaftlichen Fragen)

Die Post-Interview-Phase (3) bot Interviewten und Interviewenden die Möglichkeit, Schwierigkeiten beim Interview zu benennen und zusätzliche Angaben zu machen.

Neben der Erfassung von Paradata (die auf Antworten der Interviewer\_innen basieren) wird von Albacete et al. (2018: 18) die Befragung in Schleifen hervorgehoben. Schleifen kamen bei Vermögensvariablen (z. B. Immobilien) zur Anwendung und können dabei helfen, Antwortausfälle zu vermeiden. Nach einer Ja/Nein-Frage zum Besitz einer Immobilie wurden in maximal drei Schleifen Detailinformationen erfasst (etwaige weitere Immobilien wurden aggregiert abgefragt). Die Interviewten hatten dabei die Möglichkeit, aus einer Schleife auszusteigen; in diesem Fall wurden zusammenfassende Fragen gestellt. Mit dieser Methode konnten sehr detaillierte Daten erhoben werden, während gleichzeitig eine Möglichkeit geschaffen wurde, drohende Interviewabbrüche zu vermeiden. Bei Geldbeträgen wurden Schleifen um die Möglichkeit erweitert, Intervallangaben zu machen (z. B.: zwischen ... und ... Euro; mindestens/maximal ... Euro).

Befragt wurden die Referenzpersonen im Computer-Assisted-Personal-Interview-Verfahren (CAPI-Verfahren), wodurch die bei computer-unterstützten Interviews bekannten Vorteile (z. B. komplexe Filterführung, automatisierte Konsistenzchecks) zum Tragen kamen. In einem Pre-Test mit 50 Haushalten konnten zudem einige Programmierfehler identifiziert und in weiterer Folge beseitigt werden.

#### 4.4 Interviewer\_innen

Dem Einfluss der Interviewer\_innen auf die gewonnenen Daten wurde im HFCS Österreich große Aufmerksamkeit geschenkt. Die Mitarbeiter\_innen mussten Erfahrung mit ähnlich großen Erhebungen mitbringen und wurden in Abhängigkeit von ihrer Performance entlohnt. Alle Interviewer\_innen wurden seitens des Erhebungsinstituts und unter Mitwirkung eines Experten der Oesterreichischen Nationalbank geschult und über die Ziele des Projekts, die Vorgaben für die Kontaktaufnahme und das Verhalten bei Nachfragen informiert. Des Weiteren wurden die Interviewer\_innen mit Fachbegriffen und Besonderheiten des Fragebogens vertraut gemacht und mit diversen Unterlagen (Pilotstudie „Das Immobilienvermögen privater Haushalte in Österreich“, Fessler et al. 2009; Kartenbuch, Handbuch mit Informationen zur Erhebung, zum Fragebogen, zu möglichen Rückfragen etc.; Glossar mit den wichtigsten Begriffen) versorgt. Schließlich führten alle Mitarbeiter\_innen ein vollständiges Test-Interview, bei dem das Augenmerk gerade auch auf komplexe Aspekte des Fragebogens gelegt wurde.

Bei der Kontaktaufnahme mit den zu befragenden Haushalten zeichnet sich der HFCS ebenfalls durch eine ausgefeilte Strategie aus. So wurden bereits vor dem ersten Kontaktversuch ein Brief, in dem der Gouverneur der OeNB die Befragung ankündigte und um Teilnahme bat, sowie eine Informationsbroschüre versandt. Danach kam es zu mindestens fünf Kontaktversuchen, wobei mindestens zwei davon persönlich, einer an einem Wochenende und einer vor 9:00 Uhr bzw. nach 17:00 Uhr zu erfolgen hatten – dadurch sollten „Verzerrungen aufgrund selektiver Teilnahme“ (Albacete et al. 2013: 23) möglichst reduziert werden. Nach erfolgreichem Beenden eines Interviews wurden die Teilnehmer\_innen für ihre Bereitschaft mit einer Silbermünze belohnt und hatten zudem die Möglichkeit, an einer Verlosung für Reisegutscheine teilzunehmen.

Den umfassenden Hilfestellungen, mit denen die Interviewer\_innen unterstützt wurden, stand ein striktes Regime der Leistungskontrolle gegenüber. Neben der bereits erwähnten performanceabhängigen

Entlohnung wurde auch die Existenz circa jedes sechsten Interviews telefonisch kontrolliert.

Während der Erhebungsphase und danach wurden die erfassten Daten seitens des HFCS-Teams editiert. Es wurden 21.837 (2,6 %) der insgesamt 840.714 Beobachtungen verändert, wobei rund zwei Drittel der Editierungen aus Hilfsvariablen (z. B. Verbatim-Antworten) stammt. Darüber hinaus gab es Löschungen, etwa wenn Werte doppelt erhoben wurden. Im Wert verändert wurden circa 6.900 Beobachtungen. Diese expert\_innenbasierten Editierungen wurden beispielsweise vollzogen, wenn inkonsistente Werte durch Nachrecherchen korrigiert werden mussten. Sämtliche Veränderungen sind in Flag-Variablen dokumentiert (vgl. ebd.: 28 ff).

#### **4.5 Multiple Imputationen**

Obwohl die Daten des HFCS auf einem sehr umfangreichen und komplexen Fragebogen basieren, weist eine Untersuchungseinheit im Durchschnitt nur 17,3 Missing Values auf. Der Anteil der Missings liegt somit bei circa 2 Prozent aller abgefragten Variablen, wenngleich erwähnt werden muss, dass dieser Wert bei sensiblen Fragen (Betragsvariablen) mit 6,9 Prozent deutlich höher liegt (vgl. ebd.: 48 f).

Wie Fessler et al. (2012: 36) hervorheben, sind Antwortverweigerungen bei Erhebungen zu Vermögen nicht zufällig: „Die empirische Evidenz belegt, dass vermögensreiche Personen in geringerem Ausmaß bereit sind, Vermögensfragen zu beantworten. Gerade bei jenen Haushaltsgruppen, deren Angaben aufgrund der zu erwartenden Vermögenskonzentration besonders wichtig wären, ist der Anteil der fehlenden Angaben besonders hoch“. Diesem Problem des systematischen Item-Non-Response begegnet der HFCS, indem fehlende Werte multipel imputiert werden. Diese Vorgangsweise ist notwendig, da fehlende Werte zu verzerrten Schätzungen führen können. Die Imputation fehlender Daten ist laut Davies (2009: 130) Standard in modernen Datensätzen. Albacete et al. (2013: 49) nennen zwei

Gründe, weshalb Imputationsverfahren dem Ausschluss von Fällen mit Missing Values überlegen sind:

„Zum einen führt er [Anm.: der auf dem Fallausschluss beruhende Informationsverlust] zu einer Verzerrung der Schätzer, wenn systematische Unterschiede zwischen vollständigen und unvollständigen Beobachtungen vorliegen, zum anderen – selbst wenn der Schätzer unverzerrt wäre – könnte durch den Verlust von Beobachtungen der Schätzer weniger präzise werden“ (Albacete et al. 2013: 49).

Multiple Imputationen dienen somit einerseits der Reduktion des Non-Response-Bias und andererseits der Vermeidung von Informationsverlusten durch Löschung ganzer Fälle (vgl. ebd.: 62 f). Dass der Antwortausfall im HFCS systematisch ist, zeigen Albacete et al. (2013: 51) anhand einer Logit-Regression des Antwortausfalls bei der Betragsfrage zu Girokontenguthaben: „Es zeigt sich, dass sich Item-Respondenten signifikant von Item-Non-Respondenten unterscheiden, da Erstere in kleineren Wohnungen und in kleineren Haushalten leben, über ein höheres Ausbildungsniveau verfügen und häufiger beschäftigt sind“. Fallweiser Ausschluss der Item-Non-Respondent\_innen würde die Schätzer daher in eine bestimmte Richtung verzerren.

In Anlehnung an ähnliche Erhebungen – etwa den US-amerikanischen Survey of Consumer Finances (SCF) oder die spanischen Encuesta Financiera de las Familias (EFF) – werden die Daten mit Hilfe eines „Chained-Equations-Modells“ imputiert. Albacete et al. (2013: 48 ff) erläutern das Modell im Detail, in Folge soll jedoch nur ein Überblick über die Methode verschafft werden.

Die Imputation wird erreicht, indem für jede Missing-Variable ein Regressionsmodell konstruiert wird. Die Variablen werden „gemäß dem Ausmaß ihrer Unvollständigkeit (Missingness)“ geordnet, „d. h., wir beginnen die Imputation bei jenen Variablen, die die wenigsten fehlenden Werte aufweisen, und beenden sie bei den Variablen mit den meisten fehlenden Werten“ (ebd.: 53 f).

Neben Variablentransformationen (z. B. Logarithmierung) und der Verwendung von Gewichten, kommt der Setzung von allgemeinen und individuellen Schranken besondere Bedeutung zu. Schranken verhindern, dass unrealistische Werte imputiert werden – so gilt etwa für Zählvariablen (z. B. Alter der Respondent\_innen) die Nichtnegativitätsbedingung (allgemeine Schranke). Individuelle Schranken sorgen für (mit anderen erhobenen Werten eines Falls) konsistente Werte: Hier erweist sich die bereits oben erwähnte Abfrage von Intervallangaben als hilfreich, da diese tatsächlich erhobene und damit realistische Ober- und Untergrenzen für die Regression bieten.

In den Regressionen folgt der HFCS dem „Broad Conditioning Approach“, d. h. es wird eine möglichst große Anzahl an Prädiktoren verwendet, wobei die Prädiktoren selbst ein gewisses Ausmaß von Missingness nicht überschreiten dürfen. Als Prädiktoren für Missing-Variablen dienen Variablen, die (1) den Antwortausfall einer Variable erklären, (2) die Variable selbst prognostizieren können (die hoch mit der zu erklärenden Variable korrelieren), (3) in einem theoretischen Zusammenhang mit der Variable stehen. Schließlich werden in allen Modellen auch ein Interaktionsterm und eine Haupteffekt-Dummy-Variable inkludiert (vgl. ebd.: 57 f).

Insgesamt werden auf diese Weise fünf Imputationssamples generiert, die gemeinsam für Schätzungen verwendet werden können. Wie Albacete et al. (2013: 61 f) berichten, erhöht die Imputation der Daten die Mittelwerte der meisten Variablen, beispielsweise auch jene der Erbschaften. „Dies deutet darauf hin, dass Haushalte mit höherwertigen Erbschaften eher dazu neigen, die Antwort auf die Frage zu verweigern oder mit Intervallangaben zu antworten als jene mit kleineren Erbschaften“ (ebd.: 61). Die größte Erhöhung der Mittelwerte wird beim Finanzvermögen der Haushalte festgestellt, bei anderen Variablen gibt es keine nennenswerten Veränderungen (z. B. Ausgaben für Lebensmittel), während andere Durchschnitte sogar sinken (z. B. Ausgaben für monatliche Mieten).

## 4.6 Conclusio

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der HFCS eine professionelle und durchdachte Erhebung ist – aus diesem Grund wurde der Befragung und dem Datensatz in dieser Arbeit auch ein relativ umfangreiches Kapitel gewidmet. Der HFCS zeichnet sich durch seine Repräsentativität für die Haushaltspopulation sowie durch einen umfassenden und innovativen Fragebogen aus. Bei der Fragebogenerstellung wurde darauf geachtet – trotz der teilweise sensiblen Fragen – möglichst detaillierte Daten und gleichzeitig möglichst wenig Missing-Values zu generieren. Durch multiple Imputation von Missing-Values wird sichergestellt, dass systematischer Antwortausfall die Schätzergebnisse nicht verzerrt. Zudem wurden die Interviewer\_innen nicht nur sehr gut vorbereitet und unterstützt, sondern auch zeitnahe kontrolliert, um die Gefahr von Verzerrungen zu reduzieren. Auch den zu befragenden Haushalten wurde entsprechende Aufmerksamkeit geschenkt, indem sie rechtzeitig, mehrfach und auf verschiedenen Kanälen kontaktiert wurden und für ihre Teilnahme materiell entlohnt wurden. Es ist davon auszugehen, dass all diese Faktoren einen wesentlichen Beitrag zur hohen Datenqualität des HFCS Österreich geleistet haben. Die geringe Anzahl an Editiermaßnahmen bestätigt die hohe Qualität des Fragebogens und der aus ihm gewonnenen Daten.

## Kapitel 5

### Vermögensarmut in Österreich

Das folgende Kapitel umfasst den empirischen Teil dieser Arbeit. In diesem werden die in Kapitel 3 formulierten Hypothesen mit dem in Kapitel 4 vorgestellten Datensatz geprüft. Die abhängigen Variablen – sowohl für die deskriptiven Ergebnisse, als auch für die logistischen Regressionen – sind die in Kapitel 3 hergeleiteten binären Armutsvariablen (1= arm gemäß Definition, 0 = nicht-arm gemäß Definition).

Abschnitt 5.1 präsentiert zunächst die Armutsquoten nach allen fünf Armutsdefinitionen. Darüber hinaus wird der Anteil der Haushalte dargestellt, der nach mehreren Definitionen als arm klassifiziert wird. In der Literatur hat sich das Alter der Haushaltsvorstände als entscheidend für die Betroffenheit von Vermögensarmut herausgestellt: „Ältere“ Haushalte werden durch die Berücksichtigung von Vermögen relativ besser gestellt, ihre Armutsquoten sinken. „Jüngere“ Haushalte werden hingegen relativ schlechter gestellt (vgl. etwa Lerman und Mikesell 1988, Radner 1990, Wolff 1990, Short und Ruggles 2004, Brandolini et al. 2010, Azpitarte 2011). Um dies zu untersuchen, wurden altersspezifische Armutsquoten berechnet. Schließlich umfasst dieses Kapitel die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen den Armutsdefinitionen mittels Korrelationen (vgl. Müller und Schmidt 2015) sowie eine Darstellung der gemeinsamen Verteilung von Vermögen und Einkommen (vgl. Radner und Vaughan 1987, Wolff und Zacharias 2009). Dabei wird untersucht, ob zwischen Vermögens- und Einkommensarmut eine große Überschneidung vorherrscht. Im Falle einer vollständigen Überschneidung der Populationen könnte auf die Berücksichtigung von Vermögen verzichtet werden, da vermögensarme Haushalte bereits durch die Einkommensarmutsdefinition erfasst wären.

Abschnitt 5.2 widmet sich den Vermögensbeständen, der Verschuldung und dem Haushalts-Einkommen armer Haushalte. Die Vergleiche finden dabei auf mehreren Ebenen statt. Einerseits wird innerhalb jeder Armuts-

definition die von Armut betroffenen Gruppe mit der nicht-armen Komplementärgruppe verglichen. Andererseits werden die Werte der armen Subpopulationen untereinander sowie mit der gesamten Population verglichen. Als Größen für diesen Vergleich dienen die Partizipationsraten sowie die Mittelwerte und Mediane der Vermögensklassen, der Schulden und des Einkommens. Die zusätzliche angeführte Mittelwert-Median-Ratio vermittelt einen Eindruck von der Verteilung des Vermögens und des Einkommens in der jeweiligen Gruppe.

Daran anschließend folgt in Kapitel 5.3 eine Analyse von Einflussfaktoren auf die Armutswahrscheinlichkeit. Zunächst (Abschnitt 5.3.1) werden dabei mittels deskriptiver Statistiken die Prädiktoren für die binären logistischen Regressionen vorgestellt. Dabei werden die in Kapitel 3 generierten Hypothesen bereits geprüft bzw. für die Regressionen konkretisiert. Die Prüfung der Hypothesen unter Kontrolle der anderen Prädiktoren folgt in Kapitel 5.4.2, in dem die Regressionsmodelle vorgestellt werden. Untersucht wird hier der Einfluss der unabhängigen Variablen auf die dichotomen abhängigen Variablen (vermögensarm = 1, nicht-vermögensarm = 0; je ein Modell pro Armutsdefinition). Das Kapitel endet mit einer Conclusio (Abschnitt 5.3.3), in der die wichtigsten Ergebnisse, Gemeinsamkeiten und Unterschiede diskutiert werden.

## **5.1 Armutsquoten, Korrelationen und gemeinsame Verteilung von Vermögen und Einkommen**

Tabelle 1 besteht aus mehreren farbig markierten Teilen und zeigt, wie viele Haushalte (in Prozent der Haushaltspopulation) von den verschiedenen Armutsformen betroffen sind bzw. wie viele Haushalte sich in multiplen Armutslagen befinden. Wie erwartet steigt der Anteil der vermögensarmen Haushalte, je enger die Vermögensdefinition gefasst ist – Hypothese 1 kann somit bestätigt werden. Nach der breitesten Vermögensdefinition (Definition 1) sind rund 15,5 Prozent der in Österreich ansässigen Haushalte vermögensarm. Das Vermögen dieser Haushalte reicht nicht aus, um drei

Monate lang über der Armutsschwelle zu bleiben, selbst wenn eine im Eigentum des Haushalts stehende Wohnung oder ein Haus zum veräußerbaren Vermögen gezählt wird.

Legt man eine Vermögensdefinition ohne das als Hauptwohnsitz bewohnte Immobilienvermögen zugrunde (Definition 2), so steigt der Anteil der vermögensarmen Haushalte an der Gesamtbevölkerung um über zwei Prozentpunkte auf 17,6 Prozent und liegt damit auf Höhe des Anteils (brutto-)einkommensarmer Haushalte (Definition 5: 17,7 Prozent; vgl. auch Müller und Schmidt 2015, die hier ebenfalls rund 18 Prozent berichten). Wird das Realvermögen völlig ausgeklammert (Definition 3), so steigt der Anteil vermögensarmer Haushalte deutlich auf 23,4 Prozent.

Die Vermögensarmutsquote beträgt in Österreich somit mindestens 15,5 Prozent. Armutsdefinition 4 hingegen, jene Definition, die gleichzeitig von Vermögens- und Einkommensarmut betroffene Haushalte umfasst, weist wie in Hypothese 2 erwartet mit 6,5 Prozent den niedrigsten Anteil aller Armutsquoten auf<sup>18</sup>. Es ist jene „doppelt-arme“ Gruppe (vgl. Azpitarte 2012), die den „harten Kern“ (vgl. Lerman und Mikesell 1988) der Armutsbevölkerung bildet. Dieses Ergebnis untermauert die Ergebnisse früherer Studien (u. a. Van den Bosch 1998, Brandolini et al. 2010; Müller und Schmidt 2015): Die Berücksichtigung des Nettovermögens reduziert die Armutsquote deutlich im Vergleich zur Einkommensarmutsquote – hier offenbart sich die Versicherungsfunktion von Vermögen. Auch Hypothese 2 kann somit beibehalten werden.

Der Wert von 6,5 Prozent liegt am unteren Rand des Bandes, das Müller und Schmidt (2015, siehe Literaturüberblick in Kapitel 1 dieser Arbeit) mit verwandten Armutsdefinitionen für Österreich berechnet haben. Jene Armutsquoten, die dem hier verwendeten Konzept am ähnlichsten sind, liegen bei Müller und Schmidt (2015) bei 4 bzw. 12 Prozent.

---

<sup>18</sup> Diese Definition ist mit einem multidimensionalen Konzept von Müller und Schmidt (2015) vergleichbar. Sie berichten hier mit 4 Prozent ebenfalls die geringste Quote. Die Konzepte weisen aber dennoch markante Unterschiede auf, etwa die Äquivalenzierung von Vermögen durch Müller und Schmidt (2015).

Der zweite Block in Tabelle 1 zeigt Haushalte, die von zwei Armutsformen gleichzeitig betroffen sind. Die größte Überschneidung gemessen an der Bevölkerung weisen die Vermögensdefinitionen D1, D2 und D3 untereinander auf. Die Überschneidung von D1 mit D5 gleicht definitionsgemäß der Anzahl der Haushalte, die von Armut nach Definition 4 betroffen sind. Es sind mehr Haushalte gemeinsam von D2 und D5 (7,6 %) bzw. D3 und D5 (9,1 %) betroffen, als nach D1 und D5 – daran wird erneut deutlich, dass die Kombination aus D1 und D5 (= D4) den harten Kern der armen Haushalte bildet.

Betrachtet man die Anteile der Haushalte, die von drei Armutsformen gleichzeitig betroffen sind (roter Block in Tabelle 1), so sticht erneut die Überschneidung der drei Vermögensarmutsdefinitionen heraus. Von D1, D2 und D3 sind 12,8 Prozent der in Österreich ansässigen Haushalte gleichzeitig betroffen. Immerhin 7,3 Prozent sind gleichzeitig vermögensarm nach Definition 2 und 3 sowie brutto-einkommensarm. Der vorletzte (violette) Block beschreibt Haushalte, die von vier Armutsdefinitionen gleichzeitig betroffen sind. Egal welche der fünf Definitionen man eliminiert, die Armutsquote beträgt rund 6,2 Prozent. Die mit genauen Werten berechneten absoluten Zahlen armer Haushalte zeigen aber, dass rund 1.500 Haushalte mehr von Definitionen 1, 3, 4 und 5 betroffen sind als von den übrigen Kombinationen. Die letzte Zeile (grün) zeigt zum Abschluss die Anzahl der Haushalte, die von allen Armutsdefinitionen betroffen sind. Auch hier beträgt der Anteil 6,2 Prozent der österreichischen Haushaltspopulation (232.492 Haushalte).

**Tabelle 1 – Armutsquoten**

D1	D2	D3	D4	D5	Prozent	Betroffene Haushalte
					15,5	584.791
					17,6	664.332
					23,4	883.490
					6,5	245.140
					17,7	669.287
					15,0	567.871
					12,8	484.787
					6,5	245.140
					6,5	245.140
					15,1	569.377
					6,4	241.965
					7,6	285.173
					6,2	233.986
					9,1	343.683
					6,5	245.140
					12,8	482.610
					6,4	241.965
					6,4	241.965
					6,2	233.986
					6,2	233.986
					6,5	245.140
					6,2	232.492
					7,3	275.101
					6,4	241.965
					6,2	233.986
					6,2	232.492
					6,2	232.492
					6,4	241.965
					6,2	233.986
					6,2	232.492
					6,2	232.492

Population: 3.773.956,20 Haushalte

D1: Nettovermögen < 3.321 EUR; D2: Nettovermögen – Hauptwohnsitz-Immobilie < 3.321 EUR;

D3: Finanzvermögen < 3.321 EUR; D4: Nettovermögen < 3.321 EUR UND Haushalts-Bruttoeinkommen (pro

Monat) < 1.107 EUR; D5: Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR

Quelle: HFCS Österreich 2010, eigene Berechnungen

Tabelle 2 zeigt die Armutsquoten nach allen Definitionen und nach Altersgruppen. Die Quoten der Bevölkerung, die schon in Tabelle 1 angeführt waren, werden zum Vergleich erneut angeführt. Die Berechnungen bestätigen die Ergebnisse der im Literaturüberblick dargestellten Studien, in denen stets Haushalte mit jungen Referenzpersonen besonders von den verschiedenen Armutsformen betroffen waren (vgl. etwa Lerman und Mikesell 1988, Radner

1990, Wolff 1990, Short und Ruggles 2004, Brandolini et al. 2010, Azpitarte 2011). Gerade die jüngsten Haushalte (mit Vorständen zwischen 16 und 24 Jahren) sind auch in Österreich überdurchschnittlich häufig arm – insbesondere vermögensarm. 18 Prozent der Haushalte dieser Gruppe sind von Einkommens- und Vermögensarmut gleichzeitig betroffen; der Prozentsatz ist dreimal so hoch wie jener in der Bevölkerung. Bei den anderen Armutsdefinitionen sind die Quoten für die jüngste Altersgruppe circa doppelt so hoch wie die Quote für die Gesamtbevölkerung. Hypothese 3 kann insofern bereits teilweise bestätigt werden: Junge Haushalte sind besonders häufig von Vermögensarmut betroffen.

**Tabelle 2 – Armutsquoten nach Altersgruppen (in %)**

	D1	D2	D3	D4	D5
Bevölkerung	15	18	23	6	18
Altersklassen					
16 bis 24 Jahre	36	35	46	18	34
25 bis 34 Jahre	22	23	30	7	15
35 bis 44 Jahre	18	17	20	7	16
45 bis 54 Jahre	11	13	17	4	14
55 bis 64 Jahre	13	16	21	8	20
65 bis 74 Jahre	9	14	24	5	18
75 + Jahre	14	20	25	5	21

D1: Nettovermögen < 3.321 EUR; D2: Nettovermögen – Hauptwohnsitz-Immobilie < 3.321 EUR; D3: Finanzvermögen < 3.321 EUR; D4: Nettovermögen < 3.321 EUR UND Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR; D5: Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR  
Quelle: HFCS Österreich 2010, eigene Berechnungen

Tabelle 2 gibt auch Auskunft über die Vermögenssituation älterer Haushalte. Die Gruppe zwischen 65 und 74 Jahren ist sowohl nach Definition 1 als auch nach Definition 2 unterdurchschnittlich von Vermögensarmut betroffen, während sie nach Definition 3 überdurchschnittlich betroffen ist – offensichtlich verfügt diese Gruppe (selbst wenn eine etwaige Eigenheim-Immobilie nicht zum Vermögen zählt) über substanzielles Realvermögen, aber über geringes Finanzvermögen. Auf Basis dieser Ergebnisse muss Hypothese 3 zum Teil verworfen werden: Ältere Haushalte sind nicht notwendigerweise bessergestellt, wenn ihr Vermögen

berücksichtigt wird. Die älteste Gruppe (75+ Jahre) ist im Vergleich zur Bevölkerung bereits nach Definition 2 überrepräsentiert – es hat den Anschein, als hätten Hauptwohnsitz-Immobilien bei diesen Haushalten eine noch größere Bedeutung als in der Altersgruppe der 65- bis 74-Jährigen.

Am wenigsten von Armut betroffen sind in Österreich Haushalte mit Referenzpersonen mittleren Alters (Altersgruppen zwischen 35 und 64 Jahren). Hier lässt sich bei jüngeren Haushalten (35 bis 44 Jahre) eine Präferenz für Finanzvermögen vermuten (überrepräsentiert bei D1, D2 und D4; unterrepräsentiert bei D3). Die Gruppe der 45- bis 54-Jährigen ist nach allen Armutsdefinitionen unterrepräsentiert. Diese Haushalte haben also schon relativ hohe Einkommensniveaus erreicht und hatten ausreichend Zeit, um Vermögen aus verschiedenen Quellen zu bilden (z. B. Erwerbsarbeit, Erbschaften). Die nächste Altersgruppe (55 bis 64) schließlich weist überdurchschnittlich hohe Brutto-Einkommensarmutsquoten auf, vermutlich, da es in dieser Population Referenzpersonen mit niedrigen Einkommen gibt (etwa aufgrund von Frühpensionierungen oder Arbeitslosigkeit). Andererseits ist diese Altersgruppe unterdurchschnittlich von Vermögensarmutsformen betroffen, was auf relativ hohe Vermögensbestände hinweist.

Die Ergebnisse in Tabelle 2 bestätigen, dass die Berücksichtigung von Vermögen altersspezifische differenzierte Wirkungen entfaltet. Zudem lassen die Resultate auf einen umgekehrt u-förmigen Zusammenhang zwischen Vermögen und Alter schließen, wie er insbesondere bei Radner (1990) bereits dargestellt wurde. Junge Haushalte sind besonders von Vermögensarmut betroffen, bei Haushalten mittleren Alters erreicht die Quote ein Minimum, um dann im höheren Alter wieder anzusteigen. Gerade bei Haushalten höheren Alters ist das Ergebnis jedoch nicht eindeutig. Diese sind überrepräsentiert, wenn nur das Einkommen oder nur das Finanzvermögen herangezogen wird. Andererseits sind sie unterrepräsentiert, wenn ihr Realvermögen – insbesondere Hauptwohnsitz-Immobilien – berücksichtigt wird.

Müller und Schmidt (2015) folgend, wurden Korrelationskoeffizienten zwischen den Dummy-Variablen für die Zugehörigkeit zu einer Gruppe armer Haushalte (1 = arm, 0 = nicht-arm) berechnet. Die hier errechneten

Korrelationskoeffizienten sind jedoch nur bedingt mit jenen von Müller und Schmidt (2015) vergleichbar, da diese keine reinen Vermögensarmutsdefinitionen verwenden, sondern ausschließlich kombinierte Armutsdefinitionen analysieren. Tabelle 3 zeigt diese Korrelationskoeffizienten zwischen den verschiedenen Armutsdefinitionen.

**Tabelle 3 – Korrelationen zwischen Armutsdefinitionen**

	<b>D2</b>	<b>D3</b>	<b>D4</b>	<b>D5</b>
<b>Definition 1</b>	0,89	0,60	0,62	0,27
<b>Definition 2</b>		0,68	0,56	0,30
<b>Definition 3</b>			0,45	0,31
<b>Definition 4</b>				0,57

D1: Nettovermögen < 3.321 EUR; D2: Nettovermögen – Hauptwohnsitz-Immobilie < 3.321 EUR; D3: Finanzvermögen < 3.321 EUR; D4: Nettovermögen < 3.321 EUR UND Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR; D5: Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR  
Quelle: HFCS Österreich 2010, eigene Berechnungen

Besonders Vermögensarmutsdefinitionen 1 und 2 korrelieren sehr hoch (0,89), aber auch Definition 2 und 3 zeigen einen engen Zusammenhang. Die hohe Korrelation zwischen Definition 1 und 4 (0,62) rührt daher, dass ein Haushalt nach Definition 1 arm sein muss, um auch nach Definition 4 arm sein zu können. Geringer ist der Zusammenhang zwischen den Vermögensarmutsvariablen und der Einkommensarmutsvariable (zwischen 0,27 und 0,31). Einzig Definition 4 korreliert relativ hoch mit der Einkommensarmutsdefinition (0,57). Dies ist sicher durch die Definition bedingt, da Einkommensarmut das zweite Kriterium für die Zugehörigkeit zu dieser Gruppe ist.

Der Korrelationskoeffizient zwischen den Definitionen 4 und 5 ist auch der einzige, der sich mit Ergebnissen von Müller und Schmidt (2015) vergleichen lässt. Die beiden Forscher errechnen zwischen den beiden um Nettovermögensarmut erweiterten Armutskonzepten und dem reinen Einkommensarmutskonzept Korrelationen von 0,73 bzw. 0,33<sup>19</sup>. Das Ausmaß der Koinzidenz zwischen der kombinierten Vermögens- und Einkommens-

<sup>19</sup> Eine Darstellung der von Müller und Schmidt (2015) verwendeten Definitionen findet sich im Literaturüberblick in dieser Arbeit (Kapitel 1).

armut und der reinen Einkommensarmut liegt somit zwischen den von Müller und Schmidt (2015) errechneten Werten, jedoch näher am oberen Rand.

Radner und Vaughan (1987) bzw. Wolff und Zacharias (2009) fanden Indizien dafür, dass Einkommen und Vermögen eine imperfekte gemeinsame Verteilung aufweisen. Dies wird von ihnen als Argument für die Berücksichtigung des Vermögens angeführt. Fessler et al. (2012: 55) zeigen diese gemeinsame Verteilung von Netto-Vermögen und Einkommen grafisch auf Basis der HFCS-Daten. Die Ergebnisse von Radner und Vaughan (1987) bzw. Wolff und Zacharias (2009) können für Österreich bestätigt werden<sup>20</sup>: Wie Tabelle 4 zeigt, existiert in Österreich eine stark positive, aber keineswegs perfekte gemeinsame Verteilung der beiden Haushaltsmerkmale. Einkommen kann Vermögen als Maß für die ökonomische Situation also nicht vollkommen substituieren.

**Tabelle 4 – Gemeinsame Verteilung von Einkommen und Vermögen (in %)**

	Nettovermögensquintile					
	1	2	3	4	5	
Bruttoeinkommens- quintile	1	46%	23%	18%	9%	4%
	2	24%	26%	22%	20%	8%
	3	17%	24%	21%	22%	16%
	4	9%	19%	23%	25%	24%
	5	4%	8%	16%	24%	48%

Quelle: HFCS Österreich, 2010, Fessler et al (2012: 55), eigene Berechnungen

Die höchsten Werte in der gemeinsamen Verteilung finden sich an den Extrempunkten. 48 Prozent (46 %) der Haushalte im höchsten (niedrigsten) Vermögensquintil sind auch im höchsten (niedrigsten) Einkommensquintil. Das bedeutet, dass sich stets mehr als die Hälfte der Haushalte eines Netto-Vermögensquintils nicht im äquivalenten Einkommensquintil befinden. In allen Quintilen der Netto-Vermögensverteilung finden sich also Haushalte, die in

<sup>20</sup> Die der Grafik in Fessler et al. (2012: 55) zugrunde liegenden Daten wurden freundlicherweise von Pirmin Fessler zur Verfügung gestellt und ermöglichten Berechnungen analog jenen von Wolff und Zacharias (2009).

einem der anderen Quintile der Einkommensverteilung liegen. So sind sogar jeweils 4 Prozent der Haushalte im jeweils gegensätzlichen Quintil (d. h. untersten (obersten) Netto-Vermögensquintil und gleichzeitig im obersten (untersten) Einkommensquintil).

### **5.1.1 Conclusio**

Mithilfe dieser ersten Analysen konnten bereits einige Hypothesen bestätigt werden. Es zeigte sich der erwartete Zusammenhang zwischen Vermögensdefinition und Armutsquote – je breiter die Vermögensdefinition, umso geringer die Vermögensarmutsquote (Hypothese 1). Die Quoten selbst, vor allem jene nach Definition 3, in der nur Finanzvermögen herangezogen wird, sind auch von bedeutendem Ausmaß. Fast jeder vierte Haushalt in Österreich ist von Finanzvermögensarmut betroffen. Diese Form von Armut ist damit auch weiter verbreitet als Einkommensarmut, die Differenz beträgt 5,7 Prozentpunkte. Die kombinierte Armutsquote weist entsprechend der Erwartung aus Hypothese 2 den geringsten Wert auf (6,5 %) und entspricht damit auch jener, die Müller und Schmidt (2015) mit anderen Armutsdefinitionen für Österreich berechnet haben. Dies kann als Zeichen für die Robustheit der Ergebnisse interpretiert werden.

In Bezug auf die Altersverteilung wurde demonstriert, dass junge Haushalte besonders von Vermögensarmut betroffen sind – unabhängig davon, welche Definition verwendet wurde. Haushalte mit Referenzpersonen mittleren Alters sind am seltensten betroffen, während sich alte Haushalte hauptsächlich einem Mangel an Finanzvermögen gegenübersehen. Diese Ergebnisse stützen Hypothese 3 nur zum Teil. Es scheint für eine Beurteilung der Situation älterer Haushalte darauf anzukommen, welches Vermögensaggregat herangezogen wird. Betrachtet man das Realvermögen, insbesondere Hauptwohnsitz-Immobilien, so sind sie im Vergleich zur Bevölkerung relativ gut gestellt, während sie im Vergleich der Finanzvermögen relativ schlecht gestellt sind.

Die Analysen zur Anzahl der betroffenen Haushalte zeigen zudem moderate Korrelation und Koinzidenz zwischen Einkommensarmut und den rein vermögensbezogenen Armutsdefinitionen sowie eine keineswegs perfekte gemeinsame Verteilung von Einkommen und Vermögen. Einkommens- und Vermögensarmut betrifft also zum Teil nicht die gleichen Haushalte. Dies wurde jüngst auch von der OECD (2015: 254) für 18 OECD-Staaten gezeigt (in dieser Arbeit wurden jedoch Positionen in der Einkommens- bzw. Vermögensverteilung und ihre Überschneidung verglichen). Die in diesem Kapitel dargestellten ersten Ergebnisse untermauern daher den Anspruch des Vermögensarmutskonzeptes, eine Ergänzung zum gängigen Einkommensarmutskonzept zu sein.

## **5.2 Vermögensbestände, Schulden und Einkommen armer Haushalte**

In diesem Kapitel wird die Ausstattung der armen Haushalte mit den verschiedenen Vermögensklassen untersucht. Hierfür können weitgehend im Datensatz vorhandene Aggregate verwendet werden. Für alle Asset-Variablen wurden zunächst Partizipationsraten errechnet. Gemäß Hypothese 4 sollten arme Haushalte generell niedrigere Partizipationsraten aufweisen als der Bevölkerungsdurchschnitt.

Sodann wurden Maßzahlen (Mittelwert und Median) für Haushalte mit positiven Werten bei einer Assetklasse berechnet. Eine Ausnahme ist in diesem Zusammenhang die Variable Net Wealth (Nettovermögen). Da hier definitionsgemäß auch negative Werte möglich sind (wenn die Schulden des Haushaltes größer sind als das Vermögen), wurden für Net Wealth auch negative Werte in Betracht gezogen. Definitionsgemäß sollten die so berechneten Vermögensbestände vermögensarmer Haushalte geringer sein als die Vermögensbestände des Durchschnitts der Bevölkerung.

Die zusätzlich angegebene Mittelwert-Median-Ratio ist ein intuitiv verständlicher Indikator für die Verteilung des Vermögens innerhalb der Subpopulation; große Werte bedeuten eine ungleiche Verteilung, da der

Mittelwert im Vergleich zum Median stark auf Ausreißer in der Verteilung reagiert.

Bei den dargestellten Werten (Mediane und Mittelwerte) handelt es sich um Schätzer, die mittels der für imputierte Datensätze geeigneten *miestimate*-Funktion in Stata 13 über alle vorhandenen Imputationen des Samples berechnet wurden. Die Ergebnisse beschreiben somit nicht nur die Stichprobe, sondern die auf Basis der Imputationssamples geschätzten Werte in der Population.

Tabelle 5 zeigt die Werte der Aggregate Nettovermögen, Bruttovermögen, Realvermögen, Finanzvermögen, Schulden und Haushalts-Bruttoeinkommen. Die Werte der nicht-armen Komplementärgruppen finden sich aus Platzgründen im Tabellenanhang (Tabellen A3, A4, A5 und A6). Selbiges gilt für die Werte der Subkategorien der Aggregate Realvermögen (Hauptwohnsitz-Immobilien, Sonstige Immobilien, Fahrzeuge, Wertgegenstände und Unternehmensanteile) und Finanzvermögen (Sicheres, Riskantes und Sonstiges Finanzvermögen).

### **5.2.1 Nettovermögen**

Das Nettovermögen ist definiert als die Summe aller Vermögenswerte abzüglich etwaiger Schulden. Die Partizipationsrate beträgt hier nach allen Definitionen 100 Prozent, d. h. jeder Haushalt verfügt über irgendeine Form von Vermögen oder Schulden. Die Werte des Nettovermögens armer Haushalte finden sich in Tabelle 5, jene der nicht-armen Komplementärgruppen in Tabelle A3 im Tabellenanhang.

Der Mittelwert des Nettovermögens in der Gesamtbevölkerung beträgt rund 265.000 Euro, der Median rund 76.500 Euro. Diese große Differenz deutet auf eine ungleiche Verteilung des Nettovermögens hin. Für nicht-arme Haushalte nach allen Definitionen gilt, dass Mittelwert und Median deutlich über dem Durchschnitt der Bevölkerung liegen. Allerdings ist das Vermögen innerhalb dieser Gruppe gleicher verteilt – die Mittelwert-Median-Ratio liegt

innerhalb dieser Gruppen zwischen 2,5 und 3, während sie in der Population 3,5 beträgt.

Vermögensarme Haushalte weisen zum Teil extrem niedrige Werte beim Nettovermögen auf. Dies betrifft insbesondere Haushalte nach Definition 1 und 4, die im Durchschnitt mit rund 10.700 Euro (7.600 Euro) verschuldet sind und im Median nur über ein Nettovermögen von etwa 346 Euro (300 Euro) verfügen. Der Median der Bevölkerung ist damit 221-mal so groß wie jener der vermögensarmen Subpopulation nach Definition 1. Die einkommensarmen Haushalte weisen einen Mittelwert von etwa 132.600 Euro auf. Der höchste Wert bei den armen Subpopulationen entspricht damit nur in etwa der Hälfte des Mittelwerts der Bevölkerung und deutlich weniger als der Hälfte des Mittelwerts der nicht-einkommensarmen Population. Der Median der Bevölkerung ist mehr als sieben Mal so groß als jener der einkommensarmen Gruppe. Wie die Mittelwert-Median-Ratio zeigt, ist die Verteilung des Nettovermögens innerhalb aller Gruppen der armen Haushalte extrem ungleich. Für die Populationen mit negativen Werten (D1 und D4) wurde keine Ratio berechnet.

### **5.2.2 Bruttovermögen**

Die Bruttovermögensbestände sind ebenfalls in Tabelle 5 bzw. Tabelle A3 im Tabellenanhang dargestellt. Im Gegensatz zum Nettovermögen sind beim Bruttovermögen auch Partizipationsraten von unter 100 Prozent möglich. So verfügt die Bevölkerung zu 99 Prozent über positives Bruttovermögen. Die Werte dieses Vermögensaggregats liegen im Durchschnitt über dem Nettovermögen und die Verteilung ist weniger ungleich (für weitere Verteilungszahlen siehe Fessler et al. 2012: 46). Bei nicht-armen wie bei armen Haushalten weisen nicht alle Gruppen 100-prozentige Teilnahmeraten aus, die Partizipationsraten sind aber durchgehend jenseits der 90 Prozent.

Die geringsten Vermögensbestände haben Haushalte nach Definition 4, die gleichzeitig auch die geringste Partizipationsrate aufweisen. Der Durchschnittswert der wenigen Haushalte dieser Gruppe, die überhaupt über

Bruttovermögen verfügen, liegt markant unter allen anderen Durchschnitten. Der Mittelwert (Median) des Bruttovermögens dieser Gruppe beträgt rund 4.800 Euro (800 Euro) und entspricht damit nur 1/64 (1/142) des Mittelwerts (Medians) der nicht-armen Haushalte nach dieser Definition (im Vergleich zur Population: Mittelwert: 1/58; Median: 1/135).

Bei den rein vermögensarmen Haushalten gibt es eine klare Hierarchie: Arme Haushalte nach Definition 3 weisen größere Werte auf als arme Haushalte nach Definition 2, die ihrerseits höheres Bruttovermögen halten als arme Haushalte nach Definition 1. Im Vergleich zur gleichzeitig einkommens- und vermögensarmen Subpopulation weisen die vermögensarmen Haushalte eine kleinere Schere zu den jeweiligen nicht-armen Subgruppen auf, die Verteilung innerhalb der Gruppen der Armen wird jedoch ungleicher. Einkommensarme Haushalte weisen ein deutlich höheres Durchschnitts- und Median-Bruttovermögen auf als die übrigen armen Haushalte, und auch der Abstand zur nicht-armen Komplementärpopulation ist geringer.

Hypothese 4 kann für das Bruttovermögen bestätigt werden: Arme Haushalte halten diese Vermögenskomponente seltener als der Durchschnitt der Bevölkerung.

**Tabelle 5 – Vermögensaggregate, Schulden und Einkommen armer Haushalte**

	arm (D1)	arm (D2)	arm (D3)	arm (D4)	arm (D5)	Population
<b>Nettovermögen</b>						
Partizipation (in %)	100	100	100	100	100	100
Mittelwert (in Euro)	-10.692	14.348	58.736	-7.568	132.596	265.033
Median (in Euro)	346	701	2.556	300	10.393	76.445
<i>Mittelwert/Median-Ratio</i>	-	20,5	23,0	-	12,8	3,5
<b>Bruttovermögen</b>						
Partizipation (in %)	93,4	94,2	95,6	90,5	96,6	99
Mittelwert (in Euro)	13.738	29.815	69.221	4.766	146.739	277.671
Median (in Euro)	1.771	2.127	3.727	797	12.985	107.527
<i>Mittelwert/Median-Ratio</i>	7,8	14,0	18,6	6,0	11,3	2,6
<b>Realvermögen</b>						
Partizipation (in %)	38,4	45,9	62,2	26,8	66,9	84,6
Mittelwert (in Euro)	23.595	54.670	104.738	149.067	192.108	277.925
Median (in Euro)	2.240	3.220	9.400	12.600	45.747	107.618
<i>Mittelwert/Median-Ratio</i>	10,5	17,0	11,1	11,8	4,2	2,6
<b>Finanzvermögen</b>						
Partizipation (in %)	88,5	88,1	88,4	86,6	93,5	97,3
Mittelwert (in Euro)	4.034	3.395	1.249	1.200	14.433	47.991
Median (in Euro)	1.043	990	1.000	502	3.672	14.071
<i>Mittelwert/Median-Ratio</i>	3,87	3,43	1,25	2,39	3,93	3,41
<b>Schulden</b>						
Partizipation (in %)	49,4	46,7	37,2	38,9	29,6	35,6
Mittelwert (in Euro)	47.046	29.376	19.971	30.410	30.964	47.015
Median (in Euro)	6.669	6.800	3.240	2.800	4.748	13.777
<i>Mittelwert/Median-Ratio</i>	7,05	4,32	6,16	10,86	6,52	3,41
<b>Brutto-Jahreseinkommen</b>						
Partizipation (in %)	98,9	99,1	99,1	97,4	98,4	99,7
Mittelwert (in Euro)	24.057	23.334	24.116	13.187	13.714	44.053
Median (in Euro)	17.964	17.418	18.514	11.042	11.797	32.383
<i>Mittelwert/Median-Ratio</i>	1,34	1,34	1,30	1,19	1,16	1,36

D1: Nettovermögen < 3.321 EUR; D2: Nettovermögen – Hauptwohnsitz-Immobilie < 3.321 EUR;

D3: Finanzvermögen < 3.321 EUR;

D4: Nettovermögen < 3.321 EUR UND Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR;

D5: Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR

Quelle: HFCS Österreich 2010, eigene Berechnungen

### 5.2.3 Realvermögen

Zum Realvermögen zählen (1) der Wert des Hauptwohnsitzes im Eigentum des Haushalts, (2) der Wert von sonstigem Immobilienvermögen, (3) der Wert von Fahrzeugen, (4) der Wert von Wertgegenständen (Schmuck u. ä.) sowie (5) der Wert von Unternehmensbeteiligungen, in denen Haushaltsmitglieder beschäftigt sind. Das Aggregat Realvermögen ist in Tabelle 5 dargestellt. Die einzelnen Bestandteile des Aggregats werden aus Platzgründen im Tabellenanhang angeführt (Tabelle A4).

Wie aus Tabelle 5 hervorgeht, verfügen 84,6 Prozent der Bevölkerung über positive Werte bei zumindest einer dieser fünf Realvermögenskomponenten. Wie schon beim Nettovermögen zeigt sich eine ungleiche Verteilung, der Mittelwert ist rund 2,6-mal so groß wie der Median. Die Partizipationsraten und Mittelwerte der nicht-vermögensarmen Haushalte liegen über jenen der Bevölkerung und die Verteilung innerhalb dieser Gruppe ist gleichmäßiger als in der Population (Mittelwert-Median-Ratio: 2,4).

Im Gegensatz dazu weisen arme Haushalte weitaus geringere Partizipationsraten auf. Liegen sie in der Bevölkerung und bei den nicht-armen Haushalten zwischen rund 84 und 93 Prozent, so haben nur zwischen rund 27 (Definition 4) und maximal 67 Prozent (Definition 5) der armen Haushalte positives Vermögen bei zumindest einer der fünf Realvermögensklassen. Wertmäßig liegen die Vermögensbestände zudem erneut deutlich unter jenen des Bevölkerungsdurchschnitts bzw. der nicht-armen Populationen. Das Verteilungsmaß zeigt ebenfalls extreme Ungleichverteilungen. Interessanterweise wurden für die gleichzeitig vermögens- und einkommensarme Gruppe hier relativ große Werte berechnet – diese beruhen aber auf einer geringen Partizipationsrate von rund 27 Prozent. Es gibt hier offensichtlich einige wenige Haushalte, die über vergleichsweise großes Brutto-Realvermögen verfügen<sup>21</sup>. Das Ergebnis zum Realvermögen entspricht für einkommensarme Haushalte jenem von Müller und Schmidt (2015), für

---

<sup>21</sup> Dieses Phänomen wurde nicht weiter untersucht, jedoch liegt die Vermutung nahe, dass es sich hier um Haushalte handelt, die Land- oder Forstwirtschaften betreiben und daher Grundstücke im Eigentum halten. Diese Beobachtung machen auch Lerman und Mikesell für die USA (1988: 365) sowie Thiele (2000: 9) für die Bundesrepublik Deutschland.

einkommens- und vermögensarme Haushalte berichten die Autoren jedoch eine Partizipationsrate von 51 Prozent und damit eine deutlich höhere Rate als die hier für Definition 4 berechnete. Leider präsentieren Müller und Schmidt (2015) nur Partizipationsraten für das um Vermögensannuitäten erweiterte Armutskonzept und nicht für ihr multidimensionales Konzept.

Hypothese 4 kann somit für das aggregierte Realvermögen ebenfalls bestätigt werden: Erneut liegen die Partizipationsraten bei armen Haushalten unter dem Durchschnitt der Bevölkerung.

Bei der wohl bedeutendsten Realvermögenskomponente, Hauptwohnsitz-Immobilien (sie weist relativ hohe Partizipationsraten und hohe Werte auf, vgl. Tabelle A4/Tabellenanhang), fällt auf, dass die Partizipationsraten bei armen Haushalten vergleichsweise sehr klein sind – dies entspricht der Erwartung aus Hypothese 4. Bei einkommensarmen Haushalten beträgt sie rund 34 Prozent – Müller und Schmidt (2015) berichten für einkommensarme Haushalte in Österreich eine etwas höhere Partizipationsrate von 36 Prozent.

Arme Haushalte nach Definition 1 partizipieren nur zu 3,9 Prozent an dieser Vermögenskomponente. Das bedeutet anders formuliert, dass jene Haushalte, die sogar arm sind, wenn der Hauptwohnsitz zum Vermögen gezählt wird, zu rund 96 Prozent über kein Hauptwohnsitz-Immobilienvermögen verfügen. Die geringste Partizipationsrate findet sich mit 1,7 Prozent bei armen Haushalten nach Definition 4. Arme Haushalte nach Definition 3 weisen im Vergleich zu den anderen vermögensarmen Haushalte eine hohe Partizipationsrate (23,3 %) und auch hohe Werte beim Eigenheim auf. Es wäre naheliegend, dass diese Haushalte ihr Finanzvermögen in Hauptwohnsitz-Immobilien transformiert haben – daher ihre Zugehörigkeit zur Gruppe der finanzvermögensarmen Haushalte und ihre hohen Werte bei dieser Vermögensklasse.

Interessant ist an dieser Auswertung ferner, dass die Mittelwert-Median-Ratio durchgehend Werte nahe 1 aufweist – es scheint also wenige Ausreißer mit sehr teuren Hauptwohnsitz-Immobilien im Datensatz zu geben. Dies kann sicher dadurch erklärt werden, dass superreiche Haushalte, die womöglich

solche Immobilien besitzen, nicht vom HFCS erfasst sind (vgl. Schürz 2014: 75).

Sonstiges Immobilienvermögen (vgl. Tabelle A4/Tabellenanhang) wird von armen Haushalten nur in sehr geringem Ausmaß gehalten: Unter den vermögens- und einkommensarmen Haushalten ist diese Vermögenskomponente beispielsweise gar nicht vertreten. Die größte Teilnahmerate findet sich bei nicht-armen Haushalten nach Definition 3 – aber selbst hier spielt sonstiges Immobilienvermögen keine große Rolle, da nur rund 16,3 Prozent dieser Gruppe sonstige Immobilien besitzen. In der Bevölkerung besitzen rund 13,4 Prozent diese Vermögensklasse. Diese Prozentsätze liegen deutlich unter jenen, die Van den Bosch (1998) für Belgien berichtet hat (rund 10 Prozent bei einkommensarmen-Haushalten, rund 20 Prozent bei nicht-armen Haushalten). Müller und Schmidt (2015) werten diese Komponente nicht aus.

Betragsmäßig ist diese Art von Vermögen bedeutend: Die Mediane der nicht-armen Haushalte liegen zwischen 94.000 und rund 99.000 Euro, die Mittelwerte circa 230.000 Euro. Die Werte der wenigen armen Haushalte, die sonstiges Immobilienvermögen besitzen, liegen deutlich darunter (Mediane: 75.300 bis 90.600 Euro, Mittelwerte: 88.300 bis 187.300 Euro). Auch für diese Assetklassen kann Hypothese 4 somit bestätigt werden.

Fahrzeuge sind in Bezug auf die Partizipationsraten die wichtigste Realvermögenskomponente – egal ob ein Haushalt arm ist oder nicht (vgl. Tabelle A4/Tabellenanhang). Die Partizipationsraten armer Haushalte liegen in Einklang mit Hypothese 4 aber eklatant unter jenen der nicht-armen Populationen bzw. der Bevölkerung. Am seltensten besitzt die Gruppe der vermögens- und einkommensarmen Haushalte Fahrzeuge (21,3 %). Müller und Schmidt (2015) berichten hier erneut eine höhere Partizipationsrate von rund 41 Prozent. Nach Definition 3 bzw. 5 besitzt circa jeder zweite Haushalt zumindest ein Fahrzeug – dieses Ergebnis stimmt mit Müller und Schmidt (2015) überein, die eine Partizipationsrate von 51 Prozent für einkommensarme Haushalte berichten.

Die Mittelwert-Median-Ratio weist bei allen Gruppen auf eine im Vergleich zu anderen Vermögenskomponenten geringe Ungleichverteilung hin. Die wertmäßige Differenz zwischen armen und nicht-armen Haushalten ist hingegen eklatant. Fahrzeuge von Haushalten die nach Definition 4 arm sind, sind beispielsweise durchschnittlich weniger als 2.000 Euro wert, während die Fahrzeuge der nicht-armen Haushalte nach dieser Definition rund 13.300 Euro wert sind. Bei den anderen Gruppen armer Haushalte beträgt der Wert der Fahrzeuge zwischen rund 3.100 und 7.500 Euro, während die Fahrzeuge der nicht-armen Haushalte circa 13-14.000 Euro wert sind.

Zu den Wertgegenständen zählen Gegenstände wie Schmuck, Kunstwerke oder Antiquitäten. Sie sind nach Fahrzeugen und Eigenheim-Immobilien die Vermögenskomponente, die am dritthäufigsten besessen wird. Wie Tabelle A4 im Tabellenanhang zeigt, besitzt etwas weniger als ein Viertel der Bevölkerung bzw. etwas mehr als ein Viertel der nicht-armen Haushalte solche Wertgegenstände. Arme Haushalte weisen auch hier vergleichsweise geringe Partizipationsraten auf, sie liegen zwischen 5,4 Prozent (D4) und 14,8 Prozent (D5). Wertmäßig liegen arme Haushalte ebenfalls deutlich unter dem Durchschnitt der übrigen Gruppen und es gibt auch kaum Ausreißer, weshalb die Mittelwert-Median-Ratio geringer ist als bei nicht-armen Gruppen und in der Bevölkerung. Die geringsten Werte weist erneut die Gruppe der Armen nach Definition 4 auf. Hypothese 4 kann somit beibehalten werden.

Unternehmen, in denen Haushaltsmitglieder selbst beschäftigt sind (andere Unternehmensbeteiligungen sind dem Finanzvermögen zugeordnet), sind eine selten vorkommende, aber wertmäßig bedeutende Realvermögenskomponente (vgl. Tabelle A4/Tabellenanhang). Sie sind „eine Domäne der vermögenderen Haushalte“ (Schürz 2014: 69) und finden sich daher kaum bei vermögensschwachen Untersuchungseinheiten. Die Werte für arme Haushalte sind hier mit Vorsicht zu interpretieren, denn es finden sich zum Teil nicht in allen imputierten Samples positive Werte, oder die Schätzer basieren auf nur ein bis zwei Haushalten. De facto spielt diese Vermögenskomponente in armen Haushalten also keine Rolle. Die Partizipationsraten

liegen folglich für drei Definitionen (D1, D2 und D4) unter 1 Prozent, weshalb Hypothese 4 beibehalten werden kann.

Interessant sind die Werte für Definition 5. Hier sind für rund 5,8 Prozent der Subpopulation positive Werte zu vermerken. Die Maßzahlen für diese Gruppe sind jedoch die größten aller Subpopulationen. Offensichtlich gibt es hier Haushalte, die vergleichsweise wertvolle Unternehmen besitzen, aber kaum Einkommen daraus lukrieren.

Auch bei nicht-armen Haushalten (die nicht fälschlich mit „reich“ gleichzusetzen sind!) spielen diese Unternehmensanteile nur eine kleine Rolle. Lediglich 9 bis 11 Prozent der Haushalte der nicht-armen Gruppen besitzen solche Unternehmen. Die durchschnittlichen bzw. Medianwerte dieser Unternehmen übersteigen aber die Werte von Eigenheim-Immobilien deutlich. Der Mittelwert beträgt für diese drei Gruppen um die 760.000 Euro, der Median etwas mehr (bzw. bei nicht-einkommensarmen Haushalten etwas weniger) als 200.000 Euro.

#### **5.2.4 Finanzvermögen**

Das Vermögensaggregat Finanzvermögen ist aus Tabelle 5 ersichtlich. Über 97 Prozent der Bevölkerung verfügen zumindest über eine Form von positivem Finanzvermögen. Finanzvermögen hat also eine weitere Verbreitung als Realvermögen, die Vermögensbestände sind bei Finanzanlagen aber wesentlich geringer (Mittelwert: 48.000 Euro, Median: 14.100 Euro). Erneut fallen – in Übereinstimmung mit Hypothese 4 – die Partizipationsraten bei armen Haushalten unterdurchschnittlich aus. Der Mittelwert des Realvermögens ist 5,79-mal größer als der Mittelwert des Finanzvermögens (Median: 7,65-mal). Zudem ist Finanzvermögen in der Bevölkerung ungleicher verteilt als Realvermögen.

Bei den armen Subpopulationen weist erneut die vermögens- und einkommensarme Gruppe die geringste Partizipationsrate auf (86,6 %). Diese Gruppe besitzt mit einem mittleren Finanzvermögen von rund 1.200 Euro bzw.

einem Median von 502 Euro auch die geringsten Werte. Definitionsgemäß halten auch finanzvermögensarme Haushalte (Definition 3) geringes Finanzvermögen. Die größte Verbreitung unter den armen Subpopulationen hat Finanzvermögen bei einkommensarmen Haushalten, hier halten 93,5 Prozent Finanzanlagen in Höhe von 14.400 Euro (Mittelwert) bzw. 3.700 Euro (Median). Müller und Schmidt (2015) zeichnen auch bei dieser Vermögenskomponente ein etwas besseres Bild: Sowohl einkommens- als auch gleichzeitig einkommens- und vermögensarme Haushalte weisen Partizipationsraten von 98 Prozent auf. Sie errechnen jedoch auch für die Population eine höhere Partizipationsrate von rund 100 Prozent.

Da es viele arme Haushalte gibt, die bei gewissen Vermögensklassen keine oder nur sehr geringe Bestände halten, wurden die neun in der Befragung erhobenen Finanzvermögensarten zu drei Vermögensklassen aggregiert: Sicheres Finanzvermögen umfasst Spareinlagen, freiwillige Pensionsvorsorgen und Lebensversicherungen. Riskantes Finanzvermögen besteht aus Fonds, Anleihen, Unternehmensbeteiligungen, Aktien und Depots – arme Haushalte haben hier nur sehr geringe Bestände. Sonstiges Finanzvermögen umfasst Forderungen des Haushalts gegenüber anderen Haushalten und Personen sowie sonstiges Vermögen, das in der Befragung im Verbatim erfasst wurde. Diese drei Finanzvermögensaggregate sind in Tabelle A5 im Tabellenanhang dargestellt.

Die bedeutendste der drei aggregierten Subkategorien des Finanzvermögens ist – sowohl in Bezug auf die Partizipation als auch wertmäßig – jene der Sicheren Finanzanlagen: Sparbücher, Pensionsvorsorge und Lebensversicherungen. Es ist auch diese Finanzvermögensart, welche die hohen Partizipationsraten im Aggregat (siehe oben) verursacht. In der österreichischen Bevölkerung weisen rund 97 Prozent positive Werte bei dieser Vermögenskomponente auf. Unter den armen Haushalten liegen die Partizipationsraten nach allen Definitionen jenseits der 85 Prozent bzw. über 90 Prozent bei einkommensarmen Haushalten. Die Bestände sind jedoch nach allen Definitionen gering. Der Median liegt zwischen 475 Euro (Definition 4) und 3.200 Euro (Definition 5). Niedrige Werte weisen auch arme Haushalte nach Definition 3 auf (Mittelwert: 1.200 Euro; Median: 969 Euro).

Das sind jene Haushalte, die als arm gelten, wenn nur das Finanzvermögen in die Definition einfließt. Diese Subpopulation ist auch die einzige Gruppe, die eine relativ gleiche Verteilung bei dieser Vermögenskomponente aufweist (Mittelwert-Median-Ratio: 1,22). Für diese aggregierte Finanzvermögensart kann Hypothese 4 ebenfalls bestätigt werden.

Riskante Finanzanlagen sind in Österreich nur wenig verbreitet und auch wertmäßig von relativ geringer Bedeutung; nur 15 Prozent der Bevölkerung partizipieren an dieser Vermögenskomponente. Mit einem Mittelwert von rund 74.400 Euro und einem Median von 12.900 Euro liegt auch eine ungleiche Verteilung der Vermögensbestände vor (Mittelwert-Median-Ratio: 5,77). Trotz der allgemein relativ geringen Verbreitung dieser Vermögenskomponente finden sich sogar in armen Gruppen einige Haushalte, die in riskantes Finanzvermögen investiert haben. Die Partizipationsraten von armen Haushalten nach den Definitionen 3 und 4 sind jedoch so gering, dass die berechneten Schätzer mit Vorsicht interpretiert werden müssen. Die Partizipationsraten bei armen Haushalten liegen zwischen 0,4 Prozent (D3) und 3,8 Prozent (D5). Die geringsten Werte weisen arme Haushalte nach Definition 3 auf. Ihr Finanzvermögen beläuft sich auf durchschnittlich 1.400 Euro bzw. 1.500 Euro im Median. Die höchsten Werte unter den armen Populationen weisen brutto-einkommensarme Haushalte auf. Hier findet sich auch die ungleichmäßigste Verteilung aller Gruppen (Mittelwert-Median-Ratio: 7,95). Auch für Riskantes Finanzvermögen kann Hypothese 4 beibehalten werden – die Partizipationsraten liegen bei armen Haushalten unter dem Durchschnitt der Bevölkerung.

An der Residual-Vermögenskomponente Sonstiges Finanzvermögen ist besonders interessant, dass sich hier bei den armen Haushalten teilweise höhere Partizipationsraten finden als bei den nicht-armen Haushalten bzw. im Durchschnitt der Bevölkerung. Es scheint so, als wären Forderungen gegenüber anderen Haushalten eine für arme Haushalte relevante Vermögensklasse. Eine eingehende Analyse der von den Referenzpersonen genannten sonstigen Vermögensarten könnte relevant für die Charakterisierung armer Haushalte sein – schließlich scheint es sich um eine für arme Haushalte bedeutende Vermögenskomponente zu handeln –, würde

den Rahmen dieser Arbeit aber sprengen. Eine Ausnahme bildet hier die Subgruppe der finanzvermögensarmen Haushalte (Definition 3), die auch bei den anderen beiden Finanzvermögensarten geringe Bestände besitzt. Festzuhalten ist, dass dies die einzige Vermögenskomponente ist, für die Hypothese 4 zum Teil verworfen werden muss – die Partizipationsraten armer Haushalte nach den Definitionen 1, 2, 4 und 5 liegen über der durchschnittlichen Partizipationsrate in der Bevölkerung. Wertmäßig liegen die Vermögensbestände armer Haushalte aber auch bei dieser Assetklasse deutlich unter jenen der Bevölkerung bzw. der nicht-armen Haushalte. Die Mediane liegen zwischen 663 (D3) und 1.800 Euro (D5), die Mittelwerte zwischen 764 (D3) und 6.300 Euro (D5).

### **5.2.5 Schulden**

Schulden umfassen sowohl hypothekarisch besicherte Kredite als auch verschiedenste Arten unbesicherter Kredite (Kreditlinien, Kontoüberziehungen, offene Kreditkartenrechnungen, sonstige Kredite wie etwa Autokredite, Konsumkredite, Schulden bei Verwandten und Bekannten etc.). Die Höhe der Schulden der armen Haushalte ist in Tabelle 5 dargestellt, jene der nicht-armen Komplementärgruppen in Tabelle A6 im Tabellenanhang. 35,6 Prozent der Bevölkerung sind auf zumindest eine der genannten Arten verschuldet. Im Durchschnitt beträgt der Wert der Schulden 47.000 Euro (Median: 13.800 Euro).

Der Anteil der verschuldeten Haushalte ist bei den armen Haushalten höher als in der Gesamtbevölkerung bzw. bei den nicht-armen Haushalten. Einkommensarme Haushalte sind seltener verschuldet als die Population (Partizipationsrate: 29,6 %), während nicht-arme Haushalte nach Definition 5 zu einem größeren Anteil verschuldet sind als der Durchschnitt der Bevölkerung. Ein wesentlicher Grund für dieses Phänomen dürfte das geringe Einkommen dieser Gruppe sein, das den Zugang zu Bankkrediten erschwert. Die Schulden der armen Haushalte nach Definition 1 sind im Durchschnitt etwa gleich hoch wie jene der Bevölkerung. Die übrigen Definitionen weisen

einen geringeren durchschnittlichen Schuldenstand auf. Es liegen große Mittelwert-Median-Ratios vor (zwischen 4,32 nach Definition 2 und 10,86 nach Definition 1), was für die Existenz hochverschuldeter armer Haushalte spricht.

Für Schulden ergibt sich somit ein vielleicht komplexeres Bild als für Vermögen. Arme Haushalte sind tendenziell häufiger verschuldet, das Ausmaß der Schulden ist jedoch vergleichsweise gering. Im Vergleich zu Müller und Schmidt (2015) fällt auf, dass arme Haushalte bei ihnen erneut etwas besser gesellt sind. Einkommensarme Haushalte haben in ihrer Arbeit eine Partizipationsrate an Verschuldung von rund 28 Prozent. Haushalte, bei denen Vermögens- und Einkommensarmut koinzidieren (Annuitätenkonzept), sind bei Müller und Schmidt (2015) zu 31 Prozent verschuldet, die Partizipationsrate von armen Haushalten nach Definition 4 liegt in dieser Arbeit hingegen bei rund 39 Prozent.

### **5.2.6 Haushalts-Bruttojahreseinkommen**

Abschließend wird das Haushalts-Bruttojahreseinkommen in aggregierter Form betrachtet (vgl. Tabelle 5 bzw. Tabelle A6/Tabellenanhang). Es setzt sich zusammen aus (1) unselbstständigem und (2) selbstständigem Erwerbseinkommen, (3) Rentenzahlungen und (4) anderen regelmäßigen sozialen Transfers.

Wie Tabelle 5 zeigt, beziehen 99,7 Prozent der in Österreich ansässigen Haushalte positives Brutto-Jahreseinkommen. Ein Mittelwert von 44.000 Euro und ein Median von 32.400 Euro (bzw. die daraus berechnete Mittelwert-Median-Ratio) lassen auf eine deutlich weniger ausgeprägte Ungleichverteilung des Einkommens im Vergleich zu fast allen Vermögenskomponenten schließen (vgl. auch Fessler et al. 2012: 54). Eine ähnliche Verteilung zeigt sich auch bei den untersuchten Subpopulationen, gleichgültig, ob es sich um arme oder nicht-arme Haushalte handelt. Beim Vergleich zwischen den Gruppen offenbaren sich jedoch große Einkommensdifferenzen. Das geringste Brutto-Jahreseinkommen weist die Gruppe der vermögens- und brutto-einkommensarmen Haushalte auf, die gleichzeitig auch die

geringste Partizipationsrate zeigt (97,4 %). In dieser Gruppe beträgt der Mittelwert des Einkommens weniger als ein Drittel des Mittelwerts in der Bevölkerung (13.200 Euro), der Median entspricht circa 34 Prozent des Median-Einkommens des Bevölkerungsdurchschnitts. Das Einkommen der einkommensarmen Haushalte liegt nur wenig über jenem der ärmsten Bevölkerungsgruppe (Mittelwert: 13.700 Euro, Median: 11.800 Euro).

Deutlich mehr verdienen die drei vermögensarmen Subpopulationen, deren durchschnittliches Einkommen etwas mehr als der Hälfte des durchschnittlichen Einkommens der Bevölkerung entspricht (D1: 55 %; D2: 53 %; 55 %). Berechnet auf das Median-Brutto-Jahreseinkommen beträgt der Anteil um die 40 Prozent (D1: 41 %; D2: 40 %; D3: 42 %). Auch dies kann als Beleg dafür dienen, dass Einkommens- und Vermögensarmut nicht identisch sind.

Nicht-arme Haushalte nach allen Definitionen liegen demgegenüber deutlich über dem Bevölkerungsdurchschnitt und besonders über den Maßzahlen bei den armen Haushaltspopulationen.

### **5.2.7 Conclusio**

In diesem Abschnitt wurden die Vermögensausstattung armer Haushalte, ihre Verschuldung sowie ihre Einkommenssituation analysiert. Dabei konnte Hypothese 4 weitgehend bestätigt werden. Mit Ausnahme der Vermögensklasse „Sonstiges Finanzvermögen“ weisen vermögensarme Haushalte geringere Partizipationsraten auf als der Bevölkerungsdurchschnitt. Zudem haben sich ihre Schulden und ihr Einkommen, vor allem aber ihr Vermögen als geringer als jenes des durchschnittlichen Haushalts herausgestellt. Vermögensarme Haushalte besitzen also seltener Vermögen, und dieses Vermögen ist im Vergleich zum durchschnittlichen Vermögen der Bevölkerung sehr gering. Insbesondere die wertmäßig wichtigste Komponente, der Hauptwohnsitz, und die Komponenten mit hohen Partizipationsraten (sicheres Finanzvermögen und Fahrzeuge) haben relativ geringen Wert, sofern sie überhaupt besessen werden.

Es hat sich außerdem gezeigt, dass vermögensarme Haushalte, unabhängig von der konkreten Vermögensarmutsdefinition, häufig Vermögen in ähnlicher Höhe besitzen. Unterschiede wurden jedoch zwischen einkommensarmen und vermögensarmen Haushalten festgestellt, gerade auch die Ausstattung mit Vermögen betreffend. Die hier dargestellten Ergebnisse unterstützen daher meines Erachtens den Anspruch des Vermögensarmutskonzepts, eine sinnvolle und fruchtbare Ergänzung bestehender Armutskonzepte zu sein.

Der Vergleich zwischen den armen Gruppen zeigt, dass Haushalte, die gleichzeitig vermögens- und einkommensarm sind, am schlechtesten gestellt sind. Auch Haushalte, die nach der breitesten Vermögensdefinition vermögensarm sind (D1), besitzen selten und nur wenig Vermögen. In Bezug auf die Vermögensausstattung vergleichsweise gut gestellt erscheinen bruttoeinkommensarme Haushalte, die höhere Partizipationsraten bei den Vermögenskomponenten aufweisen und beispielsweise häufiger Hauptwohnsitze im Eigentum halten. Schließlich sind einkommensarme Haushalte seltener verschuldet als vermögensarme Haushalte.

Die hier präsentierten Ergebnisse decken sich auch – trotz unterschiedlicher Konzepte – in der Tendenz mit den von Müller und Schmidt (2015) für Österreich berechneten Werten. Die Situation armer Haushalte erscheint bei Müller und Schmidt (2015) jedoch etwas besser, beispielsweise in Bezug auf die Partizipationsraten an einzelnen Vermögenskomponenten. Dennoch scheinen die Ergebnisse insgesamt robust, da Müller und Schmidt (2015) auch mit ihrem Annuitätenkonzept von Vermögensarmut ein sehr ähnliches Bild einkommens- und vermögensarmer Haushalte zeichnen.

Das folgende Unterkapitel widmet sich den soziodemographischen Charakteristika armer Haushalte und prüft in logistischen Regressionen etwaige Wirkungen auf das Armutrisiko.

### 5.3 Einflussfaktoren auf das Armutsrisiko

In diesem Kapitel wird in logistischen Regressionen auf die fünf Armutsdefinitionen untersucht, in welche Richtung und in welcher Stärke Merkmale der Haushaltsreferenzpersonen (die Person, die stellvertretend für den Haushalt an der Befragung teilnahm) und des Haushalts die Wahrscheinlichkeit beeinflussen, als armer Haushalt klassifiziert zu sein. Die abhängigen Variablen sind die bereits bekannten binär codierten Armutsdefinitionen, welche die Zugehörigkeit zu einer Gruppe armer Haushalte anzeigen (1 = arm, 0 = nicht-arm).

Abschnitt 5.3.1 widmet sich zunächst den unabhängigen Variablen auf Personenebene (Alter, Alter<sup>2</sup>, Geschlecht, Bildung, Berufsstatus, Migrationshintergrund der Referenzperson) und auf Haushaltsebene (Haushaltsgröße in Personen, Quadratmeteranzahl des Haushalts, Urbanisierungsgrad, Erbschaft/Schenkung, Kredite und Einkommen bzw. Vermögen). Diese Personen- und Haushaltscharakteristika werden bivariat analysiert und in Tabelle 6 bzw. Tabelle 7 dargestellt. Wie schon im vorherigen Kapitel werden in den Tabellen die Werte der armen Subpopulationen und der Gesamtpopulation ausgewiesen. Die Werte der nicht-armen Komplementärpopulationen sowie zahlreiche weitere Charakteristika der Referenzpersonen und der Haushalte finden sich im Tabellenanhang (Tabellen A1 und A2).

Zudem werden in diesem Abschnitt die in Kapitel 3.2 generierte Hypothese 5 einerseits mittels der deskriptiven Statistiken geprüft sowie andererseits für alle Prädiktoren der in Abschnitt 5.3.2 präsentierten logistischen Regressionen auf die fünf Armutsdefinitionen konkretisiert. Weiters werden Hypothesen über die Prädiktoren „Erbschaft/Schenkung erhalten“, „Kredite“ und „Einkommen bzw. Vermögen“ generiert. Diese Hypothesen gelten, sofern nicht anders beschrieben, stets für alle fünf Armutsdefinitionen. Sie basieren auf empirischen Ergebnissen aus der Literatur sowie auf den deskriptiven Ergebnissen.

Abschließend werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Modelle in einer Conclusio (Kapitel 5.3.3) zusammengefasst und rekapituliert.

### **5.3.1 Unabhängige Variablen**

#### ***Alter und Alter<sup>2</sup>***

Für die Analyse des Alters der Referenzpersonen armer Haushalte wurde die metrisch erhobene Altersvariable in sieben Altersgruppen unterteilt (16-24 Jahre, 25-34 Jahre, 35-44 Jahre, 45-54 Jahre, 55-64 Jahre, 65-74 Jahre und 75+ Jahre). Die Ergebnisse sind in Tabelle 6 dargestellt.

Es zeigt sich bei allen Definitionen ein weitgehend homogenes Bild. Die Altersgruppe der 45- bis 54-Jährigen ist bei armen Haushalten im Vergleich zur Population unterrepräsentiert. Besonders betroffen sind hingegen Haushalte mit Referenzpersonen zwischen 16 und 44 Jahren – dies war auf Basis der Ergebnisse in Abschnitt 5.1, in dem altersspezifische Armutsquoten diskutiert wurden, so zu erwarten und untermauert die Erwartung aus Hypothese 5. Junge Referenzpersonen (16 bis 24 Jahre) sind markant überrepräsentiert, insbesondere nach den Definitionen 1 und 4. Die Gruppe der 25- bis 34-Jährigen ist in der Population der einkommensarmen Haushaltsreferenzpersonen unterrepräsentiert. Ein gemischtes Bild zeigt sich bei den älteren Referenzpersonen. Die Gruppe der 65- bis 74-Jährigen weist Werte auf, die jenen in der Bevölkerung entsprechen, zum Teil sind sie aber unterrepräsentiert (D1, D2 und D4). Die letzte, nach oben offene Kategorie der 75-Jährigen und älteren Referenzpersonen ist in der Gruppe der einkommensarmen Haushalte überrepräsentiert. Eine Erklärung dafür mag sein, dass ältere Referenzpersonen im Vergleich zu ihrem Erwerbseinkommen niedrigere Renten beziehen dürften. Haushalte mit Referenzpersonen mittleren Alters (35 bis 44) sind nach Definition 1 überrepräsentiert, nach den anderen Definitionen jedoch unterrepräsentiert.

In die Regressionen wird das Alter<sup>22</sup> der Referenzperson in metrischer Form aufgenommen. Sämtliche Literatur und auch die deskriptiven Auswertungen zeigen, dass Haushalte mit jungen Referenzpersonen besonders häufig von allen Armutsformen betroffen sind. Gerade für kombinierte Armutsdefinitionen wurde zudem immer wieder festgestellt, dass alte Haushalte am meisten von der Berücksichtigung ihres Vermögens profitieren. Es wird folglich erwartet, dass das Risiko sinkt, vermögensarm, einkommensarm und kombiniert vermögens- und einkommensarm zu sein, je älter die Referenzperson ist.

Andererseits gibt es auch Hinweise darauf, dass in hohem Alter das Armutsrisiko wieder ansteigt. Auf diesen u-förmigen Alterseffekt hat bereits Radner (1990) bei kombinierten Armutsdefinitionen hingewiesen, und auch die deskriptive Auswertung gab darauf Hinweise. Um einen solchen nicht-linearen Alterseffekt zu kontrollieren, wird auch das quadrierte Alter der Referenzperson in das Modell aufgenommen.

### ***Geschlecht***

Tabelle 6 zeigt die Verteilung der armen Subpopulationen nach Geschlecht, wobei zusätzlich die Anteile der alleinerziehenden Referenzpersonen berechnet wurden. Entsprechend der in Hypothese 5 formulierten Erwartung zeigt sich, dass weitaus häufiger weibliche Referenzpersonen aus vermögensarmen Haushalten stammen (zwischen rund 58 und 64 %). Bei den einkommensarmen Haushalten ist die Referenzperson sogar in circa zwei Dritteln der Fälle eine Frau. Obwohl auch in der Gesamtbevölkerung weibliche Referenzpersonen mit einem Anteil von circa 56 Prozent deutlich

---

<sup>22</sup> Es sei an dieser Stelle noch einmal daran erinnert, dass die Untersuchungseinheit des HFCS der Haushalt ist. Personeneigenschaften wie das Alter müssen nicht notwendigerweise determinierend für einen Haushalt sein. Zweifellos sind Charakteristika der Referenzpersonen aber gleichzeitig auch wichtige Merkmale der Haushalte, dies gilt insbesondere auch, weil Ein- und Zwei-Personen-Haushalte die mit Abstand wichtigsten Haushaltsformen sind. Aus diesem Grund wurden auch ausgewählte Merkmale der befragten Haushalts-Repräsentant\_innen in die Regressionsmodelle aufgenommen.

überwiegen, sind weibliche Haushaltsvorstände <sup>23</sup> in vermögens- und einkommensarmen Haushalten klar überrepräsentiert. Einzig der Anteil der weiblichen Referenzpersonen nach Definition 3 (nur Finanzvermögen) liegt unter 60 Prozent und damit nahe dem Wert in der Population. Die Geschlechterverteilung in nicht-armen Haushalten zeigt die gegenläufige Tendenz zu jenen in armen Haushalten <sup>24</sup>: Haushalte mit männlichen Referenzpersonen sind in den Subpopulationen der nicht-armen Haushalte im Vergleich zur Population überrepräsentiert, Haushalte mit weiblichen Referenzpersonen hingegen unterrepräsentiert.

Betrachtet man den Anteil der alleinerziehenden Referenzpersonen (definiert als Referenzpersonen von Haushalten mit nur einem Erwachsenen und mindestens einem Kind), so fällt zunächst auf, dass es sowohl in den Subpopulationen der armen bzw. nicht-armen Haushalte als auch im Durchschnitt der Bevölkerung nur sehr wenige Alleinerziehende gibt. Der Vergleich zwischen den Geschlechtern zeigt aber, dass es eklatant mehr weibliche alleinerziehende Referenzpersonen gibt. Während Alleinerzieherinnen in nicht-armen Haushalten leicht unterrepräsentiert sind, sind sie in armen Haushalten im Vergleich zur Population stark überdurchschnittlich vertreten. Das gleiche Bild – wenn auch auf niedrigerem Niveau – zeigt sich bei den Männern. Auch dieses Ergebnis stützt Hypothese 5.

Mittels der deskriptiven Auswertung konnte die auf Basis der Literatur (u. a. Lerman und Mikesell 1988; Müller und Schmidt 2015) generierte Hypothese bestätigt werden, dass Frauen und Alleinerzieherinnen öfter von Armut betroffen sind als Männer. Beide Merkmale (Frau; Frau und alleinerziehend) werden als Prädiktoren in die Modelle aufgenommen. Die Erwartung ist hier, dass beide Merkmale das Risiko arm zu sein erhöhen, die Kombination der Merkmale Frau und alleinerziehend sollte aber einen größeren Effekt haben als das Merkmal Frau alleine. Als Vergleichsgruppe gelten für beide Ausprägungen Haushalte mit männlichen Referenzpersonen

---

<sup>23</sup> Haushaltsvorstand und Referenzperson werden in Folge synonym verwendet.

<sup>24</sup> Dies ist eine notwendige Konsequenz aus der Tatsache, dass arme Haushalte und nicht-arme Haushalte zusammen die gesamte Haushaltspopulation bilden.

– etwaige Effekte sind also immer im Vergleich zu Haushalten mit männlichen Referenzpersonen zu interpretieren.

## **Bildung**

Das nächste soziodemographische Merkmal in Tabelle 6 ist der höchste Bildungsabschluss der Referenzperson. Hierbei wurden die Kategorien „1 – (Noch) ohne Pflichtschulabschluss“ und „2 – Pflichtschule“ sowie die Kategorien „3 – Lehre, Berufsschule“, „4 – mittlere Schule, Fachschule“ und „5 – Matura“ der sechsstufigen Bildungsvariable zusammengefasst und eine Variable mit drei Kategorien gebildet: Kein Abschluss und primärer Abschluss (Kategorien 1 + 2); Sekundärer Abschluss (3 + 4 + 5); Tertiärer Abschluss („6 – Hochschule, Universität, Fachhochschule, Akademie“).

Die Auswertung zeigt geringe Unterschiede zwischen den verschiedenen Armutsdefinitionen. Der Anteil der Gruppe mit sekundärem Bildungsabschluss bleibt stets deutlich über jener mit primärem oder ohne Abschluss. Am weitaus seltensten von Armut betroffen sind Haushalte mit hochgebildeten Referenzpersonen – ein weiterer Aspekt von Hypothese 5 kann somit bestätigt werden. Der Vergleich zur Gesamtbevölkerung weist darauf hin, dass Bildung in Österreich einen wesentlichen Faktor für die Armutsgefährdung darstellt: Beträgt der Anteil der wenig gebildeten Referenzpersonen in der Grundgesamtheit weniger als 18 Prozent, so liegt er in der Gruppe der Referenzpersonen aus armen Haushalten stets über 30 Prozent. Am anderen Ende der Skala sind hochgebildete Referenzpersonen, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung rund doppelt so hoch ist wie an den armen Haushalten. Dementsprechend sind bei den nicht-armen Haushalten über alle Definitionen hinweg weniger gebildete Referenzpersonen unterrepräsentiert und Personen mit sekundären bzw. tertiären Abschlüssen überrepräsentiert.

Dieselbe dreistufige Bildungsskala fließt auch in die Regressionen ein. Die Vergleichsgruppe bildet für die Modelle die zahlenmäßig größte Population der Referenzpersonen mit sekundärem Abschluss; Personen ohne

bzw. mit primärem Abschluss und Personen mit tertiärem Bildungsabschluss sind als erklärende Variablen Teil der Regressionsmodelle. Bildung gilt als wesentlicher Faktor für Armutsvermeidung (vgl. etwa Brandolini et al. 2010; Azpitarte 2012; Müller und Schmidt 2015). Auch die deskriptive Auswertung belegt, dass Haushalte mit hoch gebildeten Referenzpersonen selten von Armut betroffen sind. Folglich wird für Haushalte mit Referenzpersonen mit primärem Abschluss ein höheres Armutsrisiko erwartet (geringes Humankapital) als für die Vergleichsgruppe mittlerer Bildung, für jene mit tertiärem Abschluss ein geringeres Risiko (hohes Humankapital).

**Tabelle 6 – Soziodemographische Charakteristika armer Haushalte – Referenzperson**

	arm (D1)	arm (D2)	arm (D3)	arm (D4)	arm (D5)	Population
<b>Alter</b>						
16 bis 24 Jahre	12	10	10	14	9	5
25 bis 34 Jahre	20	19	19	14	12	14
35 bis 44 Jahre	21	18	16	18	17	18
45 bis 54 Jahre	15	15	15	14	16	20
55 bis 64 Jahre	16	17	17	23	21	19
65 bis 74 Jahre	9	11	14	11	14	14
75+ Jahre	8	10	10	6	11	9
<i>Summe</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>
<b>Geschlecht</b>						
Männer	38	37	42	36	34	44
davon Alleinerzieher	1	1	1	3	1	1
Frauen	62	63	58	55	66	56
davon Alleinerzieherin n	7	6	5	3	7	4
<i>Summe</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>
<b>Bildung</b>						
Kein Abschluss und primärer Abschluss	31	34	31	41	38	18
Sekundärer Abschluss	62	58	62	52	55	68
Tertiärer Abschluss	7	7	6	7	7	14
<i>Summe</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>
<b>Berufsstatus</b>						
Unselbstständig beschäftigt	41	37	37	18	23	43
Selbstständig	4	4	6	5	8	10
Arbeitslos	12	11	9	19	13	5
In Rente	31	37	37	38	42	35
Sonstige*	12	11	10	20	15	7
<i>Summe</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>
<b>Migrations- hintergrund**</b>						
Ja	25	23	20	32	20	12
Nein	75	77	80	68	80	88
<i>Summe</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>

\* Sonstige: Mutterschutz; Karenz; länger krank; Schule; Studium; unbezahltes Praktikum; dauerhaft berufsunfähig; Wehr- oder Zivildienst; freiwilliges soziales Jahr; Hausfrau/-mann; Sonstige

\*\* Migrationshintergrund: Referenzperson selbst nach Österreich zugewandert?

D1: Nettovermögen < 3.321 EUR; D2: Nettovermögen – Hauptwohnsitz-Immobilie < 3.321 EUR;

D3: Finanzvermögen < 3.321 EUR; D4: Nettovermögen < 3.321 EUR UND Haushalts-Bruttoeinkommen (pro

Monat) < 1.107 EUR; D5: Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR

Quelle: HFCS Österreich 2010, eigene Berechnungen

## **Berufsstatus**

Das Merkmal Berufsstatus hat die Ausprägungen Unselbstständig beschäftigt, Selbstständig, Arbeitslos, in Rente und Sonstige (Mutterschutz; Karenz; länger krank; Schule; Studium; unbezahltes Praktikum; dauerhaft berufsunfähig; Wehr- oder Zivildienst; freiwilliges soziales Jahr; Hausfrau/-mann; Sonstige). Die Auswertung in Tabelle 6 deutet auf einen relevanten Zusammenhang zwischen Armut des Haushalts und dem Berufsstatus der Erwerbperson hin. Sind in der Gesamtbevölkerung knapp 5 Prozent der Referenzpersonen arbeitslos, so liegt der Anteil bei den vermögensarmen Haushalten zwischen rund 9 und 12 Prozent und bei den einkommensarmen Haushalten bei etwa 13 Prozent, bei der Vermögens- und Einkommensarmutsdefinition gar rund 19 Prozent. Im Gegensatz dazu sind arbeitslose Referenzpersonen in nicht-armen Haushalten nach allen Definitionen unterrepräsentiert. Dies entspricht der Erwartung aus Hypothese 5: Arbeitslose sind häufig von Vermögensarmut betroffen.

Haushalte mit selbstständig tätigen Referenzpersonen sind bei armen Haushalten deutlich unterrepräsentiert und dürften auch über erhebliches Realvermögen verfügen, da der Anteil der armen Haushalte mit selbstständig tätigen Referenzpersonen von 4 Prozent nach Vermögensarmuts-Definition 1 auf rund 6 Prozent nach Definition 3 steigt. Leicht über dem gesellschaftlichen Durchschnitt ist der Anteil der Selbstständigen bei den nicht-armen Haushalten.

Die Gruppe der sich in Rente befindenden Referenzpersonen spiegelt den Verlauf, der auch beim Alter der Respondent\_innen auffiel: Ihr Anteil an den armen Haushalten steigt, wenn das Eigenheim nicht Vermögensbestandteil ist und wenn das Einkommen in die Betrachtung einfließt. Gegengleich ist der Verlauf bei den nicht-armen Haushalten mit pensionierten Referenzpersonen.

Die große Gruppe der unselbstständig Beschäftigten ist nach allen Armutsdefinitionen unterrepräsentiert, insbesondere bei den Definitionen, die mit dem Haushalts-Bruttoeinkommen operieren. Bei den nicht-armen

Haushalten bleiben folglich unselbstständig Erwerbstätige nach allen Definitionen die größte Gruppe und sind auch überproportional vertreten. Es scheint, als wäre das geregelte Erwerbseinkommen unselbstständig beschäftigter Referenzpersonen für den gesamten Haushalt ein wirksamer Schutz vor Armut.

Vergleichsweise häufig von Armutsformen betroffen sind Haushalte der Kategorie „Sonstiger Berufsstatus“: Personen in Karenz oder Mutterschutz, Kranke, Studierende, Präsenz- und Zivildienstler etc. Diese Gruppe ist in Definition 4 und 5 am stärksten überrepräsentiert.

Für die Regressionen dient die große Gruppe der unselbstständig Beschäftigten als Referenzgruppe. Die auf den deskriptiven Analysen basierenden Hypothesen für das Merkmal Berufsstatus lauten: Haushalte mit selbstständigen Referenzpersonen haben ein geringeres Risiko arm zu sein als die Vergleichsgruppe, jene mit arbeitslosen Referenzpersonen, Rentner\_innen und Personen in sonstigem Berufsstatus haben ein höheres Risiko, arm zu sein.

### ***Migrationshintergrund***

Migrationshintergrund bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die Referenzperson selbst nach Österreich zugewandert ist. Die Variable hat die Ausprägungen: Ja, nach Österreich zugewandert und Nein, in Österreich geboren.

Es zeigt sich ein homogenes Bild für die meisten Armutsdefinitionen: Die Werte liegen zwischen rund 20 (D3) und 25 Prozent (D1). Am höchsten ist der Anteil der Armutsdefinition 4. Hier gab fast ein Drittel der Referenzpersonen armer Haushalte an, nach Österreich eingewandert zu sein. Der Anteil der Migrant\_innen nimmt ab, je enger die Vermögensdefinition gefasst ist. Dieser sinkende Anteil der Haushalte mit zugewanderten Referenzpersonen deutet darauf hin, dass Migrant\_innen seltener (bzw. weniger wertvolles) Realvermögen besitzen. Der Vergleich mit dem Anteil der zugewanderten

Referenzpersonen in der Gesamtbevölkerung (rund 12 %) veranschaulicht, dass Migrant\_innen unter den armen Haushalten in Österreich deutlich überrepräsentiert sind. In der Gruppe der nicht-vermögensarmen sind Haushalte mit zugewanderten Referenzpersonen folglich leicht unterrepräsentiert. Egal welche Definition von Armut man zu Grunde legt, um die 90 Prozent der nicht-armen Haushaltsvorstände sind in Österreich geboren (gegenüber rund 88 Prozent in der Population). Auch für das Merkmal Migrationshintergrund kann auf Basis der bivariaten Auswertung die Hypothese 5 bestätigt werden: Migrant\_innen scheinen einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt zu sein als Personen, die in Österreich geboren wurden.

In die Regressionen fließt dieses Merkmal als 0/1 codierter Dummy ein (1 = Referenzperson ist Migrant\_in, 0 = Referenzperson ist in Österreich geboren). Die diesbezügliche Hypothese lautet, dass Haushalte, deren Referenzpersonen nach Österreich zugewandert sind, auch unter Kontrolle aller anderen Variablen ein höheres Armutsrisiko aufweisen als Haushalte mit in Österreich geborenen Referenzpersonen.

### ***Haushaltsgröße***

Das erste Charakteristikum auf Haushaltsebene ist die Haushaltsgröße. Das Merkmal umfasst fünf Kategorien (Ein-Personen-Haushalt, Zwei-Personen-Haushalt, 3 Personen, 4 Personen und 5+ Personen). Die Verteilung der armen Subgruppen nach Haushaltsgröße wird in Tabelle 7 präsentiert.

Der Ein-Personen-Haushalt ist die häufigste Haushaltsausprägung in Österreich, 39 Prozent der Haushalte bestehen aus nur einer Person. Die Auswertung zeigt, dass Ein-Personen-Haushalte sehr häufig von Armutsformen betroffen sind – dies entspricht auch der Erwartung aus Hypothese 5<sup>25</sup>. Ihr Anteil an den vermögensarmen Haushalten (Definitionen 1,

---

<sup>25</sup> Im Anhang findet sich eine Auswertung des Familienstands der Referenzperson. Hier zeigt sich – im Einklang mit den Ergebnissen zur Haushaltsgröße –, dass Singles am häufigsten von Vermögensarmut betroffen sind (Tabelle A2).

2 und 3) liegt bei 58 bis 62 Prozent. Auch bei den Armutsdefinitionen, die das Bruttoeinkommen der Haushalte berücksichtigen, sind sie mit 55 bis 64 Prozent stark überrepräsentiert.

Die zweithäufigste Ausprägung in der Population und bei den armen Haushalten ist der Zwei-Personen-Haushalt. Diese Haushaltsform ist jedoch unterdurchschnittlich von Armut betroffen, wobei die konkrete Armutsdefinition wenig Einfluss zu haben scheint. Ebenso unterproportional vertreten sind Drei- und Vier-Personen-Haushalte. Große Haushalte (fünf und mehr Personen) sind bei in der kombinierten Armutsdefinition und der Einkommensarmutsdefinitionen überproportional vertreten. Die in Hypothese 5 formulierte Erwartung in Bezug auf die Haushaltsgröße kann somit nur zum Teil bestätigt werden. In Hypothese 5 wurde vermutet, dass Haushalte mit 3 oder mehr Bewohner\_innen überproportional von Vermögensarmut betroffen sind.

Bei den nicht-armen Subpopulationen zeigt sich das gegengleiche Bild: Ein-Personen-Haushalte sind nach allen Definitionen unterrepräsentiert, die übrigen Haushaltsdefinitionen sind leicht überrepräsentiert, wobei das Bild bei den beiden größten Haushaltsformen nicht eindeutig ist.

Gemäß der präsentierten Literatur (u. a. Thiele 2000, Wolff und Zacharias 2009) und den deskriptiven Auswertungen sind Singles bzw. Ein-Personen-Haushalte am häufigsten von Armut betroffen. Gleichzeitig erwiesen sich auch große bzw. kinderreiche<sup>26</sup> Haushalte als armutsgefährdet. Dieser Teil der diesbezüglich in Kapitel 3 formulierten Hypothese 5 kann somit basierend auf den deskriptiven Ergebnissen beibehalten werden.

Für die binären logistischen Regressionen wird die gleiche, fünfstufige Variable mit verwendet. In den Modellen sind Ein-Personen-Haushalte die Referenzgruppe, alle anderen Haushaltsgrößen werden mit ihnen verglichen. Die Erwartung für die Regressionen ist weiterhin, dass alle in das Modell einfließenden Haushaltsgrößen ein geringeres Risiko aufweisen, vermögensarm zu sein, als die Vergleichsgruppe der Ein-Personen-Haushalte.

---

<sup>26</sup> Eine Auswertung der Haushalte nach Anzahl der Kinder findet sich im Tabellenanhang (Tabelle A2).

Dies folgt aus den deskriptiven Resultaten. Zudem kann mehr Vermögen zusammengelegt werden, wenn mehrere Personen im Haushalt leben (z. B. alle Mitglieder des Haushalts haben ein Sparbuch). Außerdem sollte die Wahrscheinlichkeit, dass ein Haushaltsmitglied schon einmal geerbt oder eine Schenkung erhalten hat, mit der Anzahl der im Haushalt lebenden Personen steigen.

Die obigen Argumente gelten für das Einkommen des Haushalts nur eingeschränkt. Hier ist zudem zu erwarten, dass der Anteil der Haushaltsmitglieder, die Einkommen beziehen, mit der Haushaltsgröße abnimmt. Auch die deskriptive Analyse zeigte, dass große einkommens- und kombiniert arme Haushalte überproportional von Armut betroffen sind. Für die einkommensabhängigen Definitionen 4 und 5 könnte somit eine sehr hohe Haushaltsgröße (fünf und mehr Personen) das Risiko, arm zu sein, sogar im Vergleich zur Referenzgruppe der Ein-Personen-Haushalte erhöhen.

### ***Quadratmeter des Hauptwohnsitzes pro Kopf***

Das Merkmal Quadratmeteranzahl des Hauptwohnsitzes soll Aufschluss über die Wohnsituation armer Haushalte geben. Um für Unterschiede in der Haushaltsstruktur zu kontrollieren, wurde die Quadratmeteranzahl durch die Anzahl der Personen im Haushalt dividiert ( $\text{m}^2/\text{Kopf}$ ). Tabelle 7 zeigt, dass arme Haushalte nach Definition 4 am wenigsten Wohnraum zur Verfügung haben (Mittelwert:  $46 \text{ m}^2/\text{Kopf}$ ; Median:  $41 \text{ m}^2/\text{Kopf}$ ) und arme Haushalte tendenziell mit weniger Platz auskommen müssen, als nicht-arme Haushalte. Die größten Hauptwohnsitze unter den armen Haushalten werden von einkommensarmen Haushalten bewohnt (Mittelwert:  $59 \text{ m}^2/\text{Kopf}$ ; Median:  $50 \text{ m}^2/\text{Kopf}$ ).

In die Regressionsmodelle fließt dieses Merkmal ebenfalls auf metrischem Skalenniveau ein. Es soll geprüft werden, ob sich die Ergebnisse der deskriptiven Analyse – Personen in armen Haushalte haben deutlich weniger Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung – auch unter Kontrolle aller anderen Variablen bestätigen lassen. Die Hypothese lautet somit, dass

Haushalte mit einer höheren Quadratmeteranzahl ein geringeres Armutsrisiko aufweisen. Ein möglicher Effekt darf jedoch nicht kausal interpretiert werden.

### ***Urbanisierung***

Das Merkmal Urbanisierung differenziert die Haushaltspopulation anhand der Einwohner\_innenzahl der Orte, in denen die Haushalte konstituiert sind. Unterschieden werden kleine Orte bis 10.000 Einwohner\_innen, mittlere Städte bis 1 Mio. Einwohner\_innen und Großstädte mit über 1 Mio. Einwohner\_innen – in Österreich handelt es sich bei der dritten Kategorie also um Wien. Gemäß Hypothese 5 sollten Haushalte in Großstädten einem größeren Vermögensarmutsrisiko ausgesetzt sein.

Tatsächlich sind Haushalte in größeren Städten (ab 10.000 Einwohner\_innen) überproportional von Armut betroffen (Ausnahme: D4), während Haushalte aus Kleinstädten unterrepräsentiert sind (vgl. Tabelle 7). Zählt das Eigenheim zur Vermögensdefinition (Definition 1), so sind über 39 Prozent der vermögensarmen Haushalte in Wien angesiedelt. Der Anteil sinkt, je enger die Vermögensdefinition gefasst ist. Gerade umgekehrt verhält es sich in kleinen Orten, wo sich der Anteil der vermögensarmen Haushalte erhöht, wenn die Definition enger gefasst wird. Trotzdem bleibt der Prozentsatz über alle Definitionen hinweg relativ klein im Vergleich zur Population. Der Anteil der Haushalte aus mittelgroßen Städten streut über alle Definitionen vergleichsweise wenig und bleibt im Vergleich zur Grundgesamtheit leicht überproportional. Einzige Ausnahme ist Definition 4, wo auch mittelgroße Städte unterproportional vertreten sind. Die Haushalte die nach Definition 4 arm sind, wurden bereits als „harter Kern“ der Armutsbevölkerung bezeichnet – sie scheinen in hohem Maße in der Bundeshauptstadt konzentriert zu sein.

Nicht-arme Haushalte sind in Kleinstädten leicht überrepräsentiert, während ihr Anteil in Wien leicht unter jenem in der Bevölkerung liegt. Hypothese 5 kann somit auch in Bezug auf den Urbanisierungsgrad beibehalten werden: Haushalte in Großstädten sind häufiger von Vermögens-

armut betroffen. Auch Haushalte in mittelgroßen Städten sind überproportional vertreten, diese Kategorie umfasst allerdings ein sehr breites Spektrum von Einwohner\_innenzahlen.

Zur multivariaten Kontrolle des Einflusses des Urbanisierungsgrades fließen mittelgroße Städte und große Städte (d. h. Wien) in die Modelle ein und werden mit der Referenzkategorie der kleinen Orte (bis 10.000 Einwohner\_innen) verglichen. In der Literatur wurden Haushalte in Großstädten als besonders vermögensarmutsgefährdet identifiziert (z. B. Lerman und Mikesell 1988). Auch die deskriptiven Ergebnisse demonstrieren dies für Österreich: Haushalte in mittelgroßen Städten und in Wien sind häufiger von Armut betroffen als Haushalte in Kleinstädten. Für die Regressionsmodelle ist daher ebenfalls davon auszugehen, dass Haushalte in mittelgroßen Städten und in Wien ein höheres Risiko aufweisen, arm zu sein, als Haushalte in kleinen Städten.

### ***Erbschaft/Schenkung (inkl. Hauptwohnsitz, HW)***

Wie Fessler und Schürz (2015) jüngst gezeigt haben, sind erhaltene Erbschaften und Schenkungen die wichtigsten Quellen von Vermögen und stellen etwa die Bedeutung von Einkommen für die Vermögensbildung in den Schatten. Gerade in Österreich scheint dieser Effekt besonders ausgeprägt zu sein. Ein erhaltener intergenerationaler Transfer hat hier den gleichen Effekt auf die Position eines Haushalts in der Nettovermögensverteilung wie eine Einkommenserhöhung, welche die Position des Haushalts in der Einkommensverteilung um 52 Perzentile erhöht (vgl. ebd.: 30).

Folglich überraschen die in Tabelle 7 dargestellten Ergebnisse nicht. Vermögensarme Haushalte haben nur sehr selten geerbt oder Schenkungen erhalten, während die nicht-armen Komplementärgruppen diese Zuwendungen überdurchschnittlich häufig genossen haben. Besonders betroffen sind wiederum Haushalte, die nach Definition 4 arm sind. Nur rund 8 Prozent der armen Haushalte nach dieser Definition haben je geerbt oder eine Schenkung erhalten; ähnlich gering ist der Anteil bei Definition 1. Der

Anteil steigt über Definition 2 (14 %) bis Definition 3 auf rund 17 Prozent und damit auf knapp weniger als die Hälfte des Anteils in der Gesamtbevölkerung. Einkommensarme Haushalte haben die Frage nach Erbschaften bzw. Schenkungen zu rund 27 Prozent positiv beantwortet, also weitaus seltener als der Durchschnitt der gesamten Stichprobe, gleichzeitig aber auch viel häufiger als die vermögensarmen Haushalte.

Für die logistischen Regressionen wird erwartet, dass eine erhaltene Erbschaft oder Schenkung das Risiko, ein armer Haushalt zu sein, markant reduziert. Dieser Prädiktor ist als Dummy codiert: Erbschaft/Schenkungen erhalten = 1, Keine Erbschaft/Schenkungen erhalten = 0.

**Tabelle 7 – Soziodemographische Charakteristika armer Haushalte – Haushalt**

	arm (D1)	arm (D2)	arm (D3)	arm (D4)	arm (D5)	Population
<b>Haushaltsgröße</b>						
Eine Person	60	62	58	64	55	39
Zwei Personen	21	20	25	15	23	35
Drei Personen	7	7	9	8	8	11
Vier Personen	6	5	4	2	5	9
Fünf+ Personen	5	5	4	11	9	7
<i>Summe</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>
<b>m<sup>2</sup> Hauptwohnsitz pro Kopf</b>						
Mittelwert	48	52	54	46	59	59
Median	44	45	48	41	50	50
<b>Urbanisierung</b>						
Bis 10.000	33	37	43	28	46	51
10.000 bis 1 Mio.	28	27	30	24	28	26
Über 1 Mio. Einwohner_innen	39	36	28	39	25	23
<i>Summe</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>
<b>Erbschaft/ Schenkung erhalten (inkl. Hauptwohnsitz)</b>						
Ja	9	14	17	8	27	35
Nein	91	86	83	92	73	65
<i>Summe</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>

D1: Nettovermögen < 3.321 EUR; D2: Nettovermögen – Hauptwohnsitz-Immobilie < 3.321 EUR;  
D3: Finanzvermögen < 3.321 EUR;  
D4: Nettovermögen < 3.321 EUR UND Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR;  
D5: Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR  
Quelle: HFCS Österreich 2010, eigene Berechnungen

## **Kredite**

Die deskriptiven Auswertungen haben gezeigt, dass arme Haushalte in Österreich überdurchschnittlich häufig verschuldet sind (vgl. Kapitel 5.2.5). Wie Müller und Schmidt (2015) zeigen, stammt die Verschuldung zu einem großen Teil aus Konsumkrediten. Um dies zu prüfen, werden Kredite für die Modelle in hypothekarisch besicherte und in unbesicherte (Konsum-)Kredite unterteilt. In die Modelle fließen Kredite als Dummies ein (offener Hypothekarkredit Ja/Nein; Konsumkredit Ja/Nein).

Es sei daran erinnert, dass Kredite das Netto-Vermögen reduzieren. Es ist daher für alle Definitionen, in denen das Nettovermögen verwendet wird (D1, D2 und D4) davon auszugehen, dass Schulden das Armutsrisiko prinzipiell erhöhen.

Die Aufteilung in zwei unterschiedliche Kreditarten sollte aber ein differenzierteres Bild ermöglichen, denn für die beiden Kreditarten werden unterschiedliche Vorzeichen erwartet. Hypothekarkredite dienen dem Kauf einer Immobilie und damit dem Vermögensaufbau, während unbesicherte Kredite den laufenden Konsum finanzieren, wenn das Einkommen zur Finanzierung nicht ausreicht. Folglich könnte die Existenz eines hypothekarisch besicherten Kredits das Risiko, vermögensarm zu sein, reduzieren, während ein Konsumkredit das Risiko erhöhen sollte. Die beiden Variablen sind binär codiert: 1 = Haushalt hat laufenden Hypothekarkredit/Konsumkredit, 0 = Haushalt hat keinen laufenden Hypothekarkredit/Konsumkredit.

### ***Einkommen und Vermögen***

Für die Modelle 1 bis 3 wird das Brutto-Einkommen des Haushalts als Prädiktor verwendet; für Definition 5 hingegen wird das Nettovermögen als erklärende Variable eingesetzt. Da sich die Armutsdefinitionen direkt aus den Vermögens- bzw. Einkommensvariablen errechnen, wären die Regressionsmodelle durch Aufnahme der Vermögens- bzw. Einkommensvariablen überspezifiziert und daher nicht zu berechnen. Aus diesem Grund wird auch keine der beiden Variablen in das Modell für Definition 4 aufgenommen.

Einkommen und Vermögen werden operationalisiert, indem die Haushalte nach Höhe des Einkommens bzw. Vermögens gereiht und in Einkommens- bzw. Vermögensquartile unterteilt werden. Als Vergleichsgruppe dient in den Modellen stets das unterste Einkommens- bzw. Vermögensquartil.

Einkommen ist eine wesentliche Quelle von Vermögen und Vermögen ist eine wesentliche Einkommensquelle. Zudem zeigte sich in der deskriptiven Analyse, dass sowohl das Einkommen vermögensarmer Haushalte als auch das Vermögen einkommensarmer Haushalte relativ gering ist (vgl. Abschnitt 5.2). Folglich wird erwartet, dass die Zugehörigkeit zu einem höheren Einkommens- bzw. Vermögensquartil das Risiko, arm zu sein, reduziert.

### 5.3.2 Ergebnisse der binären logistischen Regressionen

Tabelle A7 im Tabellenanhang zeigt die F-Statistik für jedes Modell. Der F-Test ist ein Test für das gesamte Modell und prüft, ob alle Prädiktoren gleichzeitig gleich Null sind. Diese Hypothese kann auf Basis des Tests für alle Basis- und erweiterten Modelle verworfen werden. STATA berechnet bei dem für multipel imputierte Datensätze notwendigen *miesestimate*-Befehl kein Pseudo-R<sup>2</sup>, weshalb dieses nicht angegeben werden konnte. In Tabelle 8 sind die fünf Modelle gegenübergestellt. Zur leichteren Interpretation der Ergebnisse werden in Tabelle 8 Odds-Ratios der berechneten Schätzer angegeben. Die Odds-Ratio einer erklärenden Variable gibt an, in welchem Ausmaß und in welche Richtung der Prädiktor das Risiko einer Zustandsveränderung von „nicht-arm“ auf „arm“ beeinflusst. Odds-Ratios können Werte zwischen 0 und  $\infty$  annehmen. Eine Odds-Ratio von 1 bedeutet, dass der Prädiktor das Eintrittswahrscheinlichkeitsverhältnis nicht beeinflusst. Eine Odds-Ratio von 0,5 (bzw. 1,5) bedeutet, dass die abhängige Variable das Risiko arm zu sein um 50 Prozent senkt (bzw. erhöht). Bei kategorialen und nominalskalierten Variablen wird hierfür eine Ausprägung einer erklärenden Variablen als Referenzkategorie gewählt, die übrigen Ausprägungen werden mit dieser Referenz verglichen.

Wie erwartet scheint die Armutsgefährdung mit dem Alter der Referenzperson erheblich zu fallen. Die erwartete Richtung ergibt sich in vier Modellen, allerdings wird die Variable nur in den ersten beiden Modellen signifikant. Gerade für Modell 4 wurde, basierend auf den Ergebnissen früher Studien, eine deutliche und signifikante Reduktion erwartet. Eine Odds-Ratio

von 0,950 (Modell 1) bedeutet, dass das Risiko arm zu sein um 5 Prozent *pro Lebensjahr* der Referenzperson sinkt. In Modell 5 wird – entgegen den Erwartungen – eine (statistisch nicht signifikante) Odds-Ratio größer 1 berechnet. Dies kann darauf hindeuten, dass höheres Alter der Referenzperson die Einkommens-Armutgefährdung erhöht. Die oben formulierte Hypothese kann für Vermögensarmut somit beibehalten werden. Dass nicht alle Ergebnisse signifikant sind, könnte durch die Kombination aus niedriger Fallzahl und hoher Prädiktorenanzahl begründet sein.

Die quadrierte Altersvariable ist hingegen in allen Modellen auf drei Stellen gerundet gleich 1. Zudem sind die Schätzer nicht signifikant – es kann also nicht nachgewiesen werden, dass die Armutgefährdung ab einem gewissen Alter wieder zunimmt. Dies widerspricht den Ergebnissen früherer Studien (z. B. Radner 1990), die einen solchen Effekt für kombinierte Armutsmaße fanden.

Das Geschlecht der Referenzperson zeigt keinen statistisch signifikanten Effekt. In Modell 3 ergibt sich für Frauen und Alleinerzieherinnen überhaupt ein (nicht signifikant) geringeres Armutsrisiko als für Männer. In den übrigen Modellen zeigt der Effekt jedoch in die erwartete Richtung und ist auch von relevanter Größe: Haushalte mit weiblichen Referenzpersonen haben ein höheres Armutsrisiko als Haushalte mit männlichen Referenzpersonen. Aufgrund der mangelnden statistischen Signifikanz kann die Hypothese jedoch nicht bestätigt werden.

Der Prädiktor „Alleinerzieherin“ ist mit dem Prädiktor „Frau“ gemeinsam zu interpretieren<sup>27</sup>. Hier zeigt sich, dass Alleinerzieherinnen ein wesentlich höheres und signifikantes Risiko aufweisen, einkommens- und kombiniert arm zu sein, als Haushalte mit männlichen Referenzpersonen (Modelle 4 und 5). In diesen Modellen ist das Risiko über acht- bzw. über fünfmal so hoch wie für Haushalte in denen die Referenzperson ein Mann ist. Offensichtlich spielt die Merkmalskombination weiblich und alleinerziehend für die aktuelle

---

<sup>27</sup> D. h.: Die Effekte sind zu addieren. Z. B. Modell 1: Die Odds-Ratio für Frauen beträgt 1,239 – sie haben ein 23,9 Prozent höheres Risiko, arm zu sein, als Männer. Die Odds-Ratio für den Prädiktor Alleinerzieherin beträgt 1,539. Alleinerzieherinnen haben ein um 77,8 (23,9 + 53,9) Prozent höheres Risiko als Männer.

Einkommenssituation eine bedeutende Rolle, während sie für die Vermögenssituation hier nicht nachgewiesen werden kann.

**Tabelle 8 – Einflussfaktoren auf das Armutsrisiko**

Referenzperson	D1	D2	D3	D4	D5
Alter	0.950* (0.0268)	0.957* (0.0243)	0.966 (0.0233)	0.998 (0.0480)	1.020 (0.0302)
Alter <sup>2</sup>	1.000 (0.000276)	1.000 (0.000251)	1.000 (0.000243)	1.000 (0.000472)	1.000 (0.000284)
<i>Ref.: Mann</i>					
Frau	1.239 (0.265)	1.254 (0.252)	0.833 (0.121)	1.369 (0.370)	1.251 (0.225)
<i>Ref.: Mann</i>					
Alleinerzieherin	1.539 (0.749)	1.395 (0.666)	0.843 (0.367)	8.013*** (6.333)	5.072*** (2.261)
<i>Ref.: Sekundärer Abschluss</i>					
Kein/Primärer Bildungsabschluss	2.500*** (0.571)	3.138*** (0.683)	2.193*** (0.406)	3.284*** (0.993)	2.876*** (0.547)
Tertiärer Bildungsabschluss	0.814 (0.326)	0.821 (0.293)	0.630* (0.172)	0.881 (0.511)	0.691 (0.196)
<i>Ref.: Unselbständig</i>					
Selbstständig	0.663 (0.330)	0.827 (0.365)	1.094 (0.356)	3.618 (3.320)	3.311*** (1.272)
Arbeitslos	1.269 (0.447)	1.157 (0.406)	1.204 (0.348)	7.761*** (3.984)	6.342*** (2.108)
In Rente	1.227 (0.316)	1.395 (0.400)	1.058 (0.257)	4.461*** (2.476)	2.989*** (0.878)
Sonstiges <sup>a</sup>	1.829* (0.587)	1.836** (0.560)	1.618 (0.490)	12.43*** (5.808)	6.070*** (1.709)
<i>Ref.: in AUT geboren</i>					
Migrant_in	1.938** (0.568)	2.029*** (0.549)	1.800*** (0.399)	2.712*** (1.019)	1.834*** (0.425)

Logistische Regression

Standardfehler in Klammern

\*\*\* p<0,01; \*\* p<0,05; \* p<0,1

<sup>a</sup> Sonstiges: Mutterschutz; Karenz; länger krank; Schule; Studium; unbezahltes Praktikum; dauerhaft berufsunfähig; Wehr- oder Zivildienst; freiwilliges soziales Jahr; Hausfrau/-mann; Sonstige

D1: Nettovermögen < 3.321 EUR; D2: Nettovermögen – Hauptwohnsitz-Immobilie < 3.321 EUR;

D3: Finanzvermögen < 3.321 EUR; D4: Nettovermögen < 3.321 EUR UND Haushalts-Bruttoeinkommen (pro

Monat) < 1.107 EUR; D5: Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR

Quelle: HFCS Österreich 2010, eigene Berechnungen

Referenzpersonen mit niedriger Bildung erhöhen erwartungsgemäß das Risiko des Haushalts arm zu sein – am stärksten ist dieser Effekt in Modell 4. Haushalte mit Referenzpersonen, die über keinen bzw. nur einen primären Bildungsabschluss verfügen, haben ein über 3,28-mal so großes Risiko, arm nach Definition 4 zu sein. Es gibt auch Indizien dafür, dass ein tertiärer Bildungsabschluss das Risiko, arm zu sein, senkt, denn die Odds-Ratios sind durchwegs kleiner 1. Die Ergebnisse für hochgebildete Personen sind jedoch nur in Modell 3 signifikant. In diesem Modell reduziert ein Universitäts- oder vergleichbarer Abschluss die Armutsgefährdung um circa 37 Prozent. Die Hypothese zum Bildungsniveau der Referenzperson kann also beibehalten werden: Keine oder primäre Bildung erhöht das Armutsrisiko substantiell und tertiäre Bildung dürfte die Armutsgefährdung reduzieren, auch wenn der Effekt hier – vielleicht aufgrund niedrigerer Fallzahlen – weniger eindeutig ist.

Der Berufsstatus der Referenzperson hat große Bedeutung für jene Modelle, in welchen die Armutsschwelle ausschließlich oder zum Teil über das Haushaltseinkommen definiert ist (Modelle 4 und 5). Die Vergleichsgruppe der unselbstständig Beschäftigten hat das mit Abstand geringste Risiko, brutto-einkommensarm zu sein. Arbeitslosigkeit und Sonstiger Berufsstatus erhöhen die Armutsgefährdung nach dieser Definition am stärksten, aber auch selbstständig Beschäftigte sehen sich einem mehr als dreimal so hohen Risiko gegenüber, einkommensarm zu sein, wie Unselbstständige. Die Größe des Effekts der selbstständigen Beschäftigung ist durchaus überraschend, zumal Selbstständige gemäß der deskriptiven Auswertung in Kapitel 5.3.1 unter den armen Populationen unterrepräsentiert sind. Auch in Modell 4 ist der berechnete Effekt für selbstständig Beschäftigte groß (Odds-Ratio: 3,618), er ist jedoch nicht signifikant. Die übrigen Schätzer sind in Modell 4 größer als in Modell 5. Für die reinen Vermögensarmutsmodelle 1 bis 3 scheint der Berufsstatus der Referenzperson von geringerer Bedeutung zu sein. Einzig der Prädiktor „Sonstiger Berufsstatus“ weist aus diesem Variablenblock auch bei zwei vermögensbezogenen Armutsdefinitionen (Modell 1 und 2) signifikante Werte auf. Zu dieser Gruppe zählen Referenzpersonen in Mutterschutz, Karenz, längerer Krankheit, Präsenz- oder Zivildienst, Praktikant\_innen etc. Der Berufsstatus

scheint also das Risiko, vermögensarm zu sein, nur zu beeinflussen, wenn die Referenzperson einer sehr niedrig oder unbezahlten Tätigkeit nachgeht. Größere Bedeutung hat der Berufsstatus hingegen für das Einkommen des Haushalts.

Insofern kann die Hypothese zu diesem Prädiktor nur zum Teil beibehalten werden. Selbstständige scheinen entgegen der Hypothese ein höheres Einkommensarmutsrisiko zu haben als unselbstständig Beschäftigte. Entsprechend der Hypothese sind Rentner\_innen und Arbeitslose höheren Einkommensarmutsrisiken ausgesetzt. Die Hypothese trifft jedoch nicht auf die Vermögensarmutsgefährdung dieser beiden Gruppen zu. Für Vermögensarmut scheint der Berufsstatus von mäßiger Bedeutung zu sein, die Hypothese kann nur für Berufsstatus „Sonstige“ bestätigt werden.

Die Hypothese über den Migrationsstatus der Referenzperson kann ohne Einschränkungen beibehalten werden. Haushalte mit nach Österreich migrierten Referenzpersonen haben in allen Modellen wie erwartet ein deutlich höheres Risiko, arm zu sein, als Haushalte mit in Österreich geborenen Referenzpersonen. Die Chance ist 1,8- (Modell 3) bis 2,71-mal (Modell 4) erhöht.

Die Größe des Haushalts weist zahlreiche signifikante und der Hypothese entsprechende Effekte auf: Die Referenzgruppe der Ein-Personen-Haushalte ist in allen Modellen die am stärksten armutsgefährdete Subpopulation. Haushaltsgrößen mit zwei bis vier Personen haben im Vergleich zu Single-Haushalten in allen Modellen ein deutlich geringeres Risiko, ein armer Haushalt zu sein, die Schätzer sind in Modell 2 und 3 allerdings nicht signifikant. Bei sehr großen Haushalten mit fünf und mehr Personen sind die Ergebnisse nur in Modell 4 signifikant. In diesem Modell haben große Haushalte ein geringeres Risiko, arm zu sein, als Ein-Personen-Haushalte. Auch in den drei Modellen mit Vermögensarmutsdefinitionen zeigen die nicht signifikanten Schätzer in die gleiche Richtung, in Modell 5 wird jedoch eine nicht-signifikante Odds-Ratio von 1,543 berechnet – sehr große Haushalte hätten dann ein höheres Risiko, einkommensarm zu sein, als Ein-Personen-Haushalte. Die Hypothese, dass alleine lebende Personen

besonders hohen Vermögensarmutsrisiken ausgesetzt sind, kann also beibehalten werden. Selbst große Haushalte dürften geringere Armutsrisiken haben (diese sind jedoch statistisch nicht signifikant). Anders stellt sich die Situation für einkommensarme Haushalte dar, hier könnten sehr große Haushalte (5+ Mitglieder) höheren Risiken ausgesetzt sein als Ein-Personen-Haushalte.

Der Prädiktor Größe des Hauptwohnsitzes (in Quadratmeter pro Kopf) weist für die Vermögensarmutsdefinitionen signifikante und der Hypothese entsprechende Ergebnisse auf. Vermögensarme Haushalte leben also, auch für alle anderen Variablen kontrolliert, in kleineren Hauptwohnsitzen. In Modell 5 ist der Schätzer hingegen größer 1 und nicht signifikant. Wie bereits erwähnt darf der gefundene Effekt – wie generell bei logistischen Regressionen – nicht kausal interpretiert werden. Das Ergebnis unterstreicht eher die Bedeutung von Immobilieneigentum als Vermögenskomponente sowie die relativ zur Bevölkerung schlechtere Wohnsituation vermögensarmer Haushalte.

Die unabhängige Variable Urbanisierung zeigt, dass in allen Modellen Haushalte in mittelgroßen Städten und in Wien einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt sind als jene in der Referenz-Ortsgröße kleiner Städte mit weniger als 10.000 Einwohner\_innen. Der Effekt für mittlere Städte ist jedoch nur in Modell 4 signifikant, wo die Chance um rund 72 Prozent höher ist als für die Referenzgruppe. Bedeutender ist der Effekt für Haushalte in Wien. Dieser ist in den Modellen 1, 2 und 4 groß (Odds-Ratios: M1: 2,572; M2: 2,116; M4: 1,975) und signifikant. In Modell 3 stimmt die Richtung mit der Erwartung überein, der Schätzer ist jedoch statistisch nicht signifikant. Für Modell 5 ergaben sich keine signifikanten Effekte und der Schätzer widerspricht den Erwartungen. Die formulierte Hypothese kann also zum Teil beibehalten werden: Haushalte in mittleren Städten und in Wien sind besonders hohen Vermögensarmutsrisiken ausgesetzt. Kein signifikanter Zusammenhang ergibt sich andererseits zwischen Urbanisierungsgrad und Einkommensarmut.

**Tabelle 8 – Einflussfaktoren auf das Armutsrisiko (Forts.)**

Haushalt	D1	D2	D3	D4	D5
<i>Ref.: 1-Personen-HH</i>					
Zwei Personen	0.383*** (0.106)	0.422*** (0.1000)	0.597** (0.132)	0.102*** (0.0452)	0.461*** (0.0985)
Drei Personen	0.429** (0.165)	0.595 (0.199)	0.823 (0.267)	0.166*** (0.0930)	0.542** (0.163)
Vier Personen	0.364** (0.184)	0.416* (0.198)	0.398** (0.161)	0.0237** (0.0381)	0.621 (0.242)
Fünf und mehr Personen	0.320 (0.223)	0.380 (0.238)	0.510 (0.239)	0.245** (0.172)	1.543 (0.654)
m <sup>2</sup> -Anzahl/Kopf des HW	0.980*** (0.00712)	0.989** (0.00519)	0.990*** (0.00358)	0.977** (0.0105)	1.002 (0.00279)
<i>Ref.: Orte &lt; 10.000 Einwohner_innen</i>					
Ort 10.000 bis 1 Mio. Einwohner_innen	1.151 (0.248)	1.029 (0.226)	1.090 (0.236)	1.724* (0.564)	1.101 (0.204)
Ort über 1 Mio. Einwohner_innen	2.577*** (0.633)	2.116*** (0.504)	1.180 (0.241)	1.975** (0.680)	0.910 (0.200)
<i>Ref.: nicht erhalten</i>					
Erbschaft/Schenkung erhalten (inkl. HW)	0.220*** (0.0638)	0.404*** (0.0825)	0.468*** (0.0739)	0.220*** (0.0953)	1.078 (0.185)
<i>Ref.: kein</i>					
<i>Hypothekarkredit</i>					
Hypothekarkredit	0.380 (0.519)	0.449* (0.192)	0.873 (0.240)	- -	0.686 (0.221)
<i>Ref.: kein unbesicherter Kredit</i>					
Unbesicherter Kredit	5.349*** (1.195)	5.778*** (1.196)	1.969*** (0.335)	2.085** (0.711)	0.754 (0.174)

Logistische Regression

Standardfehler in Klammern

\*\*\* p<0,01; \*\* p<0,05; \* p<0,1

<sup>a</sup> Sonstiges: Mutterschutz; Karenz; länger krank; Schule; Studium; unbezahltes Praktikum; dauerhaft berufsunfähig; Wehr- oder Zivildienst; freiwilliges soziales Jahr; Hausfrau/-mann; Sonstige

D1: Nettovermögen < 3.321 EUR; D2: Nettovermögen – Hauptwohnsitz-Immobilie < 3.321 EUR;

D3: Finanzvermögen < 3.321 EUR; D4: Nettovermögen < 3.321 EUR UND Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR; D5: Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR

Quelle: HFCS Österreich 2010, eigene Berechnungen

Erhaltene Erbschaften und Schenkungen führen zu einer deutlichen Reduktion des Risikos, vermögensarm bzw. gleichzeitig vermögens- und einkommensarm zu sein. Die Reduktion beträgt zwischen rund 60 (Modell 2) und 78 Prozent (Modell 1 und 4). Da Erbschaften und Schenkungen die bedeutendste Vermögensquelle sind, war dieser Effekt zu erwarten und die oben formulierte Hypothese kann in Bezug auf Vermögensarmut bestätigt werden. Auf Einkommensarmut scheinen Erbschaften/Schenkungen hingegen keinen Einfluss zu haben, es konnte in Modell 5 kein signifikanter Effekt berechnet werden.

Die beiden Kredit-Dummyvariablen zeigen die erwartete Richtung: Hypothekarkredite reduzieren das Risiko, arm zu sein – allerdings ist nur das Ergebnis für Modell 2 signifikant, in welchem das Risiko um rund 55 Prozent sinkt<sup>28</sup>. Ein unbesicherter Kredit erhöht das Risiko, arm zu sein, stark. In den Modellen 1 und 2 führt ein unbesicherter Kredit zu einem über fünfmal so hohen Risiko für den Haushalt, arm zu sein – es handelt sich also um einen wesentlich stärkeren Effekt als die Effekte des Urbanisierungsgrades oder der Bildung der Referenzperson. Geringer, aber immer noch beträchtlich, ist der Effekt für vermögensarme Haushalte nach den Definitionen 3 und 4. Die formulierte Hypothese zu Krediten kann für Vermögensarmut weitgehend bestätigt werden: Konsumkredite erhöhen das Risiko, arm zu sein, substantiell, für Hypothekarkredite finden sich Indizien, dass diese das Vermögensarmutsrisiko senken und zur Vermögensakkumulation verwendet werden. Auf die Brutto-Einkommensarmut scheinen Kredite keine Wirkung zu haben, die Ergebnisse sind nicht signifikant.

---

<sup>28</sup> In Modell 4 konnte der Einfluss eines bestehenden Hypothekarkredits nicht geprüft werden, da nur in zwei der fünf Imputationssamples Haushalte mit solchen Krediten vorhanden waren. Die Variable wurde daher aus diesem Modell entfernt.

**Tabelle 8 – Einflussfaktoren auf das Armutsrisiko – (Forts.)**

Haushalt	D1	D2	D3	D4	D5
<i>Ref.: erstes Einkommensquartil</i>					
Zweites Einkommensquartil	0.319*** (0.0783)	0.316*** (0.0744)	0.347*** (0.0644)	-	-
Drittes Einkommensquartil	0.242*** (0.0722)	0.226*** (0.0610)	0.235*** (0.0530)	-	-
Viertes Einkommensquartil	0.142*** (0.0554)	0.124*** (0.0466)	0.0713*** (0.0340)	-	-
<i>Ref.: erstes Vermögensquartil</i>					
Zweites Vermögensquartil	-	-	-	-	0.427*** (0.0987)
Drittes Vermögensquartil	-	-	-	-	0.418*** (0.118)
Viertes Vermögensquartil	-	-	-	-	0.200*** (0.0697)
Konstante	3.754* (2.843)	2.015 (1.315)	5.073*** (3.159)	0.104* (0.124)	0.130*** (0.0949)
Beobachtungen	2,380	2,380	2,380	2,380	2,380

Logistische Regression

Standardfehler in Klammern

\*\*\* p<0,01; \*\* p<0,05; \* p<0,1

<sup>a</sup> Sonstiges: Mutterschutz; Karenz; länger krank; Schule; Studium; unbezahltes Praktikum; dauerhaft berufsunfähig; Wehr- oder Zivildienst; freiwilliges soziales Jahr; Hausfrau/-mann; Sonstige

D1: Nettovermögen < 3.321 EUR; D2: Nettovermögen – Hauptwohnsitz-Immobilie < 3.321 EUR;

D3: Finanzvermögen < 3.321 EUR; D4: Nettovermögen < 3.321 EUR UND Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR; D5: Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR

Quelle: HFCS Österreich 2010, eigene Berechnungen

Durchwegs hochsignifikante und der Hypothese entsprechende Ergebnisse weisen die Variablen auf, in denen die Zugehörigkeit zu einem Einkommens- bzw. Vermögensquartil als Prädiktor verwendet wird. Für die Modelle 1 bis 3 ist die Position in der Brutto-Einkommensverteilung die unabhängige Variable. Es zeigt sich in diesen Modellen das folgende Bild: die Zugehörigkeit zum zweiten Einkommensquartil reduziert das Risiko, vermögensarm zu sein, eklatant (M1: –68,1 %; M2: –68,4 %; M3: –65,3 %). Auch Zugehörigkeit zu den beiden darüber liegenden Quartilen verringert das Risiko, allerdings in wesentlich geringerem Ausmaß. Ein ähnliches Ergebnis liefert Modell 5, bei dem die Position in der Nettovermögens-Verteilung verwendet wird. Hier ist der Unterschied zwischen erstem und zweitem Quartil sehr groß, zwischen zweitem und drittem Quartil minimal und zwischen

drittem und viertem wieder etwas größer. Zusammengenommen bedeutet dies, dass Haushalte im untersten Viertel der Einkommens- bzw. Vermögensverteilung der bei weitem größten Armutsgefährdung ausgesetzt sind. Schon der Aufstieg in das nächste Quartil der Verteilung ist aber ausreichend, um die Armutsgefährdung enorm zu verringern. Der Einfluss von Vermögen und Einkommen auf die Armutsgefährdung nimmt dann aber ab, je höher die Position in der Verteilung bereits ist.

### **5.3.3 Conclusio**

In diesem Kapitel wurde der Einfluss zahlreicher Charakteristika auf das Armutsrisiko geprüft. Die logistischen Regressionen konnten die auf Basis der deskriptiven Analyse formulierten Erwartungen weitgehend bestätigen, offenbarten aber Unterschiede zwischen Vermögensarmut und Einkommensarmut. Offensichtlich sind die beiden Armutsformen zum Teil von unterschiedlichen Merkmalen beeinflusst.

Die Ergebnisse zeigen, dass auf Personenebene die Merkmale Alter, Migrationshintergrund und Bildung von großer Bedeutung für die Vermögensarmutsgefährdung sind. Andere „klassische“ Personenmerkmale wie Geschlecht und Berufsstatus sind hingegen bei den Vermögensarmutsdefinitionen nur eingeschränkt wirksam. Auch die quadrierte Altersvariable spielte wider Erwarten keine Rolle. Gerade die überraschenden Ergebnisse für Frauen und Alleinerzieherinnen sollten in etwaigen zukünftigen Arbeiten geprüft werden. In dem Modell zur Einkommensarmut zeigen mehr Personenvariablen einen signifikanten Einfluss als bei den Modellen 1 bis 4. Hier sind auch die Variablen „Alleinerzieherin“ sowie Berufsstatus wirksam und statistisch signifikant.

Auch auf Ebene der Haushaltsvariablen zeigen sich Unterschiede zwischen Vermögens- und Einkommensarmut: Haushaltsgröße in Personen, Fläche des Hauptwohnsitzes (pro Kopf), Urbanisierung, Erbschaften bzw. Schenkungen und die untersuchten Kreditformen beeinflussen das Risiko,

vermögensarm zu sein, zum Teil sehr stark, während diese Variablen keine oder nur geringe Bedeutung für die Einkommensarmutsgefährdung aufweisen.

Die doppelt betroffene Gruppe nach Definition 4 weist Charakteristika beider Armutsformen auf. Das Modell zeigt sowohl Ähnlichkeiten mit den Vermögensarmuts-Modellen – weil etwa die Größe der Stadt oder Erbschaften/Schenkungen von Bedeutung sind – als auch mit Modell 5, das ähnliche Ergebnisse bei den Personenvariablen (Alleinerzieherinnen, Berufsstatus) liefert. Die Berücksichtigung des Vermögens zeichnet insofern ein detaillierteres Bild über die Situation armer Haushalte als die Einkommensarmutsdefinition alleine.

## Diskussion

Vermögensarmut ist in Österreich ein verbreitetes Phänomen. Die hier verwendeten Methoden beziffern die Vermögensarmutsquote mit mindestens 15,5 Prozent (Nettovermögensarmutsquote). Selbst wenn nettovermögensarme Haushalte ihr gesamtes Vermögen veräußern würden, würden sie ihre Grundbedürfnisse keine drei Monate lang befriedigen können. Fast ein Viertel (23,4 %) der österreichischen Haushaltsbevölkerung hat nicht genug Finanzvermögen, um drei Monate lang über der Armutsgrenze zu bleiben. 6,5 Prozent der Haushalte zählen zur Gruppe jener Haushalte die gleichzeitig von Einkommens- und Vermögensarmut betroffen sind (Definition 4) – in den Worten Lerman und Mikesells (1988) sind sie der „harte Kern“ der armen Bevölkerung. Sie haben sich im Rahmen der Analyse als die am schlechtesten gestellte Gruppe herausgestellt. Sie weisen geringe Partizipationsraten und niedrige Vermögensbestände auf. Gleichzeitig sind sie vergleichsweise hoch verschuldet und beziehen geringes Einkommen.

Mehrfach wurde in dieser Arbeit darauf hingewiesen, dass die Vertreter\_innen des Vermögensarmutskonzepts das gängige Verständnis von Armut durch die Berücksichtigung des Vermögens erweitern wollen. Die hier dargestellten Befunde zeigen, dass eine solche Ergänzung des Armutskonzepts sehr fruchtbar sein kann. Es wurde etwa gezeigt, dass die Position in der Vermögensverteilung und jene in der Einkommensverteilung in Österreich zum Teil auseinanderfallen. Das Einkommen alleine kann daher eine Betrachtung der Vermögenssituation nicht substituieren. Zwar zeigen einkommens- und vermögensarme Haushalte viele ähnliche sozio-demographische Charakteristika – so sind etwa Migrant\_innen generell hohen Armutsrisiken ausgesetzt –, im Detail lassen sich aber auch Unterschiede feststellen. Sowohl die deskriptiven Ergebnisse als auch die logistischen Regressionen haben demonstriert, dass nicht jedes Merkmal für beide Armutformen in gleichem Maße relevant ist. So scheint etwa der Berufsstatus die Vermögenssituation wenig zu beeinflussen, während er die Einkommenssituation maßgeblich bestimmt. Auch alleinerziehende Frauen konnten in dieser Arbeit nicht als Risikogruppe für Vermögensarmut

identifiziert werden, sehr wohl aber sind sie im Vergleich zu Männern erhöhten Einkommensarmutsrisiken ausgesetzt. Umgekehrt sind Erbschaften oder der Urbanitätsgrad des Hauptwohnsitzes für die Ausstattung mit Vermögen von höchster Relevanz, während kein Effekt auf die Generierung von Einkommen nachgewiesen wurde.

Abgesehen von diesen und anderen empirischen Befunden erscheint mir in diesem Zusammenhang noch ein politisches Argument von besonderer Bedeutung. Vermögen eröffnet Haushalten eine Vielzahl von Möglichkeiten – die hier diskutierte Bildung eines „Notgroschens“ für Krisenzeiten ist eine basale Vermögensfunktion<sup>29</sup>, aber es ist nur eine von vielen Funktionen. Anzahl und gesellschaftliche Relevanz der Vermögensfunktionen steigen mit der Größe des Vermögens. Die Funktionen reichen von der hier diskutierten Sicherungs- und Finanzierungsfunktion über die Einkommenserzielung bis hin zur Erhöhung des sozialen Status und zur Ausübung und Weitergabe von ökonomischer, sozialer und politischer Macht (vgl. Fessler et al. 2012: 28 f). Vermögen ist ein Indikator für die relative Position und die Möglichkeiten zur Mitbestimmung in einer Gesellschaft. Von diesen höheren Vermögensfunktionen bleiben vermögensarme Haushalte – und mangels Erbschaften auch ihre Nachkommen – ausgeschlossen. Der Mangel an Vermögen, dem vermögensarme Haushalte ausgesetzt sind, ist daher mehr als ein Mangel an ökonomischen Ressourcen. Er ist auch gleichbedeutend mit einem vererbbaaren Mangel an gesellschaftlicher und politischer Teilhabe.

Es überrascht nicht, dass das Vermögensarmutskonzept in den Vereinigten Staaten, einem Land mit vergleichsweise geringer sozialer Sicherung, erdacht wurde. Im Vergleich zu den USA ist der österreichische Wohlfahrtsstaat gut ausgebaut. Tálos und Kronauer (2011: 27) sehen gerade in der arbeits- und sozialrechtlichen Absicherung von Normalarbeitsverhältnissen die zentrale Aufgabe des österreichischen Wohlfahrtsstaates. Der Wohlfahrtsstaat schützt Arbeitnehmer\_innen vor dem „Entfall des Erwerbseinkommens bei Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit und im Alter“ (ebd.: 27). Wie Reinprecht (2011: 351) ferner festhält, tragen die

---

<sup>29</sup> Eine Darstellung der Vermögensfunktionen und ihrer Hierarchie findet sich beispielsweise in Fessler et al. (2012: 28 f) oder in Schürz (2014).

Transferleistungen des österreichischen Wohlfahrtsstaates dazu bei, „die distributiven Ungleichheiten in ihrem Ausmaß und ihrer Dynamik zu korrigieren und das Risiko, in eine Armutslage zu kommen, generell zu reduzieren.“ Längere Phasen ohne Einkommen werden also durch den Wohlfahrtsstaat abgedeckt, sodass der Liquidierung (bzw. der vorherigen Akkumulation) von Vermögen durch armutsgefährdete Personen und Haushalte sicher von geringerer Bedeutung ist, als dies in Wohlfahrtsstaaten des liberalen Typs – zu dem die USA zählen – der Fall ist. Dass wohlfahrtsstaatliche Ausgaben private Vermögensakkumulation tatsächlich substituieren, konnten Fessler und Schürz (2015) jüngst auch empirisch nachweisen.

Man könnte also meinen, dass die Berücksichtigung des Vermögens für die Armutsforschung in Österreich von geringer Bedeutung ist. Dem ist zu entgegnen, dass auch die Exklusion von Menschen, denen Erwerbsjahre oder ein entsprechendes Einkommen fehlen, zur Realität des Wohlfahrtsstaates gehört (vgl. Tálos und Kronauer 2011: 28). Gerade für diese Menschen ist ein Mangel an Vermögen besonders problematisch. Sie sind es, die „jede Verschlechterung der Lage unerbittlich ausbaden müssen, ohne dass Geldreserven sie auffangen und Privilegien sie schützen“, wie es Uwe Johnson im einleitenden Zitat zu dieser Arbeit (1980: 329) formuliert.

Angesichts des Bedeutungsverlustes des Normalarbeitsverhältnisses und der „Risikoabwälzung auf den Einzelnen“, die laut Reinprecht (2011: 357 f) nunmehr „an die Stelle des Versorgungs-, Absicherungs- und Umverteilungsprinzips“ des Wohlfahrtsstaats tritt, könnte *Asset Building* als sozialpolitisches Programm – wie es schon von Sherraden (1991) bzw. Oliver und Shapiro (1996/2007) vorgeschlagen wurde – auch in Europa nicht nur wünschenswert, sondern eine Notwendigkeit werden. Vermögensakkumulation als sozialstaatliches Programm ist aus meiner Sicht dennoch ambivalent zu bewerten. Private Vorsorge kann sicher angespannte öffentliche Haushalte entlasten bzw. potenziell Gelder für andere (sozial-)staatliche Aktivitäten freierwerden lassen. Zudem mag sie Menschen im Sinne eines *Empowerment* vor der Notwendigkeit schützen, sozialstaatliche Leistungen überhaupt in Anspruch nehmen zu müssen. In Anlehnung an

Simmel (1992), der Armut als auf die *Armenunterstützung* folgende Zuschreibung durch die Gesellschaft beschrieb, könnte man attestieren, dass Vermögen die Menschen davor bewahren kann, überhaupt erst „in einen durch die Armut charakterisierten Kreis ein(zutreten)“ (Simmel 1992: 553). Vermögensakkumulation schützt damit auch vor den potenziell negativen Aspekten staatlicher Unterstützung: vor „einseitiger Abhängigkeit“, „sozialer Kontrolle“ (Tálos und Kronauer 2011: 24) sowie Exklusion und Deklassierung (vgl. Verwiebe 2011b: 6).

Trotzdem erscheint mir die Forderung, bedürftige Menschen mögen ihr ohnehin knappes Einkommen verwenden, um zu sparen, weder realistisch noch den Daten entsprechend – denn in dieser Arbeit wurde gezeigt, dass vermögensarme Haushalte vergleichsweise wenig verdienen und keine nennenswerten Erbschaften oder Schenkungen erhalten. Der Zugang zu den wichtigsten Vermögensquellen ist ihnen also versperrt.

Schließlich birgt eine Fokussierung auf die Förderung von *Asset Building* zur Armutsvermeidung die Gefahr, dass die gesellschaftliche Verantwortung für Armut und die Lösung der sich daraus ergebenden Problemlagen individualisiert werden und damit auch dem Abbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen Vorschub geleistet wird. Profitieren können daraus zunächst Banken und Finanzdienstleister – eröffnen sich ihnen doch bislang nicht bediente Kund\_innensegmente.

Vor allem für die USA existiert bereits eine breite und tiefe Literatur empirischer Arbeiten über Vermögensarmut. Mit dem HFCS liegt im Euroraum nun erstmals ein ex ante standardisierter Datensatz vor, der es in Zukunft ermöglichen wird, die Vermögenssituation armer Haushalte zu verschiedenen Zeitpunkten und europaweit vergleichend zu analysieren. Zudem wird es möglich sein etwaige nationale Unterschiede in den Charakteristika vermögensarmer Haushalte herauszuarbeiten. Aufgrund der verbesserten Datenlage und des öffentlichen Interesses an Studien zum Vermögen der Haushalte ist damit zu rechnen, dass Vermögensarmutskonzepten in Zukunft auch in Europa noch mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Der HFCS bietet eine Vielzahl

verschiedenster Personen- und Haushaltsmerkmale an, die bislang noch nicht vergleichend ausgewertet wurden. Einige dieser Daten wurden in der vorliegenden Arbeit erstmals für Österreich ausgewertet. Da der Rahmen einer Masterarbeit jedoch begrenzt ist, mussten einige Ergebnisse zur Soziodemographie der Haushalte in den Tabellenanhang verschoben werden.

Damit sich Vermögensarmut als komplementäres Maß zu anderen Armuts- bzw. Deprivationskonzepten etablieren kann und echte Vergleichbarkeit erzielt werden kann, erscheint mir die Herstellung eines Konsenses über die Definition von Vermögensarmut als zentrale Herausforderung für folgende Forschungsarbeiten. Dies kann nur durch die Publikation weiterer konzeptioneller Studien geleistet werden, in denen die konkurrierenden Konzepte (z. B. Transformation des Vermögens in Einkommen vs. multidimensionales Konzept) und ihre konkrete Gestaltung (z. B. die Breite der Vermögensdefinition) getestet und auf ihre Sensitivität geprüft werden.

Für weitere empirische Forschungen besonders lohnend erscheint des Weiteren eine Untersuchung der Strategien, die arme Haushalte anwenden, um Liquiditätsengpässe zu überbrücken. Eine erste Annäherung an diese Frage erfolgt im Anhang dieser Arbeit in erweiterten logistischen Regressionsmodellen, die ebenfalls im Anhang dieser Arbeit dargestellt sind. Darüber hinaus wäre eine genauere Untersuchung des Finanzvermögens vermögensarmer Haushalte von Interesse. In dieser Arbeit wurde gezeigt, dass vermögensarme Haushalte im Vergleich zur Bevölkerung relativ häufig Forderungen gegenüber anderen Haushalten haben. Zu untersuchen wäre unter anderem, gegenüber wem diese Forderungen bestehen, zu welchen Konditionen sie vergeben wurden und aus welchen Gründen sie entstanden sind.

Auch die Anreicherung quantitativer Ergebnisse mit qualitativen Elementen, wie es Oliver und Shapiro (1997/2006) in ihrer richtungsweisenden Studie bereits vorgezeigt haben, wäre für mögliche zukünftige Arbeiten von Interesse. Es gilt beispielsweise zu analysieren, was es für vermögensarme Haushalte bedeutet, vermögensarm zu sein, bzw. ob und wie

sich Vermögensarmut auf ihren Alltag auswirkt. Wie schätzen vermögensarme Haushalte ihre eigene relative Vermögensposition ein? Welche Fremd- und Selbstzuschreibungen werden gegenüber vermögensarmen Haushalten getätigt? Gibt es Strategien, die es armen Haushalten ermöglichen, Vermögen zu akkumulieren und ihr Vermögen in sozialen Status und gesellschaftliche Mitbestimmung zu transformieren? Die Möglichkeiten zukünftiger Studien sind vielfältig. Es ist zu hoffen, dass die gerade in Österreich immer noch bestehende Forschungslücke in den kommenden Jahren gefüllt wird.

## Anhang

### Berechnung der Armutsgrenze

Bevölkerungs-Medianeinkommen/Monat	=	1.845 EUR
	× 0,6	= 1.107 EUR
	× 3 Monate	= <u>3.321 EUR</u>

### Armutdefinitionen

Definition 1 ... Nettovermögen < 3.321 EUR

Definition 2 ... Nettovermögen – Wert der Hauptwohnsitz-Immobilie  
< 3.321 EUR

Definition 3 ... Finanzvermögen < 3.321 EUR

Definition 4 ... Nettovermögen < 3.321 EUR UND Brutto-Haushaltseinkommen  
(pro Monat) < 1.107 EUR

Definition 5 ... Brutto-Haushaltseinkommen (pro Monat) < 1.101 EUR

## Erweiterte Regressionsmodelle

In diesem Anhang werden die im Hauptteil der Arbeit vorgestellten binären logistischen Regressionsmodelle durch Variablen ergänzt, die Auskunft darüber geben, welche Strategien die Haushalte gegebenenfalls zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen wählen (vgl. Tabelle A2/Tabellenanhang, „Ausgaben in den letzten 12 Monaten“ und „Kompensation für fehlendes Einkommen“).

Die Respondent\_innen wurden gefragt, ob ihre Ausgaben in den letzten zwölf Monaten höher, ungefähr gleich hoch oder geringer waren als ihr Haushaltseinkommen. Es zeigt sich, dass arme Haushalte weitaus häufiger mit solchen Liquiditätsengpässen konfrontiert sind als der Durchschnitt der Bevölkerung. Egal welche Definition man heranzieht, rund 15 bis 17 Prozent der armen Subpopulationen können mit dem verfügbaren Einkommen den Alltag nicht finanzieren. Auch der Anteil derjenigen Haushalte, die angeben, dass die Ausgaben ungefähr gleich hoch waren wie das Einkommen, liegt deutlich über dem Bevölkerungsdurchschnitt. Die nicht-armen Haushalte zeigen natürlich erneut das gegengleiche Bild, ihr Einkommen reicht häufiger zur Deckung der Konsumausgaben.

Jene Haushalte, bei welchen die Ausgaben über den Einkommen lagen, wurden sodann gefragt, welche Strategien sie anwandten, um diese Lücke zu schließen. Die Antwortmöglichkeiten waren: Vermögen veräußert; Kreditkarte/Konto überzogen; Kredit aufgenommen; Rückgriff auf Ersparnisse; Hilfe von Verwandten/Freund\_innen; Rechnungen nicht bezahlt; Sonstige (Mehrfachantworten möglich).

Die meistgenannte Strategie in der Bevölkerung ist der Rückgriff auf Ersparnisse, gefolgt von Hilfe von Freund\_innen und Bekannten, Krediten und Kontoüberziehungen/Kreditkarten. Arme Haushalte können deutlich seltener auf Ersparnisse zurückgreifen, wenngleich diese Strategie auch bei diesen Gruppen am häufigsten genannt wurde. Überrepräsentiert sind die Inanspruchnahme des sozialen Netzwerks und Kontoüberziehungen (Ausnahmen: Kontoüberziehungen bei Definitionen 4 und 5), aber auch der

Verkauf von Vermögenswerten sowie das Nichtbezahlen offener Rechnungen wurden von den Referenzpersonen genannt. Auffällig ist ferner, dass arme Haushalte – vielleicht aufgrund fehlender Besicherungswerte (z. B. Immobilien) bzw. zu geringem Einkommen – seltener Kredite aufgenommen haben als nicht-arme Haushalte bzw. der Durchschnitt der Bevölkerung. Dies zeigt sich besonders deutlich bei der Gruppe der einkommensarmen Haushalte und daher auch bei armen Haushalten nach Definition 4. Hier gaben nur rund 5 bzw. 4 Prozent der Referenzpersonen an, in diesem Zeitraum Kredite aufgenommen zu haben (gegenüber rund 17 Prozent in der Bevölkerung bzw. 21 Prozent der nicht-einkommensarmen Haushalte und 28 Prozent der nicht-armen Komplementärgruppe nach Definition 4). Dieses Resultat mag auch darin begründet sein, dass arme Haushalte bereits verschuldet sind und ihnen keine weiteren Kredite gewährt werden.

Diese Variable wurde als Prädiktor für erweiterte logistische Regressionen ausgewählt, da sie eine klare Verbindung zum in dieser Arbeit verwendeten Vermögensarmutskonzept aufweisen. Zentrales Moment des multidimensionalen Vermögensarmutskonzepts ist die Verwendung von Vermögen zur Überbrückung von Phasen ohne Erwerbseinkommen und mithin eine der hier abgefragten Strategien. Die erweiterten Modelle prüfen also, welche Strategien arme Haushalte anwenden, um Liquiditätsengpässe zu meistern.

In die Regressionsmodelle fließen die Antworten als binär codierte Dummy-Variablen ein. Sie weisen – nicht zuletzt, weil davor eine Filtervariable gesetzt ist – geringe Fallzahlen auf. Aus diesem Grund wurden die Ausprägungen „Kredit aufgenommen“ und „Kreditkarte/Konto überzogen“ sowie „Vermögen veräußert“ und „Rückgriff auf Ersparnisse“ zu den neuen Variablen „Kredit aufgenommen“ und „Vermögen liquidiert“ aggregiert. Aus der deskriptiven Analyse war bereits ersichtlich, dass die Variable „Sonstige Kompensation für fehlendes Einkommen“ von der ohnehin schon kleinen Gruppe armer Haushalte nach Definition 4 kaum gewählt wurde. Diese Variable musste daher, aus den gleichen Gründen wie Hypothekarkredite (siehe oben), aus dem Modell entfernt werden.

Die erweiterten Modelle sind explorativ, weshalb keine Hypothesen bezüglich der Wirkungsrichtung formuliert werden. Es soll geprüft werden, ob und gegebenenfalls in welche Richtung die gewählten Strategien das Armutsrisiko beeinflussen.

Tabelle A8 im Tabellenanhang präsentiert die Ergebnisse der erweiterten Modelle. Auch für die erweiterten Modelle kann die Hypothese des F-Tests verworfen werden (vgl. Tabelle A7 im Tabellenanhang).

Alle Modelle reagieren sehr robust auf die Hinzunahme der zusätzlichen Prädiktoren. Einzig in den Modellen 1 und 2 verliert die Variable Alter die statistische Signifikanz, bei allen übrigen Variablen verändert sich höchstens das Signifikanzniveau (z. B. erhöht sich die Signifikanz in Modell 1 bei sonstigen Berufen und reduziert sich in Modell 5 bei Drei-Personen-Haushalten). Die neu aufgenommenen Variablen liefern leider kaum statistisch signifikante Ergebnisse. Trotzdem wird in Folge versucht, die Resultate zu interpretieren und einzuordnen.

Statistische Signifikanz wird einzig in Modell 3 für die Variable „Hilfe von Freund\_innen/Verwandten“ erreicht. Haushalte, die zur Überbrückung monetärer Engpässe Geld aus dem sozialen Umfeld geliehen haben, weisen in diesen Berechnungen ein 2,44-mal höheres Risiko auf, ein armer Haushalt nach Definition 3 (Finanzvermögensarm) zu sein, als Haushalte, die diese Möglichkeit nicht gewählt haben. Diese Variable hat in allen Modellen einen stark positiven Effekt, wird aber nur in Modell 3 signifikant<sup>30</sup>. Über die Gründe für diese Strategie kann nur spekuliert werden. Eine Erklärung wäre, dass ihr Finanzvermögen nicht ausreicht, um Einkommenseinbußen zu kompensieren – gerade bei armen Haushalten nach Definition 3 (bei der nur das Finanzvermögen in die Vermögensdefinition einfließt) scheint dies naheliegend. Etwasiges Realvermögen kann oder will nicht rasch liquidiert werden (Hauptwohnsitz-Immobilien) oder würde die Chancen auf zukünftige Erwerbseinkommen senken (Fahrzeuge). Der Zugang zu Krediten mag wegen

---

<sup>30</sup> In den erweiterten Modellen 1, 2 und 4 wird Signifikanz auf dem 90%-Niveau allerdings nur knapp nicht erreicht (Modell 1:  $p = 0,107$ ; Modell 2:  $p = 0,129$ ; Modell 4:  $p = 0,141$ ). Dies deutet darauf hin, dass höhere Fallzahlen den erwarteten Effekt auch signifikant machen würden.

mangelnder Bonität verbaut sein oder es müssen bereits laufende Kredite bedient werden. In diesem hypothetischen Szenario mag die Aktivierung des sozialen Netzwerks die einzig verbleibende Möglichkeit sein.

Für die übrigen Variablen kann auf Basis der Regressionen vermutet werden, dass eher einkommensarme Haushalte die Strategie „Vermögen liquidiert“ gewählt haben. Umgekehrt scheint die Variable „Kredit aufgenommen“ eher von vermögensarmen Haushalte gewählt worden zu sein. Die übrigen Variablen – Rechnungen nicht bezahlt und Sonstige – weisen widersprüchliche Ergebnisse auf, die keine Schlüsse zulassen.

Die mangelnde statistische Güte der Prädiktoren der erweiterten Modelle dürfte mit den geringen Fallzahlen für diese Variablen zusammenhängen. Da im Fragebogen vor diesen Variablen eine Filtervariable gesetzt wurde (vgl. Fragebogen, HFCS Austria 2010), ist die Anzahl der Referenzpersonen, welche die Fragen beantwortet haben, vergleichsweise gering. Alle anderen Haushalte – d. h. jene, die angaben, dass ihr Einkommen in den letzten zwölf Monaten mindestens gleich hoch war wie ihre Ausgaben – bekommen in der 0/1-kodierten Dummyvariable automatisch eine Null. Zudem sind die Regressionsmodelle durch die Hinzunahme weiterer erklärender Variablen schon sehr groß (D4: 24 Prädiktoren, D1, D3 und D5: 29 Prädiktoren).

## Tabellenanhang

Tabelle A1 – Soziodemographische Merkmale armer Haushalte: Referenzpersonen, Werte in Prozent

	D1		D2		D3		D4		D5		Population
	arm	nicht-arm									
<b>Alter</b>											
16 bis 24 Jahre	12	4	10	4	10	3	14	4	9	4	5
25^ bis 34 Jahre	20	13	19	13	19	13	14	14	12	15	14
35 bis 44 Jahre	21	18	18	18	16	19	18	18	17	19	18
45 bis 54 Jahre	15	21	15	21	15	22	14	20	16	21	20
55 bis 64 Jahre	16	20	17	20	17	20	23	19	21	19	19
65 bis 74 Jahre	9	15	11	15	14	14	11	15	14	14	14
75 + Jahre	8	9	10	9	10	9	6	9	11	9	9
<i>Summe</i>	<i>100</i>										
<b>Geschlecht</b>											
Männer	38	45	37	46	42	45	36	45	34	47	44
davon Alleinerzieher	1	1	1	1	1	0,4	3	0,5	1	1	1
Frauen	62	55	63	54	58	55	55	64	66	53	56
davon Alleinerzieherinnen	7	3	6	3	5	3	3	9	7	3	4
<i>Summe</i>	<i>100</i>										

138

D1: Nettovermögen < 3.321 EUR; D2: Nettovermögen – Hauptwohnsitz-Immobilie < 3.321 EUR;

D3: Finanzvermögen < 3.321 EUR; D4: Nettovermögen < 3.321 EUR UND Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR; D5: Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR

Quelle: HFCS Österreich 2010, eigene Berechnungen

Tabelle A1 – Soziodemographische Merkmale armer Haushalte: Referenzpersonen, Werte in Prozent (Forts.)

	D1		D2		D3		D4		D5		Population
	arm	nicht-arm									
<b>Bildung</b>											
Kein Abschluss und primärer Abschluss	31	16	34	14	31	14	41	16	38	14	18
Sekundärer Abschluss	62	70	58	71	62	70	52	70	55	71	68
Tertiärer Abschluss	7	15	7	15	6	16	7	14	7	15	14
<i>Summe</i>	<i>100</i>										
<b>Berufsstatus</b>											
Unselbstständig beschäftigt	41	44	37	44	37	45	18	45	23	48	43
Selbstständig	4	11	4	11	6	11	5	10	8	10	10
Arbeitslos	12	4	11	4	9	3	19	4	13	3	5
In Rente	31	36	37	35	37	35	38	35	42	34	35
Sonstige*	12	6	11	6	10	6	20	6	15	5	7
<i>Summe</i>	<i>100</i>										

\* Sonstige: Mutterschutz; Karenz; länger krank; Schule; Studium; unbezahltes Praktikum; dauerhaft berufsunfähig; Wehr- oder Zivildienst; freiwilliges soziales Jahr; Hausfrau/-mann; Sonstige  
D1: Nettovermögen < 3.321 EUR; D2: Nettovermögen – Hauptwohnsitz-Immobilie < 3.321 EUR;  
D3: Finanzvermögen < 3.321 EUR; D4: Nettovermögen < 3.321 EUR UND Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR; D5: Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR  
Quelle: HFCS Österreich 2010, eigene Berechnungen

Tabelle A1 – Soziodemographische Merkmale armer Haushalte: Referenzpersonen, Werte in Prozent (Forts.)

	D1		D2		D3		D4		D5		Population
	arm	nicht-arm									
<b>Migrations- hintergrund**</b>											
Ja	25	9	23	9	20	9	32	10	20	10	12
Nein	75	91	77	91	80	91	68	90	80	90	88
<i>Summe</i>	<i>100</i>										
<b>Familienstand</b>											
Ledig	38	22	36	23	35	22	39	24	30	24	25
Verheiratet und zusammenlebend	21	50	20	51	27	51	21	47	31	48	45
Verheiratet und getrennt lebend	2	2	2	2	3	2	3	2	2	2	2
Gesetzlich anerkannte, eheähnliche Gemeinschaft	2	2	1	3	1	3	0	3	1	3	2
Verwitwet	14	10	16	9	13	10	11	11	15	10	11
Geschieden	24	13	24	13	21	13	25	14	21	13	15
<i>Summe</i>	<i>100</i>										

\*\* Migrationshintergrund: Referenzperson selbst nach Österreich zugewandert?

D1: Nettovermögen < 3.321 EUR; D2: Nettovermögen – Hauptwohnsitz-Immobilie < 3.321 EUR;

D3: Finanzvermögen < 3.321 EUR; D4: Nettovermögen < 3.321 EUR UND Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR; D5: Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR

Quelle: HFCS Österreich 2010, eigene Berechnungen

**Tabelle A2 – Soziodemographische Merkmale armer Haushalte: Haushalt, Werte in Prozent**

	D1		D2		D3		D4		D5		Population
	arm	nicht-arm									
<b>Haushaltsgröße</b>											
Eine Person	60	35	62	34	58	33	64	37	55	35	39
Zwei Personen	21	37	20	38	25	38	15	36	23	37	35
Drei Personen	7	12	7	12	9	12	8	12	8	12	11
Vier Personen	6	9	5	10	4	10	2	9	5	10	9
Fünf+ Personen	5	7	5	7	4	7	11	6	9	6	7
<i>Summe</i>	<i>100</i>										
<b>Anzahl der Kinder</b>											
Keine Kinder	81	82	82	82	85	81	78	83	80	83	82
Ein Kind	8	9	8	9	7	9	8	9	7	9	9
Zwei Kinder	7	6	6	7	4	7	5	7	6	7	6
Drei Kinder	2	2	2	2	2	2	4	2	5	2	2
Vier und mehr Kinder	2	0,2	2	0,2	1	0,2	5	0,2	2	0,1	1
<i>Summe</i>	<i>100</i>										

D1: Nettovermögen < 3.321 EUR; D2: Nettovermögen – Hauptwohnsitz-Immobilie < 3.321 EUR;

D3: Finanzvermögen < 3.321 EUR; D4: Nettovermögen < 3.321 EUR UND Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR; D5: Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR

Quelle: HFCS Österreich 2010, eigene Berechnungen

Tabelle A2 – Soziodemographische Merkmale armer Haushalte: Haushalt, Werte in Prozent (Forts.)

	D1		D2		D3		D4		D5		Population
	arm	nicht-arm									
<b>m<sup>2</sup> Hauptwohnsitz pro Kopf</b>											
Mittelwert	48	61	52	60	54	60	46	60	59	59	59
Median	44	52	45	50	48	51	41	50	50	50	50
<b>Urbanisierung</b>											
Bis 10.000	33	54	37	54	43	54	28	53	46	52	51
10.000 bis 1 Mio.	28	25	27	25	30	24	24	25	28	25	26
Über 1 Mio. Einwohner_innen	39	20	36	21	28	22	39	22	25	23	23
<i>Summe</i>	<i>100</i>										
<b>Erbschaft/ Schenkung erhalten (inkl. Hauptwohnsitz)</b>											
Ja	9	40	14	40	17	41	8	37	27	37	35
Nein	91	60	86	60	83	59	92	63	73	63	65
<i>Summe</i>	<i>100</i>										

D1: Nettovermögen < 3.321 EUR; D2: Nettovermögen – Hauptwohnsitz-Immobilie < 3.321 EUR;

D3: Finanzvermögen < 3.321 EUR; D4: Nettovermögen < 3.321 EUR UND Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR; D5: Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR

Quelle: HFCS Österreich 2010, eigene Berechnungen

Tabelle A2 – Soziodemographische Merkmale armer Haushalte: Haushalt, Werte in Prozent (Forts.)

	D1		D2		D3		D4		D5		Population
	arm	nicht-arm									
<b>Status</b>											
<b>Hauptwohnsitz</b>											
Eigentum schuldenfrei	0,30	36	12	34	15	35	0	33	26	31	30
Eigentum mit Hypothek belastet	4	20	4	20	8	20	2	18	8	19	17
Miete/Untermiete Genossenschaft	23	14	20	15	18	15	22	15	15	16	16
Miete/Untermiete Gemeindewohnung	25	9	24	9	21	9	25	11	16	11	12
Miete Markt	37	15	33	16	31	15	36	18	26	17	19
Unentgeltlich	10	5	9	5	7	5	15	5	9	5	6
<i>Summe</i>	<i>100</i>										
<b>Zustand der Wohnlage außen</b>											
sehr gut	16	29	16	30	19	30	19	28	18	29	27
gut	46	45	43	45	42	46	40	45	41	46	45
mittelmäßig	25	21	28	21	28	20	25	21	29	20	22
eher nicht so gut	11	4	10	4	9	3	12	4	8	4	5
eher schlecht	2	1	2	1	2	1	2	1	3	1	1
sehr schlecht	1	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0
<i>Summe</i>	<i>100</i>										

D1: Nettovermögen < 3.321 EUR; D2: Nettovermögen – Hauptwohnsitz-Immobilie < 3.321 EUR;

D3: Finanzvermögen < 3.321 EUR; D4: Nettovermögen < 3.321 EUR UND Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR; D5: Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR

Quelle: HFCS Österreich 2010, eigene Berechnungen

Tabelle A2 – Soziodemographische Merkmale armer Haushalte: Haushalt, Werte in Prozent (Forts.)

	D1		D2		D3		D4		D5		Population
	arm	nicht-arm									
<b>Nachbarschaft im Vergleich zur Wohneinheit</b>											
Schlechter	10	16	8	17	9	17	8	16	10	16	15
Gleich gut	75	72	75	72	74	72	70	73	69	74	73
Besser	14	10	16	10	16	9	22	10	19	9	11
Keine in der Nähe	1	1	1	1	1	1	0,7	1	2	1	1
<i>Summe</i>	<i>100</i>										
<b>Innenzustand der Wohnanlage</b>											
Ausgezeichnet	42	64	40	65	46	65	33	62	41	64	60
Gut	36	28	37	28	34	28	39	29	38	28	29
Mittelmäßig	19	7	19	6	15	7	25	7	17	7	9
Schlecht	4	2	4	1	5	1	3	2	3	2	2
<i>Summe</i>	<i>100</i>										

D1: Nettovermögen < 3.321 EUR; D2: Nettovermögen – Hauptwohnsitz-Immobilie < 3.321 EUR;

D3: Finanzvermögen < 3.321 EUR; D4: Nettovermögen < 3.321 EUR UND Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR; D5: Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR

Quelle: HFCS Österreich 2010, eigene Berechnungen

Tabelle A2 – Soziodemographische Merkmale armer Haushalte: Haushalt, Werte in Prozent (Forts.)

	D1		D2		D3		D4		D5		Population
	arm	nicht-arm									
<b>Ausgaben in den letzten 12 Monaten</b>											
Höher HH-Einkommen	17	10	17	10	13	11	16	11	15	10	11
Ungefähr gleich HH-Einkommen	62	46	63	45	66	43	69	47	64	45	48
Geringer als HH-Einkommen	20	44	20	45	21	47	16	42	21	45	41
<i>Summe</i>	<i>100</i>										
<b>Kompensation für fehlendes Einkommen</b>											
Vermögen veräußert	6	5	5	5	6	4	15	4	8	4	5
Kreditkarte/Konto überzogen	25	10	24	10	17	13	8	15	10	15	14
Kredit aufgenommen	17	17	19	16	16	18	4	28	5	21	17
Rückgriff auf Ersparnisse	47	77	48	78	56	75	53	71	64	71	70
Hilfe von Verwandten/Freund_innen	45	17	42	17	43	16	56	20	38	19	23
Rechnungen nicht bezahlt	5	4	5	4	5	35	8	4	6	3	4
Sonstige	4	7	4	7	5	7	0,4	7	3	8	7

D1: Nettovermögen < 3.321 EUR; D2: Nettovermögen – Hauptwohnsitz-Immobilie < 3.321 EUR;

D3: Finanzvermögen < 3.321 EUR; D4: Nettovermögen < 3.321 EUR UND Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR; D5: Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR

Quelle: HFCS Österreich 2010, eigene Berechnungen

**Tabelle A2 – Soziodemographische Merkmale armer Haushalte: Haushalt, Werte in Euro/Prozent (Forts.)**

	D1		D2		D3		D4		D5		Population	
	arm	nicht-arm	arm	nicht-arm	arm	nicht-arm	arm	nicht-arm	arm	nicht-arm		
<b>Geld für unvorhergesehene Ereignisse (in Euro)</b>	Mittelwert	7.254	17.355	6.937	17.660	6.484	18.528	5.400	16.523	10.103	17.028	15.854
	Median	3.000	8.000	3.000	8.400	3.000	10.000	2.800	6.600	5.000	7.200	5.500
<b>Durchschnittliche monatliche Konsumausgaben (in Euro)</b>	Mittelwert	694	974	690	982	702	1001	612	953	675	986	931
	Median	600	800	600	803	600	850	500	800	600	817	800
<b>Anteil mtl. Konsumausgaben am Brutto-Jahreseinkommen (in %)</b>	Mittelwert	11	7	10	7	4	9	23	7	33	3	8
	Median	3	2	3	2	3	2	5	2	5	2	3

D1: Nettovermögen < 3.321 EUR; D2: Nettovermögen – Hauptwohnsitz-Immobilie < 3.321 EUR;

D3: Finanzvermögen < 3.321 EUR; D4: Nettovermögen < 3.321 EUR UND Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR; D5: Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR

Quelle: HFCS Österreich 2010, eigene Berechnungen

**Tabelle A2 – Soziodemographische Merkmale armer Haushalte: Haushalt, Werte in Prozent (Forts.)**

	D1		D2		D3		D4		D5		Population
	arm	nicht-arm									
<b>Möglichkeit 5.000 Euro zu leihen</b>											
Ja	29	60	29	60	33	62	22	57	38	59	55
Nein	71	40	71	40	67	38	78	43	62	41	45
<i>Summe</i>	<i>100</i>										

D1: Nettovermögen < 3.321 EUR; D2: Nettovermögen – Hauptwohnsitz-Immobilie < 3.321 EUR;

D3: Finanzvermögen < 3.321 EUR; D4: Nettovermögen < 3.321 EUR UND Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR; D5: Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR

Quelle: HFCS Österreich 2010, eigene Berechnungen

**Tabelle A3 – Nettovermögen, Bruttovermögen**

	D1		D2		D3		D4		D5		Population
	arm	nicht-arm	arm	nicht-arm	arm	nicht-arm	arm	nicht-arm	arm	nicht-arm	
<b>Nettovermögen</b>											
Partizipation (in %)	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Mittelwert (in Euro)	-10.692	315.808	14.348	318.687	58.736	328.118	-7.568	284.103	132.596	293.622	265.033
Median (in Euro)	346	124.295	701	125.478	2.556	131.251	300	95.934	10.393	104.801	76.445
<i>Mittelwert-Median-Ratio</i>	-	2,5	20,5	2,5	23,0	2,5	-	3,0	12,8	2,8	3,5
<b>Bruttovermögen</b>											
Partizipation (in %)	93,4	100	94,2	100	95,6	100	90,5	99,6	96,6	99,5	99
Mittelwert (in Euro)	13.738	331.239	29.815	336.074	69.221	347.705	4.766	302.502	146.739	313.603	277.671
Median (in Euro)	1.771	143.147	2.127	145.852	3.727	153.520	797	112.821	12.985	126.858	107.527
<i>Mittelwert-Median-Ratio</i>	7,8	2,3	14,0	2,3	18,6	2,3	6,0	2,7	11,3	2,5	2,6

D1: Nettovermögen < 3.321 EUR; D2: Nettovermögen – Hauptwohnsitz-Immobilie < 3.321 EUR;

D3: Finanzvermögen < 3.321 EUR; D4: Nettovermögen < 3.321 EUR UND Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR; D5: Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR

Quelle: HFCS Österreich 2010, eigene Berechnungen

**Tabelle A4 – Realvermögen und Realvermögenskomponenten**

	D1		D2		D3		D4		D5		Population
	arm	nicht-arm	arm	nicht-arm	arm	nicht-arm	arm	nicht-arm	arm	nicht-arm	
<b>Realvermögen</b>											
Partizipation (in %)	38,4	93,0	45,9	92,9	62,2	91,4	26,8	88,6	66,9	88,4	84,6
Mittelwert (in Euro)	23.595	297.337	54.670	301.589	104.738	313.916	149.067	283.617	192.108	292.022	277.925
Median (in Euro)	2.240	125.929	3.220	129.392	9.400	138.518	12.600	112.573	45.747	123.592	107.618
<i>Mittelwert-Median-Ratio</i>	<i>10,5</i>	<i>2,4</i>	<i>17,0</i>	<i>2,3</i>	<i>11,1</i>	<i>2,3</i>	<i>11,8</i>	<i>2,5</i>	<i>4,2</i>	<i>2,4</i>	<i>2,6</i>
<b>Hauptwohnsitz-Immobilie</b>											
Partizipation (in %)	3,9	55,7	15,5	54,6	23,3	55,2	1,7	50,9	34,1	50,7	47,7
Mittelwert (in Euro)	142.187	259.431	143.932	265.003	174.905	268.821	68.147	258.330	204.869	265.984	258.072
Median (in Euro)	145.278	200.000	99.379	200.000	144.000	200.000	57.264	200.000	143.143	200.000	200.000
<i>Mittelwert-Median-Ratio</i>	<i>1,0</i>	<i>1,3</i>	<i>1,4</i>	<i>1,3</i>	<i>1,2</i>	<i>1,3</i>	<i>1,2</i>	<i>1,3</i>	<i>1,4</i>	<i>1,3</i>	<i>1,3</i>
<b>Sonstiges Immobilienvermögen</b>											
Partizipation (in %)	1,5	15,6	1,5	15,9	3,5	16,3	0	14,4	4,1	15,4	13,4
Mittelwert (in Euro)	93.303	231.141	88.276	231.549	165.620	234.129	-	227.929	187.261	229.255	227.929
Median (in Euro)	90.590	96.848	83.090	96.848	75.299	97.650	-	94.028	84.418	94.000	94.028
<i>Mittelwert-Median-Ratio</i>	<i>1,0</i>	<i>2,3</i>	<i>1,1</i>	<i>2,4</i>	<i>2,2</i>	<i>2,4</i>	<i>-</i>	<i>2,4</i>	<i>2,2</i>	<i>2,4</i>	<i>2,4</i>

D1: Nettovermögen < 3.321 EUR; D2: Nettovermögen – Hauptwohnsitz-Immobilie < 3.321 EUR;

D3: Finanzvermögen < 3.321 EUR; D4: Nettovermögen < 3.321 EUR UND Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR; D5: Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR

Quelle: HFCS Österreich 2010, eigene Berechnungen

**Tabelle A4 – Realvermögen und Realvermögenskomponenten (Forts.)**

	D1		D2		D3		D4		D5		Population
	arm	nicht-arm	arm	nicht-arm	arm	nicht-arm	arm	nicht-arm	arm	nicht-arm	
<b>Fahrzeuge</b>											
Partizipation (in %)	34,1	82,4	33,1	83,8	50,3	82,4	21,3	78,6	50,0	80,3	74,9
Mittelwert (in Euro)	3.956	13.780	3.130	13.929	6.745	14.344	1.990	13.295	7.522	13.837	13.088
Median (in Euro)	2.060	8.000	2.000	8.000	4.000	8.597	1.177	8.000	4.471	8.000	8.000
<i>Mittelwert-Median-Ratio</i>	1,9	1,7	1,6	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7	1,6
<b>Wertgegenstände</b>											
Partizipation (in %)	7,1	26,6	6,4	27,3	9,5	27,9	5,4	24,9	14,8	25,5	23,6
Mittelwert (in Euro)	1.677	13.378	1.876	13.387	9.265	13.203	1.199	13.011	9.868	13.204	12.835
Median (in Euro)	1.100	4.302	1.098	4.315	1.347	4.392	747	3.967	2.380	4.071	3.909
<i>Mittelwert-Median-Ratio</i>	1,5	3,1	1,7	3,1	6,9	3,0	1,6	3,3	4,1	3,2	3,3
<b>Unternehmensanteile</b>											
Partizipation (in %)	0,5	10,6	0,3	10,9	2,3	11,0	0,4	9,6	5,8	9,8	9,0
Mittelwert (in Euro)	93.186	762.008	87.223	762.217	490.027	774.383	21.559	760.818	880.625	748.985	758.986
Median (in Euro)	90.571	200.657	87.223	200.657	179.784	202.742	21.559	200.657	315.101	193.004	200.657
<i>Mittelwert-Median-Ratio</i>	1,0	3,8	1,0	3,8	2,7	3,8	1	3,8	2,8	3,9	3,8

D1: Nettovermögen < 3.321 EUR; D2: Nettovermögen – Hauptwohnsitz-Immobilie < 3.321 EUR;

D3: Finanzvermögen < 3.321 EUR; D4: Nettovermögen < 3.321 EUR UND Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR; D5: Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR

Quelle: HFCS Österreich 2010, eigene Berechnungen

**Tabelle A5 – Finanzvermögen und Finanzvermögenskomponenten**

	D1		D2		D3		D4		D5		Population
	arm	nicht-arm	arm	nicht-arm	arm	nicht-arm	arm	nicht-arm	arm	nicht-arm	
<b>Finanzvermögen</b>											
Partizipation (in %)	88,5	98,9	88,1	99,2	88,4	100,0	86,6	98,0	93,5	98,1	97,3
Mittelwert (in Euro)	4.034	55.222	3.395	56.455	1.249	60.635	1.200	50.864	14.433	54.878	47.991
Median (in Euro)	1.043	18.514	990	19.350	1.000	21.865	502	15.873	3.672	17.909	14.071
<i>Mittelwert-Median-Ratio</i>	3,87	2,98	3,43	2,92	1,25	2,77	2,39	3,20	3,93	3,06	3,41
<b>Sicheres Finanzvermögen</b>											
Partizipation (in %)	87,1	98,5	86,9	98,8	87,6	99,5	85,8	97,5	93,1	97,5	96,7
Mittelwert (in Euro)	3.339	39.645	2.797	40.558	1.204	43.567	1.073	36.636	11.698	39.300	34.589
Median (in Euro)	860	16.421	836	17.159	986	19.359	475	14.112	3.235	15.946	12.606
<i>Mittelwert-Median-Ratio</i>	3,88	2,41	3,35	2,36	1,22	2,25	2,26	2,60	3,62	2,46	2,74
<b>Risikantes Finanzvermögen</b>											
Partizipation (in %)	2,8	17,2	2,4	17,7	0,4	19,4	0,5	16,0	3,8	17,4	15,0
Mittelwert (in Euro)	6.753	76.479	5.487	76.331	1.448	74.865	2.500	74.567	48.805	75.557	74.407
Median (in Euro)	3.034	13.800	2.686	13.800	1.512	12.910	2.500	12.900	6.138	13.542	12.900
<i>Mittelwert-Median-Ratio</i>	2,23	5,54	2,04	5,53	0,96	5,80	1,00	5,78	7,95	5,58	5,77

D1: Nettovermögen < 3.321 EUR; D2: Nettovermögen – Hauptwohnsitz-Immobilie < 3.321 EUR;

D3: Finanzvermögen < 3.321 EUR; D4: Nettovermögen < 3.321 EUR UND Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR; D5: Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR

Quelle: HFCS Österreich 2010, eigene Berechnungen

**Tabelle A5 – Finanzvermögen und Finanzvermögenskomponenten (Forts.)**

	D1		D2		D3		D4		D5		Population
	arm	nicht-arm									
<b>Sonstiges Finanzvermögen</b>											
Partizipation (in %)	12,9	10,4	11,5	10,7	5,8	12,3	12,2	10,7	11,8	10,6	10,8
Mittelwert (in Euro)	3.612	22.663	3.722	22.688	764	21.777	872	20.595	6.300	22.225	19.147
Median (in Euro)	900	4.272	880	4.272	663	4.695	700	4.000	1.795	3.900	3.000
<i>Mittelwert-Median-Ratio</i>	<i>4,01</i>	<i>5,30</i>	<i>4,23</i>	<i>5,31</i>	<i>1,15</i>	<i>4,64</i>	<i>1,25</i>	<i>5,15</i>	<i>3,51</i>	<i>5,70</i>	<i>6,38</i>

D1: Nettovermögen < 3.321 EUR; D2: Nettovermögen – Hauptwohnsitz-Immobilie < 3.321 EUR;

D3: Finanzvermögen < 3.321 EUR; D4: Nettovermögen < 3.321 EUR UND Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR; D5: Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR

Quelle: HFCS Österreich 2010, eigene Berechnungen

**Tabelle A6 – Schulden und Brutto-Jahreseinkommen**

	D1		D2		D3		D4		D5		Population
	arm	nicht-arm	arm	nicht-arm	arm	nicht-arm	arm	nicht-arm	arm	nicht-arm	
<b>Schulden</b>											
Partizipation (in %)	49,4	33,1	46,7	33,2	37,2	35,1	38,9	35,4	29,6	36,9	35,6
Mittelwert (in Euro)	47.046	46.721	29.376	52.304	19.971	55.786	30.410	48.202	30.964	49.825	47.015
Median (in Euro)	6.669	16.738	6.800	17.671	3.240	20.332	2.800	15.749	4.748	16.767	13.777
<i>Mittelwert-Median-Ratio</i>	<i>7,05</i>	<i>2,79</i>	<i>4,32</i>	<i>2,96</i>	<i>6,16</i>	<i>2,74</i>	<i>10,86</i>	<i>3,06</i>	<i>6,52</i>	<i>2,97</i>	<i>3,41</i>
<b>Brutto-Jahreseinkommen</b>											
Partizipation (in %)	98,9	99,9	99,1	99,8	99,1	99,9	97,4	99,9	98,4	100,0	99,7
Mittelwert (in Euro)	24.057	47.677	23.334	48.453	24.116	50.103	13.187	46.144	13.714	50.511	44.053
Median (in Euro)	17.964	35.792	17.418	36.604	18.514	38.439	11.042	34.344	11.797	38.581	32.383
<i>Mittelwert-Median-Ratio</i>	<i>1,34</i>	<i>1,33</i>	<i>1,34</i>	<i>1,32</i>	<i>1,30</i>	<i>1,30</i>	<i>1,19</i>	<i>1,34</i>	<i>1,16</i>	<i>1,31</i>	<i>1,36</i>

D1: Nettovermögen < 3.321 EUR; D2: Nettovermögen – Hauptwohnsitz-Immobilie < 3.321 EUR;

D3: Finanzvermögen < 3.321 EUR; D4: Nettovermögen < 3.321 EUR UND Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR; D5: Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR

Quelle: HFCS Österreich 2010, eigene Berechnungen

**Tabelle A7 – Modell-F-Statistik (Basis- und erweiterte Modelle)**

	<b>Modell-F-Test</b>	<b>p</b>
D1	F (24, 1.033,5) = 9,70	0,0000
D1_e	F (29, 1.371,0) = 7,79	0,0000
D2	F (24, 2.466,0) = 11,62	0,0000
D2_e	F (29, 2.791,3) = 9,42	0,0000
D3	F (24, 1.505,1) = 11,29	0,0000
D3_e	F (29, 1.987,3) = 9,24	0,0000
D4	F (20, 3.386,8) = 6,96	0,0000
D4_e	F (24, 4.612,6) = 6,05	0,0000
D5	F (24, 1.176,2) = 8,39	0,0000
D5_e	F (29, 1.643,2) = 7,15	0,0000

D1: Nettovermögen < 3.321 EUR; D2: Nettovermögen – Hauptwohnsitz-Immobilie < 3.321 EUR;

D3: Finanzvermögen < 3.321 EUR; D4: Nettovermögen < 3.321 EUR UND Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR; D5: Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR

Dj\_e: erweiterte Modelle

Quelle: HFCS Österreich 2010, eigene Berechnungen

**Tabelle A8 – Erweitertes Modell**

Referenzperson	D1	D2	D3	D4	D5
Alter	0.956 (0.0269)	0.963 (0.0247)	0.970 (0.0242)	1.004 (0.0495)	1.022 (0.0309)
Alter <sup>2</sup>	1.000 (0.000276)	1.000 (0.000254)	1.000 (0.000251)	1.000 (0.000482)	1.000 (0.000288)
<i>Ref.: Mann</i>					
Frau	1.217 (0.264)	1.236 (0.250)	0.825 (0.120)	1.386 (0.381)	1.251 (0.225)
<i>Ref.: Mann</i>					
Alleinerzieherin	1.392 (0.698)	1.275 (0.611)	0.777 (0.349)	8.156** (6.700)	4.899*** (2.267)
<i>Ref.: Sekundärer Abschluss</i>					
Kein/Primärer Bildungsabschluss	2.499*** (0.586)	3.161*** (0.709)	2.186*** (0.412)	3.362*** (1.038)	2.846*** (0.553)
Tertiärer Bildungsabschluss	0.817 (0.338)	0.812 (0.297)	0.635* (0.175)	0.909 (0.538)	0.707 (0.200)
<i>Ref.: Unselbstständig</i>					
Selbstständig	0.657 (0.348)	0.828 (0.385)	1.092 (0.357)	3.759 (3.477)	3.267*** (1.268)
Arbeitslos	1.217 (0.453)	1.122 (0.410)	1.179 (0.349)	7.377*** (3.887)	6.005*** (1.998)
In Rente	1.213 (0.319)	1.389 (0.399)	1.032 (0.251)	4.202*** (2.333)	2.920*** (0.871)
Sonstiges <sup>a</sup>	1.920** (0.620)	1.923** (0.591)	1.639 (0.501)	12.50*** (5.961)	5.902*** (1.677)
<i>Ref.: in AUT geboren</i>					
Migrant_in	1.919** (0.575)	2.004** (0.557)	1.802*** (0.408)	2.736** (1.073)	1.829** (0.429)

Logistische Regression

Standardfehler in Klammern

\*\*\* p<0,01; \*\* p<0,05; \* p<0,1

<sup>a</sup> Sonstiges: Mutterschutz; Karenz; länger krank; Schule; Studium; unbezahltes Praktikum; dauerhaft berufsunfähig; Wehr- oder Zivildienst; freiwilliges soziales Jahr; Hausfrau/-mann; Sonstige

D1: Nettovermögen < 3.321 EUR; D2: Nettovermögen – Hauptwohnsitz-Immobilie < 3.321 EUR;

D3: Finanzvermögen < 3.321 EUR; D4: Nettovermögen < 3.321 EUR UND Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR; D5: Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR

Quelle: HFCS Österreich 2010, eigene Berechnungen

**Tabelle A8 – Erweitertes Modell (Forts.)**

Haushalt	D1	D2	D3	D4	D5
<i>Ref.: 1-Personen-HH</i>					
Zwei Personen	0.381*** (0.109)	0.423*** (0.103)	0.596** (0.133)	0.0997*** (0.0459)	0.463*** (0.0995)
Drei Personen	0.421** (0.168)	0.598 (0.207)	0.830 (0.272)	0.168*** (0.0961)	0.550* (0.169)
Vier Personen	0.347** (0.185)	0.399* (0.201)	0.391** (0.161)	0.0268** (0.0420)	0.653 (0.252)
Fünf und mehr Personen	0.354 (0.261)	0.425 (0.279)	0.528 (0.254)	0.259* (0.186)	1.569 (0.667)
m <sup>2</sup> -Anzahl/Kopf des HW	0.980*** (0.00740 )	0.989** (0.00533)	0.990*** (0.00365)	0.976** (0.0108)	1.002 (0.00285)
<i>Ref.: Orte &lt; 10.000 Einwohner_innen</i>					
Ort 10.000 bis 1 Mio. Einwohner_innen	1.146 (0.245)	1.027 (0.225)	1.075 (0.233)	1.744* (0.577)	1.104 (0.207)
Ort über 1 Mio. Einwohner_innen	2.544*** (0.637)	2.109*** (0.513)	1.151 (0.240)	1.993** (0.692)	0.902 (0.201)
<i>Ref.: nicht erhalten</i>					
Erbe/Schenkung erhalten (inkl. HW)	0.216*** (0.0646)	0.401*** (0.0849)	0.467*** (0.0748)	0.219*** (0.0978)	1.080 (0.188)
<i>Ref.: kein Hypothekarkredit</i>					
Hypothekarkredit	0.370 (0.518)	0.437* (0.197)	0.860 (0.245)	- -	0.685 (0.227)
<i>Ref.: kein unbesicherter Kredit</i>					
Unbesicherter Kredit	4.977*** (1.156)	5.355*** (1.179)	1.921*** (0.338)	2.152** (0.736)	0.755 (0.180)

Logistische Regression

Standardfehler in Klammern

\*\*\* p<0,01; \*\* p<0,05; \* p<0,1

<sup>a</sup> Sonstiges: Mutterschutz; Karenz; länger krank; Schule; Studium; unbezahltes Praktikum; dauerhaft berufsunfähig; Wehr- oder Zivildienst; freiwilliges soziales Jahr; Hausfrau/-mann; Sonstige

D1: Nettovermögen < 3.321 EUR; D2: Nettovermögen – Hauptwohnsitz-Immobilie < 3.321 EUR;

D3: Finanzvermögen < 3.321 EUR; D4: Nettovermögen < 3.321 EUR UND Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR; D5: Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR

Quelle: HFCS Österreich 2010, eigene Berechnungen

**Tabelle A8 – Erweitertes Modell (Forts.)**

Haushalt	D1	D2	D3	D4	D5
<i>Ref.: Erstes Einkommensquartil</i>					
Zweites Einkommensquartil	0.321*** (0.0812)	0.317*** (0.0754)	0.351*** (0.0657)	- -	- -
Drittes Einkommensquartil	0.235*** (0.0720)	0.220*** (0.0607)	0.235*** (0.0544)	- -	- -
Viertes Einkommensquartil	0.138*** (0.0563)	0.121*** (0.0475)	0.0709*** (0.0342)	- -	- -
<i>Ref.: Erstes Vermögensquartil</i>					
Zweites Vermögensquartil	- -	- -	- -	- -	0.426*** (0.0989)
Drittes Vermögensquartil	- -	- -	- -	- -	0.412*** (0.117)
Viertes Vermögensquartil	- -	- -	- -	- -	0.198*** (0.0692)
<i>Ref.: Strategie nicht gewählt</i>					
Vermögen liquidiert	0.624 (0.272)	0.590 (0.244)	0.737 (0.260)	0.617 (0.368)	1.370 (0.425)
Kredit aufgenommen	2.159 (1.491)	2.390 (1.448)	1.079 (0.557)	0.283 (0.496)	0.531 (0.294)
Hilfe von Freund_innen/Verwandten	2.336 (1.222)	2.095 (1.019)	2.444** (1.055)	2.510 (1.567)	1.607 (0.786)
Rechnungen nicht bezahlt	1.004 (1.567)	0.905 (1.331)	0.688 (0.772)	3.663 (5.245)	1.485 (1.608)
Sonstige	0.620 (0.841)	0.749 (0.727)	1.182 (1.141)	- -	0.496 (0.795)
Konstante	3.335 (2.573)	1.795 (1.195)	4.538** (2.921)	0.0888** (0.109)	0.125*** (0.0927)
Beobachtungen	2.380	2.380	2.380	2.380	2.380

Logistische Regression

Standardfehler in Klammern

\*\*\* p<0,01; \*\* p<0,05; \* p<0,1

<sup>a</sup> Sonstiges: Mutterschutz; Karenz; länger krank; Schule; Studium; unbezahltes Praktikum; dauerhaft berufsunfähig; Wehr- oder Zivildienst; freiwilliges soziales Jahr; Hausfrau/-mann; Sonstige

D1: Nettovermögen < 3.321 EUR; D2: Nettovermögen – Hauptwohnsitz-Immobilie < 3.321 EUR;

D3: Finanzvermögen < 3.321 EUR; D4: Nettovermögen < 3.321 EUR UND Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR; D5: Haushalts-Bruttoeinkommen (pro Monat) < 1.107 EUR

Quelle: HFCS Österreich 2010, eigene Berechnungen

## Quellenverzeichnis

Albacete, N., Lindner, P., Wagner, K., Zottel, S. (2013): Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010. Methodische Grundlagen für Österreich. Geldpolitik & Wirtschaft Q3-12 – Addendum. Oesterreichische Nationalbank.

Azpitarte, F. (2011): Measurement and Identification of Asset-Poor Households: a Cross-National Comparison of Spain and the United Kingdom. In: Journal of Economic Inequality, 2011, 9. S.: 87-110.

Azpitarte, F. (2012): Measuring Poverty Using Both Income and Wealth: a Cross-Country Comparison between the U.S. and Spain. In: Review of Income and Wealth, Series 58, Nr. 1, März 2012. S.: 34-50.

Bourdieu, P. (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.) (1983): Soziale Ungleichheiten (Soziale Welt, Sonderband 2). Schwartz, Göttingen. S.: 183-198.

Brandolini, A., Magri, S., Smeeding, T. M. (2010): Asset-based Measurement of Poverty. Temi di discussione (Working papers), Nr. 755, März 2010. Banca d'Italia.

Caner, A., Wolff, E. N. (2004a): Asset Poverty in the United States, 1984-99: Evidence from the Panel Study of Income Dynamics. In: Review of Income and Wealth, Series 50, Number 4, December 2004. S.: 493-518.

Caner, A., Wolff, E. N. (2004b): Asset Poverty in the United States. Its Persistence in an Expansionary Economy. Public Policy Brief, No. 76, 2004, The Levy Economics Institute of Bard College.

Davies, J. B. (2009): Wealth and Economic Inequality. In: Salverda, W., Nolan, B., Smeeding, T. M. (Hrsg.) (2009): The Oxford Handbook of Economic Inequality. Oxford University Press. S.: 127-149.

Dietz, B. (1997): Soziologie der Armut. Eine Einführung. Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag.

Dimmel, N., Schenk, M., Stelzer-Orthofer, Ch. (Hrsg.) (2014): Handbuch Armut in Österreich. Zweite, vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. StudienVerlag, Innsbruck.

Esping-Andersen, G. (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism. Princeton University Press, Princeton.

Eurostat (2013): Household Composition, Poverty and Hardship across Europe. 2013 Edition. Eurostat Statistical Working Papers. Publications Office of the European Union, Luxemburg (URL: <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/3888793/5856569/KS-TC-13-008-EN.PDF>, letzter Zugriff: 2.1.2016).

EZB (2013): The Eurosystem Household Finance and Consumption Survey. Methodological Report for the First Wave. Statistics Paper Series, No. 1, April 2013 (URL: <https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/ecbsp1en.pdf?c5295916d8521d593c30abc97ef9fc58>, letzter Zugriff: 23.12.2015).

Fessler, P., Mooslechner, P., Schürz, M., Wagner, K. (2009): Das Immobilienvermögen privater Haushalte in Österreich. In: Geldpolitik & Wirtschaft Q2/09. Oesterreichische Nationalbank. S.: 113-134.

Fessler, P., Mooslechner, P., Schürz, M. (2012): Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010. Erste Ergebnisse für Österreich. In: Geldpolitik & Wirtschaft Q3/12. Oesterreichische Nationalbank. S.: 26-67.

Fessler, P., Schürz, M. (2015): Private Wealth across European Countries: the Role of Income, Inheritance and the Welfare State. ECB Working Paper 1847, September 2015 (URL: <https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/scpwps/ecbwp1847.en.pdf?872991c0c286098a2c7b1d94f28e24ca>, letzter Zugriff: 22.12.2015).

Fragebogen, HFCS Austria 2010 (URL: <http://www.hfcs.at/publikationen/dokumentation.html>, letzter Zugriff: 11.10.2015).

Gornick, J. C., Sierminka, E., Smeeding, T. M. (2009): The Income and Wealth Packages of Older Women in Cross-National Perspective. In: Journal of Gerontology: Social Sciences 64B(3). S.: 402-404.

Haveman, R., Wolff, E. N. (2004): The Concept and Measurement of Asset Poverty: Levels, Trends and Composition for the U. S., 1983-2001. In: Journal of Economic Inequality, Volume 2, Nr. 2, August 2004. S.: 145-169.

Haveman, R., Wolff, E. N. (2005): Who Are the Asset Poor? Levels, Trends, and Composition, 1983-1998. In: Sherraden, M. (Hrsg.) (2005): Inclusion in the American Dream. Assets, Poverty, and Public Policy. Oxford University Press. S.: 61-86.

Johnson, U. (1980): Begleitumstände. Frankfurter Vorlesungen. Frankfurt/M.: Suhrkamp. (Einleitendes Zitat: S. 329).

Kreckel, Reinhard (Hrsg.) (1983): Soziale Ungleichheiten (Soziale Welt, Sonderband 2). Schwartz, Göttingen.

Lerman, D. L., Mikesell, J. J. (1988): Impacts of Adding Net Worth to the Poverty Definition. In: Eastern Economic Journal, Vol. XIV, No. 4, October-December 1988. S.: 357-370.

Müller, P., Schmidt, T. (2015): Identifying Income and Wealth-Poor Households in the Euro Area. Discussion Paper Nr. 35/2015, Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main.

OECD (2013): OECD Framework for Statistics on the Distribution of Household Income, Consumption and Wealth. OECD Publishing (URL: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264194830-en>, letzter Zugriff: 22.11.2015).

OECD (2015): In It Together: Why Less Inequality Benefits All. OECD Publishing, Paris (URL: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264235120-en>, letzter Zugriff: 31.12.2015).

Oliver, M. T., Shapiro, T. M. (1997/2006): Black Wealth/White Wealth. New York, Routledge Press.

Radner, D. B. (1990): Alternative Estimates of Economic Well-Being by Age using Data on Wealth and Income. In: ORS Working Paper Series, Number 42. Social Security Administration, Office of Policy, Office of Research and Statistics.

Radner, D. B., Vaughan, D. R. (1987): Wealth, income, and the economic status of aged households. In: Wolff, E. N. (Hrsg.) (1987): International Comparisons of the Distribution of Household Wealth. S.: 93-120.

Reinprecht, C. (2011): Armutsforschung und die Transformation des Sozialen. Versuch einer zusammenfassenden Diagnose aus vergleichender Perspektive. In: Verwiebe (Hrsg.) (2011a): Armut in Österreich. Bestandsaufnahme, Trends, Risikogruppen. S.: 348-361.

Schürz, M: (2014): Vermögensreichtum in Österreich – eine Annäherung. In: Dimmel, N., Schenk, M., Stelzer-Orthofer, Ch. (Hrsg.) (2014): Handbuch Armut in Österreich. Zweite, vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. StudienVerlag, Innsbruck. S.: 69-88.

Sherraden, M. (1991): *Assets and the Poor: A New American Welfare Policy*. New York: Sharpe.

Sherraden, M. (Hrsg.) (2005): *Inclusion in the American Dream. Assets, Poverty, and Public Policy*. Oxford University Press.

Short, K. und Ruggles, P. (2004): *Accounting for Net Worth in Measuring Poverty*. Paper prepared for the 28th General Conference of The International Association for Research in Income and Wealth. [zitiert mit Erlaubnis von Kathleen Short vom 22. Juli 2013; später publiziert als: Short, K., Ruggles, P. (2005): *Experimental Measures of Poverty and Net Worth: 1996*. In *Journal of Income Distribution*, Fall 2004 - Winter 2005, 13(3-4). S.: 8-22]

Simmel, G. (1992): *Der Arme und Exkurs über die Negativität kollektiver Verhaltensweisen*. In: Simmel, G. (1992): *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. Georg Simmel Gesamtausgabe, Band 11. S.: 512-555.

Simmel, G. (1992): *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. Georg Simmel Gesamtausgabe, Band 11. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Tálos, E., Kronauer, M. (2011): *Armut und Wohlfahrtsstaat*. In: Verwiebe (Hrsg.) (2011a): *Armut in Österreich. Bestandsaufnahme, Trends, Risikogruppen*. S.: 23-42.

Thiele, S. (2000): Zur Notwendigkeit der Berücksichtigung des Vermögens bei der Beurteilung sozialpolitischer Maßnahmen. Working Paper EWP 0006. Department of Food Economics and Consumption Studies. University of Kiel, December 2000.

URL 1:

[http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/menschen\\_und\\_gesellschaft/soziales/armut\\_und\\_soziale\\_eingliederung/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/armut_und_soziale_eingliederung/index.html) (letzter Zugriff: 11.06.2016)

Van den Bosch, K. (1998): Poverty and Assets in Belgium. In: Review of Income and Wealth, Series 44, Number 2, June 1998. S.: 215-228.

Verwiebe, R. (Hrsg.) (2011a): Armut in Österreich. Bestandsaufnahme, Trends, Risikogruppen. Wien: Braumüller.

Verwiebe, R. (2011b): Armut in Österreich – Bestandsaufnahme der sozialwissenschaftlichen Diskussion und Trends im europäischen Kontext. In: Verwiebe, R. (Hrsg.) (2011a): Armut in Österreich. Bestandsaufnahme, Trends, Risikogruppen. S.: 3-22.

Weisbrod, B. A., Hansen, W. L. (1968): An Income-Net Worth Approach to Measuring Economic Welfare. In: American Economic Review, 58. S.:1315-1329.

Wolff, E. N. (1990): Wealth holdings and poverty status in the U.S. In: Review of Income and Wealth, Series 36, No.2, June 1990. S.: 143-165

Wolff, E. N., Zacharias, A. (2009): Household wealth and the measurement of economic well-being in the United States. In: *Journal of Economic Inequality*, 2009, 7. S.: 83-115.

## **Abstract**

Diese Masterarbeit untersucht Charakteristika vermögensarmer österreichischer Haushalte mit Daten des Household Finance and Consumption Survey 2010 (HFCS 2010). Ein Haushalt gilt dabei als vermögensarm, wenn sein Vermögen nicht groß genug ist, um den Haushalt für drei Monate über der haushaltsspezifischen Armutsgefährdungsschwelle zu halten. Es werden drei Definitionen von Vermögensarmut formuliert und darüber hinaus kommen eine auf dem Haushaltseinkommen basierende sowie eine kombinierte Vermögens- und Einkommensarmutsdefinition zur Anwendung. Die so berechneten Armutsquoten liegen zwischen 6,5 (kombinierte Armut) und 23,4 Prozent (Finanzvermögensarmut). Neben dem Vermögensbesitz armer Haushalte werden auch ihre soziodemographischen Charakteristika analysiert und mit dem Bevölkerungsdurchschnitt verglichen. Dabei wird deutlich, dass vermögensarme Haushalte nicht nur geringere Vermögensbestände aufweisen, sondern auch unterdurchschnittlich an den einzelnen Vermögenskomponenten partizipieren. In binären logistischen Regressionen wird ferner gezeigt, dass die Berücksichtigung von Vermögen ein umfassenderes Bild von Armut zeichnet als dies mit einer Beschränkung auf Einkommen möglich ist. Das Vermögensarmutsrisiko wird teilweise durch andere Personen- und Haushaltscharakteristika beeinflusst, als das Einkommensarmutsrisiko. Die kombinierte Armutsdefinition weist hingegen sowohl Charakteristika von Vermögens-, als auch von Einkommensarmut auf. Die Arbeit leistet einen Beitrag zur empirischen Sozialstruktur- bzw. Armutsforschung. Als erste Studie, die sich im Detail mit Vermögensarmut in Österreich befasst, trägt sie zur Schließung der bestehenden Forschungslücke bei.